



Nr. 4 | 2020



Frauen

Warum Diversity die Bundeswehr bereichert

Großmacht

Narrative der russischen Sicherheitspolitik

Bildung

Militärische
Professionalität verlangt
mehr als Ausbildung

<u>Inhalt</u> <u>Inhalt</u>



if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.



Thema: Vor dreißig Jahren stand die Bundeswehr nach der deutschen Wiedervereinigung vor der Herausforderung, Menschen aus den neuen Bundesländern zu integrieren. Wie ist das gelungen? Wie stand und wie steht es um die Integrationsfähigkeit der Bundeswehr gestern und heute? Gibt es noch Unterschiede zwischen Ost und West? Wir sprachen mit zehn Bundeswehrangehörigen, die 1990 am Beginn ihres Berufslebens standen oder noch Kind waren. Dr. Gerhard Kluchert analsysiert die Äußerungen im Hinblick auf das Phänomen des kollektiven Erinnerns. Das Online-Dossier zum Thema finden Sie ab Anfang Oktober unter: www.innerefuehrung.de

Quelle: Bundeswehr/Matthias Kern







35





42



74

Fotos von links nach rechts: UN Photo/Albert Gonzalez Farran, Gröschl privat, imago images/Friedrich Stark, ullstein bild/Volker Döring, picture alliance/Heritage Images, ullstein bild/SPUTNIK

Innere Führung

Ana-Cristina Grohnert

Frauen im Einsatz 5

Warum Diversity die Bundeswehr bereichert

■ Titelthema

Gerhard Kluchert

Integration im Wechsel der Generationen 12

Die Bundeswehr als "Armee der Einheit"?

Yasemin El-Menouar

Gelebte Vielfalt 21

Religionen in Bundeswehr und Gesellschaft

Beate Küpper

Rechtspopulismus

in Deutschland 28
Demokratische Grundhaltung stärken

Ilko-Sascha Kowalczuk

Das Missverständnis

Demokratiedistanz im Osten?

Zum Titel: Norbert Bisky,1970 in Leipzig geboren, hat an der Universität der Künste Berlin (UdK) bei Georg Baselitz studiert und ist einer der wichtigsten zeitgenössischen deutschen Künstler. Das Bild "Niemandsland" vom Titel ist im Rahmen der Ausstellung "Rant" in der Villa Schöningen in Potsdam 2019 entstanden, anlässlich derer sich der Künstler mit der DDR-Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Den Mauerfall hat Norbert Bisky als Soldat der NVA erlebt. Aus der eigenen Erfahrung heraus, dass jeden Moment alles zusammenbrechen kann, gibt es in Biskys Bildern keinen festen Boden, keine rechten Winkel, vieles ist in Bewegung, rutscht ab.

Welt

Gregor von Kursell

Großmacht mit Sendungsbewusstsein

Narrative der russischen Sicherheitspolitik

Geschichte

Frank Bauer

Die Versicherungsvertreter 49

Vor 70 Jahren legte die Himmeroder Denkschrift das Fundament für die Bundeswehr

Titel: Norbert Bisky, "Niemandsland" 2019, Öl auf Leinwand, 240 x 260 cm © VG Bild-Kunst, Bonn 2020 Courtesy: the artist & KÖNIG Galerie Berlin/ London/Tokio Fotograf: Bernd Borchardt

Rubriken

Schlaglicht

Apokalypse in Beirut

Meinung Peter-Georg Babik: Vertrauen, Freiheit und Verantwortung	4
Essay Klaus Naumann: Die gebildete Armee	54
Demoskopie Timo Graf: Geschlechtergleichstellung erhöht Arbeitgeberattraktivität	6
ZInFü Service	6
Aufgeschlagen Uwe Brammer: Gustav Heinemann - Patriot und Demokrat	6
Mediale	6
Impressum	7

Meinung Innere Führung



Vertrauen, Freiheit und Verantwortung

30 Jahre "Armee der Einheit"

Dieses Jahr feiere ich mein 30. Dienstjahr in der Bundeswehr. Soldat bin ich aber schon seit 36 Jahren. Genauer gesagt: ein Soldat in zwei Armeen.

bwohl ich nun schon seit drei Jahrzehnten Soldat in der Bundeswehr bin, sind viele Kameradinnen und Kameraden immer noch neugierig zu erfahren, wie ich den Übergang am 3. Oktober 1990, am Tag der Wiedervereinigung, erlebt habe. Wie ich von einem System in das andere gewechselt bin. In meinen Fall war das unspektakulär: Ich hatte Dienst vom 2. auf den 3. Oktober. Ich trat ihn in der Uniform der Nationalen Volksarmee (NVA) an und beendete ihn in der Uniform der Bundeswehr. Die korrekte Antwort auf die Frage lautet für mich allerdings: Es war ein Prozess. Und dieser begann nicht erst am 3. Oktober 1990. Er endete aber auch nicht an diesem Tag. Für mich persönlich begann er am 4. November 1989. An diesem Tag wurde ich nach der Alarmierung mit meiner Teileinheit nach Berlin befohlen, um den Sicherheitskräften bei einer Demonstration als Reserve zur Verfügung zu stehen. Der Prozess endete nach vielen positiven Erfahrungen mit der Antragstellung zur Übernahme als Berufssoldat. Die Zeit dazwischen war geprägt vom Einstehen für und das Vertrauen in ein System, dem Erkennen des Missbrauchs der eigenen Person durch dieses System und der Unsicherheit über die eigene Zukunft. Sie war auch geprägt vom Erkennen der Möglichkeiten in einem demokratischen System, vom Vertrauen in die eigene Ausbildung und die eigenen Fähigkeiten sowie vom Kennenlernen der Auftragstaktik - und der Inneren Führung.

Inneren Führung. Insbesondere das Führungsprinzip der Bundeswehr "Führen mit Auftrag" beeindruckte mich. Die Möglichkeiten, die Freiheiten aber auch die Verantwortung, die es beinhaltet, sind bemerkenswert. Das Umsetzen der Auftragstaktik und das Leben der Inneren Führung hätten aber nicht funktioniert, ohne die Menschen, die beides vorlebten und dafür einstanden. Damit meine ich das Unterstützungsteam der Bundeswehr, das am 3. Oktober 1990 in der Kaserne in Brandenburg-Hohenstücken eintraf und uns über mehrere Monate begleitete. Die Fachkenntnisse, aber auch der kameradschaftliche Umgang von Anfang an machten den Übergang möglich.

Die ersten Berührungspunkte mit der Bundeswehr hatte ich bereits im September 1990. Einige NVA-Offiziere wurden zu einem Vorbereitungslehrgang zur damaligen Offizierschule des Heeres nach Hannover kommandiert. In unserer NVA-Uniform stachen wir natürlich aus der Masse heraus. Es gab jedoch keinerlei Berührungsängste und es mangelte uns nicht an Gesprächspartnern. Wissbegierig saugten wir alle Informationen übereinander auf. In zahlreichen taktischen Weiterbildungen, sowie weiteren Ergänzungslehrgängen, erlebten wir das Führungsprinzip "Führen mit Auftrag" und lernten es schätzen.

Durch den fast ununterbrochenen Einsatz in der Ausbildung ab 1990 im neu aufgestellten Panzergrenadierbataillon 421 konnte ich das "Führen mit Auftrag" ständig erleben und umsetzen. Bis zu dem Punkt, an dem ich dieses Führungsprinzip selbst als Hörsaalleiter an der Offizierschule des Heeres in Dresden jungen Offizieranwärtern vermitteln durfte. Nach zahlreichen Verwendungen im Heer und zwei Einsätzen bin ich heute Dezernatsleiter im Ausbildungskommando in Leipzig. Mein Verantwortungsbereich ist die lehrgangsgebundene Individualausbildung sowie das Lehrgangsmanagement am Ausbildungszentrum Munster. Ich verantworte immer noch die Ausbildung von Soldaten. Rückblickend betrachtet waren es immer die Menschen, mit denen ich zusammen diente, die Ausbildungen, die mir zuteil wurden, die Möglichkeiten, die sich für einen jungen Offizier in der Bundeswehr ergaben, und das hohe Maß an Verantwortung, das zum Entschluss führte, die Übernahme zum Berufssoldaten zu beantragen. Ich habe es nie bereut.

Peter-Georg Babik

Jahrgang 1965, Oberstleutnant, ist Dezernatsleiter im Ausbildungskommando des Heeres. Vor der Wiedervereinigung war er Kompaniechef im mot Schützenregiment 3 der Nationalen Volksarmee in Brandenburg an der Havel.

adominated of the state of the



Wer nach der kürzesten Definition von Vielfalt bei der Bundeswehr sucht, der landet bei einer Aussage von Oberstabsfeldwebel Thomas Richter: "Wir haben alles!" Alles zu haben, klingt erst einmal gut Doch Richter kennt auch die Praxis: "Wenn ich eine Frau auf dem Panzer habe, dann ist das eine andere Herausforderung." Genauso ist es. Alles zu haben, ist eine Herausforderung. Insbesondere in einer Organisation, die sich in einer Reihe von Aspekten von einem gewöhnlichen Unternehmen unterscheidet und die historisch bedingt stark männlich geprägt ist. Die Bundeswehr hat diese Herausforderung - wie viele andere auch - angenommen.

Wo starten wir? Das "Kriegshandwerk" war schon immer Männersache. Im Guten wie im Schlechten. Die

vielen Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes wollten "das schwache Geschlecht" ausdrücklich vor den Belastungen der Aufgabe schützen. Während in den USA bereits 1917 Frauen zur kämpfenden Truppe zugelassen wurden, durften sie sich in Deutschland überhaupt erst 1975 im militärischen Bereich einbringen - als Ärztinnen. In den USA war zu diesem Zeitpunkt bereits die erste Ärztin zur Brigadegeneralin aufgestiegen. Überkommene Rollenbilder prägen bis in unsere Zeit die Gesellschaft und sind nur sehr langsam zu überwinden: Hier der starke und tapfere Mann, dort die zarte und fürsorgliche Frau. In Kriegen und Konflikten spielten Frauen nur in einer Hinsicht eine Hauptrolle: als Opfer. Eine neue Perspektive brachte 2000 die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates mit dem Titel "Frauen, Frieden und Sicherheit". 20 Jahre nach der Verabschiedung spezifizieren inzwischen sieben weitere Resolutionen deren Umsetzung. Es geht

darum auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene Geschlechterperspektiven bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt einzubeziehen, Schutz von Frauen und Mädchen in Krisengebieten sicherzustellen, sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen einzudämmen und Konfliktgebiete unter Einbeziehung einer stärkeren Integration von Frauen wiederaufzubauen und zu stabilisieren. Die Bundesregierung berichtete im Juni 2020 von derzeit 196 Einzelmaßnahmen, die ressortübergreifend zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 betrieben und verwirklicht werden. Es ist eine direkte logische Konsequenz, dass auch diejenigen Kräfte, die Krisen und Konflikte verhindern und beilegen sollen, ihrerseits zu einem nennenswerten Anteil selbst

aus Frauen bestehen. Das hat mit

dem grundsätzlichen Wirkmecha-

nismus von Vielfalt zu tun, den wir

erst in den letzten Jahren insgesamt

verstehen und verinnerlichen. →

Innere Führung Innere Führung

Soldatinnen in der Bundeswehr

Vielfaltsdimensionen

Familien-

stand

Ethnische

Herkunft &

Nationalität

Behinderung

Ausbildung

Management

Eltern-

schaft

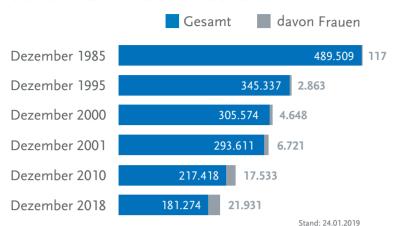
Auftreten

Gewerkschafts-

zugehörigkeit

Arbeitsort

Status



Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Einkommen

Geschlecht &

eschlechtlich

Identität

Sexuelle

Orientierung &

Identität

Berufs-

erfahrung

Grafik: Charta der Vielfalt/B_{Ur}

Organisationale Dimension

Funktion/Einstufung

Äußere Dimension

Geografische Lage

Innere Dimension

Alter

Persönlichkeit

Religion &

Weltanschauung

Die Bundeswehr unterscheidet sich in dieser Hinsicht gar nicht so sehr von anderen Bereichen der Gesellschaft oder Unternehmen der freien Wirtschaft. Es gibt eine ganze Reihe von Berufen, in denen Frauen faktisch nicht vorkamen und es gibt nach wie vor Berufe, in denen Männer unterrepräsentiert sind, weil sie als "typische Frauenberufe" angesehen werden. Für Frauen wird die Luft "nach oben hin" unverändert dünner, und sie stoßen nach wie vor noch an die sogenannte "gläserne Decke". Frauen bringen zwar die gleichen Leistungen, Ergebnisse und Erfolge, aber trotzdem ist ab einer bestimmten Beförderungsstufe Schluss. Die Vorstandsvorsitzenden der DAX-30-Konzerne, die "Generalität der Wirtschaft", ist eine rein männliche Welt.

Woher kommt Vielfalt? In der deutschen Wirtschaft tut sich seit 2006 etwas, wenn auch anfangs nur notgedrun-Arbeitsinhalte/ gen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde eingeführt. Schwarzmaler sahen den Untergang des freien Unternehmertums gekommen. Eine kleine Gruppe von Unterneh-Abteilung men sah eine Einheit Notwendigkeit Gruppe zur Veränderung, die über das Gesetz hinausging, ja eigentlich jenseits des gesetzlichen Auftrags lag. Ihnen ging es um eine Bewusstseinsänderung,

eine neue Perspektive. Sie hatten erkannt, dass die Vielfalt eben keine Bedrohung ist, sondern genau das Gegenteil. Vielfalt ist der natürliche Zustand einer Gesellschaft, und bietet deshalb reichhaltige Möglichkeiten, die auch Unternehmen bis dahin völlig unzureichend genutzt haben. Vor diesem Hintergrund wurde die Charta der Vielfalt 2006 gegründet.

Neben den elf Gründungsmitgliedern gab es damals knapp 200 Unternehmen, die diese Erklärung unterzeichneten und sich zu dieser Form der Selbstverpflichtung bekannten. Das Magazin "Der Spiegel" schrieb ein Jahr später: "Der Inhalt der Initiative bleibt nebulös. Zahlen über konkrete Erfolge kann niemand nennen." Manchmal dauert es etwas. Dem finanzierenden Trägerverein der Charta gehören heute 30 Unternehmen an. Fast 3.700 Unternehmen in Deutschland haben das Dokument unterzeichnet, darunter 25 der 30 DAX-Konzerne. Die Unterzeichnenden beschäftigen zusammen 13,4 Millionen Menschen, rund 30 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Die Unternehmen suchen vor allem den Informationsaustausch und Best-Practice-Beispiele, sie beteiligen sich aber auch an wiederkehrenden Informations-Kampagnen, und sie entwickeln sich weiter.

Diversity als Prozess. 2016 hat die Charta der Vielfalt e.V. eine Studie

durchgeführt, die 2020 trotz Corona wiederholt wurde. Damals beschäftigten sich viele Unternehmen aus einer pragmatischen Haltung heraus mit Diversity. Vielen ging es darum Personalressourcen besser zu nutzen, die Lernfähigkeit der Organisation zu stärken, Arbeit zu flexibilisieren und die Personalentwicklung zu verbessern. Noch heute ist es so, dass in Deutschland der Einstieg in Diversity-Maßnahmen in aller Regel -



Veranstaltungstipp:

-feld

Gewohn-

heiten

Freizeit-

verhalten

Dauer der

Zugehörigkeit

Besuchen Sie die DIVERSITY 2020. Eine Online-Konferenz am 12. und 13. November 2020, ausgerichtet von Charta der Vielfalt e.V. (www.diversity-konferenz.de).

Charta der Vielfalt - Ziele













- 2. Fähigkeiten und Talente der MitarbeiterInnen in Personalprozessen einbeziehen
- 3. Anerkennen der Vielfalt in der Gesellschaft in- und außerhalb der Organisation
- 4. den ständigen Dialog über diese Aspekte zu führen
- 5. öffentlich über die Förderung der Vielfalt kommunizieren
- 6. die MitarbeiterInnen über Diversity informieren und einzubeziehen

6 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 7 Innere Führung Innere Führung

bei der Gender-Diversity beginnt. Das Studienergebnis 2020 zeigt, dass es nicht bei den anfänglichen Maßnahmen geblieben ist. Wer Diversity in einer Dimension einmal für sich entdeckt hat, erkennt schnell die Vorteile anderer Dimensionen, Mittlerweile verstehen

immer mehr Verantwortliche, dass es sich beim Konzept Diversity & Inclusion nicht um einen Religionsersatz oder eine Modeerscheinung handelt, sondern um einen Management-Prozess, der Vielfalt als Potenzial erkennt und durch deren systematische Einbeziehung zum Erfolgsfaktor macht. 97 Prozent der Charta-Unterzeichnenden sehen einen ganz konkreten Nutzen für ihr Unternehmen oder ihre Organisation. Selbst bei denjenigen, welche die Charta bislang noch nicht unterzeichnet haben oder gar nicht kennen, sind zwei Drittel vom Nutzen der Vielfalt überzeugt. Die Perspektive auf das Thema hat sich zudem verbreitert. Ein hoher Prozentsatz an Unternehmen sieht neben den praktischen

Aspekten wie Attraktivität für Talente oder die Identifikation der Beschäftigten auch grundsätzliche Aspekte wie Innovation oder die Notwendigkeit, auf gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Kurz gesagt: Diversity & Inclusion ist zum festen Bestandteil von Organisation und Führung geworden.

Bundeswehr und Vielfalt. Wo in der Wirtschaft regulatorisch lediglich das AGG ins Unternehmen eingreift, ist die Bundeswehr aufgrund ihres öffentlichen Auftrags deutlich stärker an Vorgaben gebunden. Von der leitenden Wirkung der Resolution

1325 über die Vorgaben des Grundgesetzes und des Soldatengesetzes bis hin zum Weißbuch 2016, das erstmals explizit den Begriff des Diversity Managements erwähnte, zieht sich eine Linie in den gelebten Alltag der Streitkräfte. Das Weißbuch 2016 machte zudem klar: Diversity Management ist eine Führungsaufgabe. Major Sascha Tiedemann von den Fallschirmjägern spricht vom "integrativen Faktor" und stellt fest: "Da sehe ich den Auftrag als Vorgesetzter. Dass man sich Mühe gibt und diesen Auftrag auch wahrnimmt." Von dieser Haltung könnten sich die Vorgesetzten in manchen Unternehmen etwas abschauen. Die Charta der Vielfalt hatte die Bundeswehr bereits recht früh, am 28.02.2012, unterzeichnet. Damals hatten diesen Schritt gerade einmal knapp 1.300 Unternehmen vollzogen. Was der Bundeswehr bei der Umsetzung von Diversity besonders zugutekommt, ist das Konzept der "Inneren Führung", wie es in der Zentralen Dienstvorschrift A-2600/1 niedergelegt ist. Ausdrücklich ist hier in Ziffer 641 vermerkt, dass es nicht zu Benachteiligungen aufgrund von Diversity-Dimensionen kommen darf. Genauso wie das Diversity-Management einen weit darüber hinaus gehenden Anspruch hat, hat auch das Konzept der Inneren Führung einen ganzheitlichen Anspruch, der sehr viele Aspekte des Diversity-Denkens bereits in sich trägt.

Diversity und Soldatische

Tugenden. Dazu ein ungewöhnlicher Vergleich: In der ZDv A-2600/1 sind eine Reihe von Werten vorgegeben, die auch als "soldatische Tugenden" bezeichnet werden. Manches davon klingt für ZivilistInnen wie mich fremd, lässt sich in seiner Bedeutung aber durchaus auf die Unternehmenswelt übersetzen. Vorausgesetzt, man versteht die Werte richtig. Besonders der Wert der "Tapferkeit"

"Es treibt mich an, für mehr Frauen in den Einsätzen zu werhen." Warum sind Sie Soldatin geworden? Mein Vater starb, als ich ein junges Mädchen war und meine Mutter war nicht in der Lage, meine Geschwister und mich zu versorgen. Ich hatte mir in den Kopf gesetzt eine höhere Ausbildung anzustreben, war Schulsprecherin und machte letztlich meinen Hochschulabschluss, bevor ich 2003 in die gambischen Streitkräfte eintrat. Damals war ich eine von 14 Frauen in den gambischen Streitkräften. Was sind für Sie persönlich Schlüsselfaktoren, um das Engagement für Frauen voranzubringen?

Den Sinn meiner Arbeit ziehe ich aus dem weltweiten offiziellen Enga-

gement zugunsten von Frauen und Gleichstellung. Wer hat schon die Chance, sich selbst aktiv für Friedenssicherung einzusetzen? Die Vereinten Nationen streben einen Frauenanteil von 30% in den Friedenssicherungseinsätzen an. Das ist aus verschiedenen Gründen eine Herausforderung. Einige Truppensteller haben nur wenige Frauen im Einsatz, andere gar keine. Es gilt da anzusetzen, wo diese Nationen ihre Frauen wegen administrativer Aufgaben zuhause lassen, oder weil sie – klassisch– ihre Rollen als Mütter zuhause wahrnehmen sollen. Es treibt mich an für mehr Frauen in den Einsätzen zu werben. Das ist eine große Herausforderung, die mich motiviert. Viele Kommandeure sind der Meinung, dass Gender-Fragen nur Angelegenheit von Frauen seien. Es kam sogar schon vor, dass GA-Trainings mit dem Argument abgesagt wurden, dass es gar keine Frauen in der Truppe gebe.

Wie schöpfen Sie Energie?

Die Frauen, mit denen ich in den Einsätzen zu tun hatte, waren immer kooperativ und aufgeschlossen. Mich für Gender-Belange einzusetzen, ermöglicht mir, unterschiedliche Hintergründe der Menschen und ihre kulturelle Vielfalt kennenzulernen. Dieser kulturelle Austausch mit dem zivilen wie militärischen Personal hilft mir meine Arbeit jeden Tag wieder mit Frische anzugehen und neue Herausforderungen zu meistern. Und zum Ausgleich gehe ich dann gerne laufen, lese oder gucke Fußball.

Drei Fragen an

Major Christine

Advisor in Mali

Mendy (41), Gender

wird in der Allgemeinheit manchmal missverstanden. Hier geht es nicht darum, irgendein merkwürdiges und gefährliches Kunststück aufzuführen oder unsinnige Wagnisse einzugehen. Es geht vielmehr darum, in einer

Extremsituation die eigenen Bedürfnisse, Emotionen und Ängste zu beherrschen und eine Aufgabe im Gesamtkontext erfolgreich auszuführen. Ich wünschte mir mehr Tapferkeit in Unternehmen. Insbeson- →

Gender Advisor in Stabilisierungsmissionen

Die Organisation des Protection Advisor (GENAD)-Apparats in Friedenssicherungseinsätzen ist dreistufig aufgebaut



Forward Head Quarter (FHQ): Ein Stabsoffizier im Rang eines Oberstleutnants berät den Force Commander in allen Gender-Angelegenheiten, koordiniert und überwacht alle gleichstellungsrelevanten Aufgaben.



Sektoral Head Quarters (SHQ): Die Gender Force Protection (Einheiten, die sich um den Schutz der Frauen im Einsatzgebiet kümmern) werden aus den darunterliegenden sektoralen Headquarters (SHQ), ebenfalls auf der Ebene von Stabsoffizieren organisiert.



Ein wichtiger Teil der Arbeit am Menschen findet in den Gender Focal Points (GFP) statt. Die Gender-Beauftragten kümmern sich um Fragen und Alltagsaufgaben der Geschlechtergleichstellung, identifzieren Ansatzpunkte für die Integration und setzen dort an, wo es aktuelle Schwierigkeiten gibt. Hier geht es um den Schutz der Zivilbevölkerung, zum Beispiel im Hinblick auf sexuelle Gewalt oder Kinderschutz und um die Zusammenarbeit mit zivilen Schutzbeauftragten für Frauen

Alle Truppen vor Ort nehmen unter anderem verpflichtend an einem Gender-Training für militärisches Personal im Umgang mit Frauen im Einsatzgebiet teil.

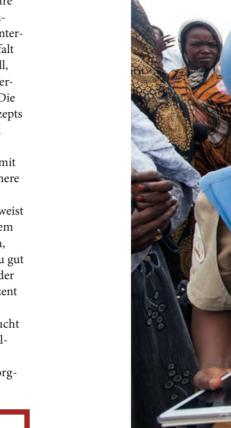
8 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 Innere Führung

dere bei denen, die sich nicht trauen, Frauen in die Vorstände zu lassen und deshalb bei ihrer Berichtspflicht eine "Zielgröße Null" angeben. Wer sich an den soldatischen Wertekanon hält, der kann in Sachen Diversity eigentlich nichts falsch machen. Das kameradschaftliche und fürsorgliche Verhalten bei der Bundeswehr zum Beispiel: In vielen Unternehmen haben wir heute eine Leistungsvergütung, die einen individuellen Bonus beinhaltet. Wir wissen aus der Forschung: das ist kontraproduktiv und fördert Egoismus. Zugleich haben wir in den Unternehmen Daten, die sagen, wo unsere wirtschaftlichen Erfolge herkommen. Sie entstehen in denjenigen Teams, die sich durch hohe Diversität und hohes Engagement auszeichnen. Wir sprechen gerne vom "business case", vom Erfolgsfaktor der Diversity. Die

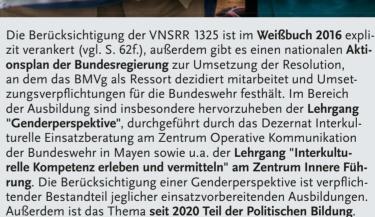
Bundeswehr gehört zu den wenigen Organisationen, die sowohl strukturell als auch ideell anders aufgebaut sind, als ein Unternehmen, das Geld verdienen muss. Wer hier ist, für den zählt Gemeinschaft etwas, und für den zählt auch der Sinn des Ganzen: Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dass ist eine hervorragende Basis. Die große Herausforderung im Alltag liegt darin, die vielfältigen Unterschiede, die Individualität jeder und jedes einzelnen anzuerkennen und zu respektieren und daraus ein Team zu formen. Dass das nicht ohne Diskussionen abläuft, ist auch klar. Je offener miteinander diskutiert wird, desto besser.

Strukturen für Vielfalt und Integration schaffen. Wie kann es gelingen, mehr Frauen von der Bundeswehr als Arbeitgeber zu

überzeugen? Wie steigert man ihre Chancen gleichberechtigt in Führungspositionen zu gelangen? Unternehmen, die sich in Sachen Vielfalt weiterentwickeln, merken schnell, dass es nicht ohne Strukturen, Verantwortliche und Budgets geht. Die Implementierung des "Fachkonzepts Vielfalt und Inklusion" 2019 und die Einrichtung der "Zentralen Ansprechstelle für den Umgang mit Vielfalt" (ZAVi) am Zentrum Innere Führung ist ein weiterer Schritt. Gerhard Kümmel vom ZMSBw weist im Forschungsbericht 125 aus dem Mai 2020 auf einen Umstand hin, den wir aus Unternehmen nur zu gut kennen. Viele Soldatinnen sind der Überzeugung, dass sie "150 Prozent Leistung erbringen müssen, um anerkannt zu werden". Man braucht deshalb Pläne für die Gleichstellung, Mentoring-Programme, kameradschaftlichen und fürsorg-



"Führung muss die Untergebenen kennen. Man muss schauen, wo jemand sinnvoll einzusetzen ist. Frauen sind als Mittlerinnen zu anderen Frauen sinnvoll. In der VN-Resolution 1325 geht es ja auch darum, dass Frauen in Krisen und Krisengebieten besonders geschützt und im Anschluss an einen Konflikt in den Wiederaufbau einbezogen werden sollen. Genauso, kann es in einem jeweiligen Konflikt sinnvoller sein, eher Männer mit einem ähnlichen kulturellen oder ethnischen Hintergrund einzusetzen oder aber insbesondere Frauen, weil diese möglicherweise die Kommunikation erleichtern." Oberleutnant Uwe Hildenbeutel (38) ist in der Ethikausbildung am Zentrum



lichen Umgang. Faktoren, die Mut machen zum Beispiel auch einen Auslandseinsatz mitzumachen. Man braucht Aussagen wie die von Kapitän zur See Jörg Hillmann: "Ich habe überhaupt keine Zweifel daran, dass gut ausgebildete Soldaten genauso ihren Mann stehen werden, wie gut ausgebildete Solda tinnen." Man muss Frauen ermög-

lichen, Vorbilder zu werden, damit andere ihnen auf ihrem Weg folgen. Frauen in Führung, Frauen im Einsatz – das muss im besten Sinne "normal" werden. Vielleicht sehen es dann alle eines Tages so wie Oberstleutnant Corinna Frenzel: "Aus meiner Erfahrung, gerade als Kompaniechefin: Es ist wichtig den Menschen als Ganzes zu sehen."

Ana-Cristina Grohnert

Jahrgang 1967, ist Vorstandsvorsitzende der Arbeitgeber-Initiative Charta der Vielfalt e.V. Die studierte Betriebswirtin war zuletzt Personalvorständin bei der Allianz Deutschland AG und bereits mehrfach Gastdozentin in Seminaren an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Zusammenfassung:

Eine stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen bei der Bundeswehr und insbesondere in Auslandseinsätzen ist eine logische Konsequenz. Kräfte, die Konflikte in Krisengebieten beilegen sollen, sollten ebenso zu einem nennenswerten Anteil Frauen sein.

DIE BUNDESWEHR UND DIE VN-RESOLUTION 1325 Die Berücksichtigung der VNSRR 1325 ist im Weißbuch 2016 expli-

Innere Führung in Koblenz eingesetzt.

Titelthema Titelthema

Integration im Wechsel der Generationen

Die Bundeswehr als "Armee der Einheit"?



Am 3. Oktober 1990 begann nicht nur für Politik und Gesellschaft, sondern auch in der Bundeswehr mit der Übernahme ehemaliger Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) eine Phase des Kennenlernens, der Integration und des Zusammenwachsens. Wie stand und wie steht es um die Integrationsfähigkeit der Bundeswehr damals und heute? Gibt es dreißig Jahre nach dem Überwinden der innerdeutschen Teilung noch Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West? Auf der Suche nach Antworten haben uns Zeitzeugen an ihren Erinnerungen und Meinungen teilhaben lassen. Eine Bestandsaufnahme.

ubiläen geben nicht nur Anlass zu Feier und Glückwunsch, sie geben auch Anlass zu Erinnerung und Reflexion. Wie war das damals? Wie ist es weitergegangen? Und was ist daraus geworden? So fragen sich bei runden Geburtstagen nicht nur die Einzelnen, sondern auch kleinere und größere Kollektive: Firmen und Vereine, Universitäten und Museen. Staaten und

Staatengemeinschaften – und eben auch die Bundeswehr. Für alle ist die Pflege von Erinnerung und Gedächtnis ein wichtiger Teil der Identitätsbildung. Ohne das "Wo kommen wir her?" ist auf das "Wer sind wir und wo wollen wir hin?" schwer Antwort zu finden.

Die Bedeutung von Erinnerung und Gedächtnis ist in den letzten Jahrzehnten auch in den Sozialwissenschaften zunehmend erkannt worden. Von der Psychologie über die Soziologie bis zu Erziehungs-, Politik- und Geschichtswissenschaft beschäftigen sich ForscherInnen in unterschiedlichen Fragestellungen, methodischen und theoretischen Ansätzen mit der individuellen wie kollektiven Erinnerungsarbeit. Der Begriff mag befremden, verweist jedoch darauf, dass es sich beim

Erinnern um ein aktives Tun handelt: Erinnerungen werden gemacht in der Wissenschaft spricht man von Konstruktionen - und zwar immer wieder neu und anders, entsprechend den wechselnden Umständen des Erinnerns, Ereignisse, Handlungen, Befindlichkeiten und Probleme können mit der Zeit 'fern rücken', ,unverständlich werden', aber auch ihren wirklichen Sinn offenbaren. Erinnerungen bleiben also im Fluss. Manchmal beruhigen sie sich auch für einige Zeit und gerinnen zu immer wieder in gleicher Art erzählten Geschichten oder zu festen Formeln ("Armee der Einheit"). Für den Identitätshaushalt des Kollektivs kann dies entlastend sein, es besteht aber die Gefahr, dass das an der Oberfläche Stillgestellte im Untergrund, der Bearbeitung entzogen, in Individuen bewusst oder auch unbewusst weiterwühlt.

All dies gilt für individuelles wie für kollektives Erinnern. In anderer Hinsicht unterscheiden sich beide allerdings. Auch das individuelle Erinnern vollzieht sich zwar in sozialen Bezügen. Die Arbeit an der kollektiven Erinnerung beschäftigt aber nicht nur mehr, sondern auch andere Menschen – darunter Professionelle wie HistorikerInnen, PublizistInnen und PolitikerInnen

-, ferner Organisationen, Verbände und Parteien. Sie geschieht meist in anderem, nämlich institutionellen Rahmen und findet ihren Ausdruck in offizielleren Formen. Individuelle und kollektive Erinnerung stehen zueinander in einem intensiven und durchaus spannungsreichen Verhältnis. Die kollektive Erinnerung ist nicht einfach eine Zusammenfassung der vielen individuellen Erinnerungen. Es ist ein Konstrukt eigener Art, das den individuellen Erinnerungen, ausgestattet mit insti-

tutioneller Macht, gegenübertritt, sie beeinflusst und in sie einfließt. Je stärker die Individuen in das jeweilige Kollektiv eingebunden sind, umso mehr gewinnt die kollektive Erinnerung für sie verpflichtenden Charakter. Andererseits darf sich die kollektive Erinnerung von den individuellen nicht völlig ablösen. Sie darf keine Erfolge dokumentieren, wo in vielen individuellen Erinnerungen Niederlagen verzeichnet sind, will sie nicht ihre Legitimation aufs Spiel setzen. Wie steht es nun um das Verhältnis von individueller und kollektiver Erinnerung in Bezug auf die Eingliederung der Nationalen Volksar-

geschichtliche Charakter jenes Umbruchs, der in der Maueröffnung vom 9. November 1989 einen seiner Höhepunkte hatte, tritt in den Berichten der GesprächspartnerInnen kaum hervor. Bei den Jüngeren, damals gerade am Beginn ihrer Schulzeit, mag das leicht nachvollziehbar sein, sie beschreiben die Aufregung als Sache der Eltern. Aber auch die Älteren, immerhin schon als junge Führungskräfte in den jeweiligen Armeen tätig, klingen verhalten. Dabei war doch gerade die Weltordnung, die über vier Jahrzehnte Bestand gehabt hatte und aus der ihre eigene Tätigkeit ihren ganzen Sinn erhielt, am Einstürzen. Vielleicht

"Die Mauer ist weg!" Der welt-

Dienststelle: Oranienburg, 10892

Dienststelle: Oranienburg, 10892

Dienststelle: Oranienburg, 10892

Dienststelle: Oranienburg, 10892

Palmgren, Frank

20.07.66 Leutnant

WDA/PA Nr: W/0266413

Berechtigt von Betreten: Dienststr

des Inhabers

Ausgestellt am: 4.09.9

NVA 36 625 Ag 117/1/2 3323.9

Unterschift

des in mee in die Bundern

deswehr? Um dieser Frage nach-

deswehr? Um dieser Frage nachzugehen, hat das Zentrum Innere Führung (ZInFü) im Juli 2020 zehn Interviews mit Bundeswehrangehörigen geführt. Die Befragten stammen jeweils zur Hälfte aus dem Osten und dem Westen Deutschlands, und sie gehören ebenfalls zur Hälfte den Altersjahrgängen um 1965 bzw. um 1985 an. Die Gespräche mit ihnen wurden aufgezeichnet und transkribiert.

ist das einfach zu lange her. Oder Soldaten sind eben nüchterner.

Die Brisanz der Lage im Herbst 1989 in der DDR tritt in den Berichten der damaligen NVA-Angehörigen dennoch zutage. Auch die Tatsache, dass man im Konfliktfall aufeinander geschossen hätte, bleibt nicht unerwähnt. So kann sich einer der westlichen Offiziere nicht

genug wundern über die Beteuerung hochrangiger Zeitzeugen aus der Bundeswehr, man hätte doch nie auf die Brüder und Schwestern im Osten geschossen: "Ich kann nur sagen, in den Einheiten, wo ich gedient habe, bis 1989, wussten wir immer sehr deutlich, wo der Gegner stand." Eine deutliche Aussage, die es erlaubt, die Tiefe des Einschnitts zu ermessen, den der Umbruch von 1989/90 markierte. Vor allem natürlich für die Angehörigen der NVA:

"Dass man also wirklich aus einem System, von dem man dachte, es wäre für die Ewigkeit bestimmt, mit einem Schlag herausgerissen wurde, in ein anderes System eingepflanzt wurde. Man könnte vielleicht sogar sagen hinübergeschubst wurde." Doch auch für einen seinerzeit jungen Bundeswehr-Offizier war das Verschwinden der Frontlinie Anlass zur Irritation. In der von ihm berichteten Anekdote wird ihr allerdings nur indirekt Ausdruck verliehen. Aus "den Augen der Amerikaner", die sich anlässlich einer Unterstützungsaktion davon befremdet zeigten, "dass nun Ostdeutsche mit scharfer Munition an ihren Kasernen Wache stehen, wo sie über vierzig Jahre [...] quasi an dem Zaun ihrerseits nun versucht hatten, dass kein Ostdeutscher über den Zaun rüberkam."

Da konnte dann schon die Frage aufkommen, "ob der Auftrag jetzt nicht eigentlich erfüllt war". Der sie stellte, verarbeitete die drohende Orientierungslosigkeit im Studium. Dass nicht mehr oder intensivere Krisenberichte vorliegen, hat wohl damit zu tun, dass die Gesprächspartner am Ende alle in der Bundeswehr geblieben bzw. in diese übernommen worden sind, was gerade bei vormaligen NVA-Offizieren eher die Ausnahme als die Regel war (siehe Grafik S. 17).

"...als hätten wir schon immer dazugehört" - die Übernahme. Von der Übernahme der NVA durch

Oberstleutnant Christoph von Löwenstern (55) ist Leiter des Presseund Informationszentrums Personal. Als Zugführer und Kompaniechef war er in den frühen 90er Jahren im thüringischen Gotha eingesetzt. "Wir haben mit Kameradschaft, Offenheit und vielen Gesprächen versucht Berührungsängste und Brücken abzubauen."

Major Sascha Tiedemann (35) ist Fallschirmjäger und führt seit über 11 Jahre lang Menschen bei der Bundeswehr. Er wuchs in Buxtehude nahe Hamburg auf. Sein bis heute bester Freund zog nach der Grenzöffnung aus dem thüringischen Gotha in seine

"Man hat 60 Millionen Westdeutsche nicht darauf vorbereitet, dass Millionen Ostdeutsche dazu kommen. Im Osten war die Aufklärungsarbeit sehr groß, aber im Westen fand sie nicht statt." Kapitän zur See Jörg Hillmann (57) stammt aus Bremen und ist Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften.

1990 war Oberstleutnant Corinna Frenzel sechs Jahre alt und lebte damals im nordhessischen Frankenberg (Eder). Mut über den Tellerrand zu schauen, Neugier am Menschen, und der Sinn für Gemeinschaft sind für sie heute wichtig, um Menschen zu führen.

"Wir feiern dreißig Jahre Armee der Einheit. Diese Ost-/ West Differenzen sollten wir endlich sein lassen. Die nächste Generation ist durchgewachsen und kriegt Kinder." Oberleutnant Uwe Hildenbeutel (38) ist gebürtiger Wormser und heute in der Ethikausbildung am Zentrum Innere Führung in Koblenz eingesetzt.

Hat die Wende als Kind erlebt. Major Christoph Gallitzendörfer (37) ist Offizier der Panzergrenadiertruppe. Er wurde am 29. November 1982 in Rochlitz (Sachsen) geboren und lebt heute mit seiner Familie in Bayern. Vorurteile gegenüber ,Ossis' hat er nie erlebt.

Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Internettipp:

Erinnerungen, Meinungen und Perspektiven unserer 10 Interviewpartner zum Thema "Integration im Wechsel der Generationen. Bundeswehr als Armee der Einheit?" finden Sie unter dem gleichnamigen Online-Dossier auf www.innerefuehrung.de

sive Erinnerungsbilder und spannende Schilderungen unserer Zeitzeugen finden Sie in diesem Heft und online.

im Juli 2020 zehn Interviews mit Freiwilligen aus der Bundeswehr. Er ist seit Jahresbeginn Redakteur am Zentrum Innere Führung.

die Bundeswehr waren die damals schon aktiven Gesprächspartner je nach "Standort" sehr unterschiedlich betroffen. Blieben die Westdeutschen davon weitgehend unberührt. erlebten die Ostdeutschen eine Zeit der Ungewissheit. Dennoch stimmen die beiden vormaligen NVA-Offiziere in ihrer rundum positiven, geradezu begeisterten Schilderung des Übernahmeverfahrens völlig überein: Von respektvollem Umgang, großer Offenheit und Fairness wissen sie zu berichten, und sie rühmen die Sachlichkeit und Transparenz der Auswahl, bei der, so meint zumindest der Eine, politische Gesichtspunkte nicht die geringste Rolle gespielt hätten. Der Andere stellt sich dann allerdings doch die Frage, ob er die Zeit im Rückblick womöglich verkläre. Und er weiß: "Ich hatte wirklich das Glück, das Privileg gehabt, den richtigen Beruf zum richtigen Zeitpunkt mitbringen zu können in die Bundeswehr." Als Dolmetscher für Tschechisch und Russisch war er, gerade nach der Öffnung, ein gefragter Mann. Viele andere hatten weniger Glück und sahen die eigene Lebensleistung entwertet – auch darüber ist sich dieser Zeitzeuge im Klaren. Am positiven Gesamtbild ändert diese Einsicht jedoch nichts. Muss man in solch positiven Schilderungen der Übernahme nun die Auswirkung jenes Anpassungsdrucks sehen, dem NVA-Offiziere im vereinigten Deutschland nach der Studie von Nina Leonhard ausgesetzt waren (vgl. Lesetipp). Ein wenig vielleicht. Mehr aber noch dürfte es sich um Zeugnisse einer gelungenen Beziehungsgeschichte oder eines glücklichen Passungsverhältnisses handeln. Die beiden Gesprächspartner haben in der Bundeswehr sehr rasch ihren Platz gefunden, haben sich aufgenommen gefühlt, "als hätten wir schon immer dazugehört", und haben eine höchst erfolgreiche Karriere absolviert. Das mag



14 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 15 Titelthema Titelthema

dazu beitragen, dass in ihren Erinnerungen die Frühzeit der Beziehung in einem überaus freundlichen Licht erscheint und die weniger erfreulichen und harmonischen Seiten der Übernahme, werden nur mit einem Seitenblick gestreift werden. Auch den dritten der älteren Gesprächspartner aus dem Osten verbindet im Ganzen eine glückliche Geschichte mit der Bundeswehr. Dennoch treten in seiner Erzäh-

die Konflikte des Übernahmeprozesses deutlicher hervor. Die politischen Überprüfungen, die ungleiche Bezahlung, die Nichtanerkennung von Weiterbildungen – all das ist in seiner Erinnerung präsent. In einer Anekdote wird den geschilderten Demütigungen der kleine Triumph entgegengesetzt und berichtet, wie man bei der Erstbegegnung mit den neuen und unbekannten Kameraden aus dem Westen deren havarierten Bus rasch mit dem angeblich untauglichen "Russenwerkzeug" wieder instand gesetzt hat.

"... das Beste, was mir passieren konnte" - der Weg nach Westen.

Die Wiedervereinigung ging für viele Angehörige der Bundeswehr mit Versetzungen einher. Die Einen gingen von West nach Ost, um dort die neuen Strukturen aufzubauen, geworben mit der so genannten "Buschzulage"1.

Die Anderen wechselten von Ost nach West, zunächst um zu lernen, viele dann auch, um zu bleiben. Vier der fünf in Ostdeutschland geborenen GesprächspartnerInnen sind mittlerweile im Westen, die beiden Jüngeren haben dort Partner, **533.000 SOLDATEN**

ZIVILE MITARBEITERINNEN **UND MITARBEITER**



Am 11.01.2000 schuf der Europäische Gerichtshof mit der Entscheidung im Fall Tania Kreil die Voraussetzungen dafür. dass in Deutschland auch Frauen für den aktiven Militärdienst eingestellt werden.

Familie und ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Sie zeigen sich mit der Vereinigung und den aus ihr entstandenen Möglichkeiten hoch zufrieden: "Für mich war die Wende das Beste, was mir passieren konnte". Zugleich sind beide aber auch der Auffassung, das Ost-West-Thema spiele heute im Grunde keine Rolle mehr und die Grenzen verschwämmen zusehends. Der Weg nach Westen produziert neben aller Zufriedenheit auch Spannungen, die ausgehalten werden wollen. Ein Interviewpartner hat Vorgesetzte erlebt, die ihn anhielten sich das "für den Dienst störende" Sächsisch abzugewöhnen. Er heiratete in eine bayerische Familie ein, die das Ost-West-Verhältnis völlig anders bewertet als seine Herkunftsfamilie: "...bei meiner Familie, wenn ich die in Sachsen besuche, dann ist es da oft so, dass da noch von Wessis gesprochen wird. Wobei meine Familie hier in Bayern, da gibt es das nicht. Also diese Schranke ist da nicht vorhanden."

"Weil wir alle Grün tragen" - Wie die Bundeswehr integriert. Die

Integration der ehemaligen NVA-Angehörigen in die Bundeswehr war, wie manche der Erinnerungen zeigen, kein Selbstläufer. Misstrauen auf östlicher Seite war zu überwinden, die ungleiche Bezahlung sorgte für dauerhafte Missstimmung, manche der in den Osten entsandten Führungskräfte erwiesen sich als wenig geeignet und zerschlugen mit ihrer Haltung Porzellan, das wieder gekittet werden musste. Unterhalb der Offiziersebene kam es wohl zuweilen auch zu handfesterem Streit - der zumeist beim abendlichen Bier wieder beigelegt werden konnte. Auch Mentalitätsunterschiede werden hier und da angedeutet: "Bodenständiger und leichter führbar" seien die Soldaten aus dem Osten, "etwas offener, nicht so ängstlich" die aus dem Westen. Stärkeres Karrierebewusstsein, aber auch Verkopftheit wird →

1990

Zwei-plus-Vier-Vertrag



41.000 SOLDATEN und 47.000 ZIVILE MITARBEITERINNEN UND **MITARBEITER** der NVA wurden nach dem 3. Oktober 1990 vorläufig als Zeitsoldaten in die Bundeswehr übernommen.



Ca. 10.800 SOLDATEN der NVA wurden am Ende aller Auswahlprozesse in die Bundeswehr übernommen.

> 1992 **370.000 SOLDATEN**

184.000 SOLDATINNE UND SOLDATEN 80.000 ZIVILE MITARBEITERINNEN

UND MITARBEITER

grenze der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten ziere und 200 Mannschaftsdienstgrade der ehegen Probezeit in die Bundeswehr übernommen.

Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

16 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 17

¹ Als "Buschzulage" wurde eine bis 1995 gezahlte Prämie bezeichnet, die an Personal der Bundeswehr ausgezahlt wurde, das aus den alten Bundesländern stammte und in den neuen Bundesländern eingesetzt wurde. Ab A13 waren dies etwa 2.500 DM.

Titelthema Titelthema

"Veränderungswille, Initiative, Tatkraft. Diese Dinge wurden aus meiner Sicht in der alten Bundeswehr deutlich höher bewertet als es in der NVA Realität war. Und wenn wir immer behauptet haben, bei uns würde der Mensch im Mittelpunkt stehen, so wie es uns eingetrichtert wurde, so war die Realität eine komplett andere."

Oberstleutnant Frank Palmgren (54), Artilleriestabsoffizier des Artilleriebataillons 345 in Idar-Oberstein, wurde in der NVA noch Leutnant. Im Bild auf Seite 12 ist er der Vierte von links. denen aus dem Westen zugeschrieben, stärkere Gruppenorientierung und ein zupackenderes Wesen denen aus dem Osten. Das geschieht jedoch nur nebenher und in Anführungszeichen. Klischees und Stereotype werden allgemein strikt abgelehnt. In jedem Fall ist man sich aber einig, dass die anfänglich vorhandenen Unterschiede verschwunden seien, das Ost-West-Thema sich "auf der Zeitachse wirklich erledigt" und die Bundeswehr vorbildliche Integrationsarbeit geleistet habe. Was hat die Bundeswehr nun in den Augen der GesprächspartnerInnen zu solch einer Leistung befähigt? Die Antworten auf diese Frage weisen einen so hohen Grad an Übereinstimmung auf, dass manche ohne Reibungsverlust zwischen den

Interview-





die Dienstgrade hinweg an

einem Strang ziehen und ebenso

zusammenwirken. Die Integrati-

onsfähigkeit beruht zum anderen

auf der konsequenten Anwendung

planvoll wie lösungsorientiert

partnern ausgetauscht werden könnten. Zusammengefasst liest sich das etwa so: Die Integrationsfähigkeit der Bundeswehr beruht zum einen auf dem Zusammenhalt und der Kameradschaft, die sich in der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben herausbilden, bei der alle über

der Prinzipien der Inneren Führung, der Auftragstaktik und auf der Einbindung der Bundeswehr in die freiheitlich demokratische Grundordnung. Es ist nicht zu bezweifeln, dass diese - im Original sehr viel umfangreicheren – Begründungen auf eigenem Erleben beruhen. Gerade für die Erfahrung, dass kameradschaftliches Zusammenwirken unabdingbar ist, um Krisen und Probleme zu bewältigen, dass sich mit ihm zugleich Erstaunliches ins Werk setzen lässt, werden hie und da konkrete Beispiele Thomas Richter, damals genannt. Insgesamt aber bleibt der Grad der Konkretion gering, lesen sich aus dem Handbuch der

kann dies als
Zeichen für ein
gefestigtes Leitbild
und für eine stabil
verankerte Unternehmenskultur
werten. Man kann
aber auch fragen,
ob die doch erfahrungsgemäß widerspruchsvolle Realität
hier genug Chancen
erhält, wahrgenommen zu werden.

Integration – wie weiter? Die individuellen Erinnerungen an die dreißig Jahre zurückliegende Vereinigung von Bundeswehr und NVA

und die folgenden Entwicklungen zeigen einerseits ein Bild, das so vielfältig und lebendig ist, wie man es von individuellen Erinnerungen erwarten kann. Trotz der Verzerrung, die durch die Auswahl der GesprächspartnerInnen gegeben ist, für die sich die Vereinigung, wenn überhaupt, dann positiv ausgewirkt hat: Es treten in den Berichten auch die Probleme, Spannungen und Verletzungen zutage, die der Prozess verursacht hat - und noch immer verursacht. Wo es allerdings um die Gesamteinschätzung geht, wo der Einigungsprozess als ein im Ganzen gelungener und abgeschlossener, gar als ein vorbildlicher und den parallelen Vorgängen im zivilen Bereich überlegener dargestellt wird, verlieren die individuellen Ausführungen an Vielfalt und Differenziertheit. Hier scheinen sie durchdrungen und überformt von jener kollektiven Erinnerung, die in der Formel von der "Armee der Einheit" ihren Aus-

Oberfeldwebel der Instandsetzungstruppe der NVA, hier in Weißenfels.

Foto: Lars Fischer

Derfeldwebel der Instandsetzungstruppe der NVA, hier in Weißenfels.

Foto: Lars Fischer

Derfeldwebel der Instandsetzungstruppe der NVA, kretion gering, lesen sich viele Passagen wie Auszüge aus dem Handbuch der Inneren Führung. Man

Derfeldwebel der Instandsetzungstruppe der NVA, kretion gering, lesen sich viele Passagen wie Auszüge aus dem Handbuch der Inneren Führung. Man

Ostens" in die Bundeswehr für abgeschlossen erklärt, könnte dies

zu schaffen. Nur so weiß ich, wer der Kamerad neben

"Wenn man diesen offenen Umgang miteinander pflegt, dann schafft man auch eine Integration von all denjenigen, die meinen besser integriert werden zu müssen. Keine Angst davor zu haben, was man sagt und darauf ein ehrliches Feedback zu bekommen ist der richtige Weg, um Integration in der Bundeswehr

> mir ist, und mit dem ich dann auch in den Auslandseinsatz gehen kann. Denn wenn etwas im Auslandseinsatz von Nöten ist, dann ist das Vertrauen. Das kann ich nur haben, wenn ich meinen Gegenüber kenne und das finden wir nur heraus, wenn wir miteinander reden."

Oberstleutnant Corinna Frenzel

allerdings auch daran liegen, dass andere Integrationsaufgaben nach der Jahrtausendwende in den Vordergrund getreten sind: Die Bundeswehr hat sich auch im militärischen Bereich für Frauen geöffnet – und sie hat nun auch SoldatInnen "mit Migrationshintergrund" in ihren Reihen. Von beidem heißt es in den Interviews, die damit verbundenen Fragen würden in der Bundeswehr in diversen Zusammenhängen thematisiert. Die Gespräche zeigen, dass das Schlagwort "Diversity" längst auch in der Bundeswehr angekommen ist, machen aber auch deutlich, dass der Umgang damit in dieser

speziellen Umgebung seine eigenen Tücken hat. Jedenfalls scheint die von einer Gesprächspartnerin geäußerte Erwartung, durch die gemeinsame Grundausbildung würden alle Unterschiede (einschließlich LGBTQ) belanglos, der Komplexität dieses Problemfelds doch nicht völlig gerecht zu werden. Hilfreicher erscheint da die von ihr zuvor geäußerte Auffassung, Stereotype - wie "der Ossi" und "der Wessi" – seien bei allen zu finden und auch nichts Schlimmes. Aber: "Damit umzugehen und sich dessen bewusst zu werden ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen."

Lesetipps:

Nina Leonhard: Berufliche Identität von Soldaten. Eine qualitative Untersuchung von jungen männlichen Soldaten der Bundeswehr aus alten und neuen Bundesländern, Strausberg, 2007.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik Deutschland wurde. München, 2019

Gerhard Kluchert

Jahrgang 1949, ist Historiker, Erziehungswissenschaftler und Privatdozent i.R. an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Von 2004 bis 2006 und von 2008 bis 2012 war er an der Helmut-Schmidt Universität in Hamburg tätig.

Zusammenfassung:

Die Analyse von Dr. Gerhard Kluchert basiert auf Interviewdaten der Zeitzeugen-Befragung. Auf der Basis von zehn Interviews mit Bundeswehrangehörigen zweier Generationen geht der Beitrag der Frage nach, wie sich die deutsche Vereinigung im Jahr 1990, die darauf folgende Übernahme ehemaliger NVA-Soldaten in die Bundeswehr und der heutige Stand der Integration in den individuellen Erinnerungen und Berichten widerspiegeln. Die Interviewten beschreiben ein vielfältiges und lebendiges Bild des Einigungsprozesses, das neben gelungenen Entwicklungen Spannungen und Probleme nicht ausspart. Es zeigen sich andererseits aber auch Tendenzen zur Formelhaftigkeit, die gerade mit Blick auf anstehende Integrationsaufgaben der Bundeswehr nicht unproblematisch sind.





Titelthema Titelthema

Die Bundeswehr ist Arbeitgeber von Deutschen mit sehr unterschiedlichen Bezügen, Hintergründen und Herkünften. Sie übernimmt damit eine gesellschaftliche Vorreiterrolle für das Zusammenwachsen kulturell-religiöser Vielfalt. Anhand aktueller Ergebnisse des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung wird der religiöse Pluralismus in der Gesellschaft und in der Bundeswehr beleuchtet. Ein Ergebnis lautet. dass entgegen weit verbreiteter Vorurteile, islamische Religiosität und demokratische Haltung miteinander vereinbar sind. Dafür stehen muslimische Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, die religiös bedingte Kompetenzen mitbringen, die der Auftragserfüllung und dem Eigenschutz der Bundeswehr zugutekommen.

M it der deutschen Wiedervereinigung 1990 stand die Bundeswehr unter anderem vor der Herausforderung, Personal der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) zu integrieren. Der Aufbau einer für das gesamte Staatsgebiet verantwortlichen Bundeswehr im wiedervereinten Deutschland stellte in den folgenden Jahren eine immense Herausforderung dar. 30 Jahre später sind Fragen des kulturellen und sozialen Zusammenwachsens sowohl in der Gesellschaft als auch in der Bundeswehr relevanter denn je. Die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung in der deutschen Gesellschaft stellen die Bundeswehr heute vor die Aufgabe, die gelebte Vielfalt auch in den Streitkräften zu verankern. Das ist unerlässlich, damit die Bundeswehr ihrem Selbstverständnis und Anspruch gerecht werden und militärische Maßnahmen einer modernen Armee wirk-

Uniform und Vielfalt. Etwa 15 Prozent der 184.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten haben heute einen Migrationshintergrund. Gut zwölf Prozent des militärischen Personals sind Frauen. Queere Menschen in der Bundeswehr sind in einem Verband - 2020 in "QueerBw" umbenannt – organisiert. Diese Vielfalt in den Streitkräften spielt eine wichtige

Rolle, da sich die Bundeswehr als Spiegelbild der Gesellschaft sieht und stets gesehen hat. So ist mit dem Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"1 der Anspruch verbunden, einen Ouerschnitt aller Deutschen aus der Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren.

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren Schritte unternommen, der wachsenden Vielfalt in der Gesellschaft gerecht zu werden. Bereits 2012 unterzeichnete die Bundeswehr die "Charta der Vielfalt". 2015 wurde das "Stabselement für Chancengerechtigkeit"- im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung" gegründet, das ein Jahr später um die Themen "Vielfalt und Inklusion" ergänzt wurde. Familienbetreuung, Vereinbarkeit von Dienst und Familie, Beeinträchtigungen, sexuelle Orientierung und religiöse Ausrichtung sind in der Bundeswehr heute keine randständigen Themen mehr. Gerade im Bereich der Uniformierten ist es wichtig, die moderne Vielfalt der Biografien, Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten wertzuschätzen und zu fördern. Soldatinnen und Soldaten wollen auch in der Einheit der Streitkräfte als individuelle Persönlichkeiten anerkannt werden: "Der Inneren Führung entspricht es, dass



die Angehörigen der Bundeswehr einander als Mitglieder einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft anerkennen."2

Religiöser Wandel in Gesellschaft und Bundeswehr. Bis in die 1970er Jahre hatten Kirche und Religion einen festen und eindeutigen Platz in der westdeutschen Gesellschaft. Weit mehr als 90 Prozent der Westdeutschen waren Mitglied in einer der beiden großen Amtskirchen. Infolge von Entkirchlichung und gleichzeitiger religiöser Pluralisierung hat sich die Religionslandschaft in Deutschland, insbesondere nach 1990, nachhaltig verändert. 2019 waren nur noch 52 Prozent der Deutschen Mitglied in der römischkatholischen oder evangelischen Kirche. Knapp 45 Prozent sind heute entweder konfessionslos oder andersgläubig. Dazu zählen 4,4 bis 4,7 Millionen Angehörige des Islams sowie knapp 100.000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden. Die Entwicklung in der Bundeswehr ist ähnlich verlaufen. Nach Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) dienen derzeit rund 53.000 evangelische und etwa 41.000 katholische Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr. Das

entspricht ebenfalls einem Anteil von etwa 52 Prozent bezogen auf die aktuelle Truppenstärke. Ende der 1950er Jahre hatte der Anteil der Kirchenmitglieder in der Bundeswehr noch bei 98 Prozent gelegen. Schätzungen gehen davon aus, dass gegenwärtig etwa 300 Angehörige des jüdischen Glaubens und 3.000 Musliminnen und Muslime in der Bundeswehr Dienst tun. Genau erfasst wird die Religionszugehörigkeit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht.

Seit 2015 bietet die Bundeswehr Angehörigen nicht-christlicher Religionen, genauso wie Atheisten und Agnostikern³ am Zentrum Innere Führung (ZInFü) eine Ansprechstelle für ihre Bedürfnisse und Anliegen. Mit der Einrichtung des Dezernats für Vielfalt, Interkulturelle Kompetenz, Ethik und Religion hat die Bundeswehr einen ersten Schritt zur Anerkennung religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in den Streitkräften geleistet. 2019 wurde dann ein Staats-

vertrag mit dem Zentralrat der

Die Freiheit des Glaubens, des

Gewissens und die Freiheit des

religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich:

Die in Artikel 4 des Grundgesetzes

verankerte Freiheit des Glaubens ist

ein wesentlicher Baustein für eine

rungskultur in den Streitkräften.

Foto: imago images/Friedrich Stark

moderne und aufgeschlossene Füh-

Juden in Deutschland ausgehandelt, auf dessen Grundlage ab Herbst 2020 Militärrabbiner jüdische Soldatinnen und Soldaten seelsorgerisch betreuen. Auch für Musliminnen und Muslime in der Bundeswehr soll ein geistliches Angebot geschaffen werden.

Muslimische Soldatinnen und Soldaten als Vorbilder. Gerade die Erweiterung der Militärseelsorge für muslimische Soldatinnen und Soldaten könnte ein starkes Zeichen für religiöse Toleranz und gegen Islamfeindlichkeit sein, das weit in die Gesellschaft hineinwirkt. Denn damit würde die Bundeswehr eine Vorreiterrolle übernehmen und zeigen, dass auch deutsche Musliminnen und Muslime für Deutschland in den Einsatz gehen, und auch sie ihr Leben für ihr Land geben würden. Denn islamische Religionszugehörigkeit und Religiosität stehen nicht in einem Gegensatz zu den demokratischen Werten, für die die Bundeswehr steht.

Zu diesem Ergebnis kommt auch der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung,

mit dem seit 2007 untersucht wird. welche Rolle Religion, Religiosität und religiöse Vielfalt in europäischen Gesellschaften spielen und unter welchen Bedingungen ein Zusammenleben von Menschen verschiedener Glaubenszugehörigkeit, aber auch von Menschen ohne religiösen Glauben, dauerhaft gelingen kann. Ergebnisse der repräsentativen Befragungen von 2017 und 2019 zeigen, dass Angehörige aller Religionsgemeinschaften in Deutschland mehrheitlich der Ansicht sind, dass die Demokratie eine gute Regierungsform ist. So bekennen sich 90 Prozent der Musliminnen und Muslime zur demokratischen Kultur. Demokratische Einstellungen werden weder durch die Religionszugehörigkeit noch durch den Grad der Religiosität beeinflusst.

Trotz aller gegenläufigen empirischen Befunde halten sich die Vorurteile gegenüber dem Islam jedoch hartnäckig in der deutschen Gesamtbevölkerung. In der Erhebung 2019

gaben 52 Prozent der Befragten an, den → 5.000.000 Muslime leben in Deutschland. 3.000 Angehörige gibt es derzeit in der Bundeswehr. Sie sollen zukünftig durch eigene Militärgeistliche vertreten werden Seit 2019 engagiert sich die Bundeswehr zugunsten eines Vertrags mit der musli-mischen Gemeinde in Deutschland.

1 vgl. Dienstvorschrift der Bundeswehr A-2600/1: "Innere Führung", Ziff. 301

sam umsetzen kann.

22 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 23

² vgl. A-1600/1 Ziff. 313

³ Agnostizismus (Neologismus zu altgriechisch gnostikós "zum Erkennen, Einsehen geschickt, erkenntnisfähig, einsichtig" und negierendem Alpha privativum) ist die philosophische Ansicht, dass Annahmen – insbesondere theologische, die die Existenz oder Nichtexistenz einer höheren Instanz, beispielsweise eines Gottes, betreffen – ungeklärt oder nicht klärbar sind (www.wikipedia.de).

Islam als Bedrohung wahrzunehmen. Diese Bedrohungswahrnehmung hält sich seit Jahren stabil auf hohem Niveau. Nur etwa ein Drittel erlebt den Islam gegenwärtig als Bereicherung. Immerhin sprachen sich 2019 nur noch 13 Prozent der Befragten für eine restriktive, ablehnende Politik gegenüber Musliminnen und Muslimen aus – fünf Jahre zuvor waren es 22 Prozent gewesen. Das ändert allerdings nichts daran, dass sich in Deutschland ein Islambild etabliert hat, das stark negativ konnotiert ist und den Islam weniger als Religion adressiert, sondern mehr als eine tendenziell demokratiefeindliche Ideologie.

Die verbreiteten islamskeptischen Einstellungen bergen die Gefahr, in handfeste Islamfeindschaft umschlagen zu können. Erlebte Vorbilder können hier Vorurteile und Stereotype entkräften. Eine solche Vorbildfunktion kann auch muslimischen Soldatinnen und Soldaten zukommen, die sichtbar dafür stehen, dass demokratische Haltung und islamische Religiosität miteinander vereinbar sind.

Der europäische Islam als Chance.

Ein Hauptgrund für die negative Wahrnehmung des Islams ist der Fokus der Medien und der öffentlichen Debatten. Der Islam wird teilweise nur vor dem Hintergrund des religiösen Extremismus, von terroristischen Anschlägen und der Menschenrechtslage in islamischen Ländern thematisiert. Ein solch enger Problemfokus schürt Ängste

Ca. 23 Millionen Katholiken und 21 Millionen Protestanten leben derzeit schätzungsweise in Deutschland. In der Bundeswehr bekennen sich 2020 nur noch 60% der Uniformträger – von ehemals 98% im Jahre 1956 – zu ihrem christlichen Glauben.

erzeugt eine skeptische Islam-Wahrnehmung. Zwischen dieser medial vermittelten Wahrnehmung des Islams und der Wirklichkeit des in Deutschland gelebten Islams liegen Welten.

Die Normalität des vielfältigen musli-

mischen Alltagslebens in Deutschland bietet keine Anhaltspunkte, die eine Bedrohungswahrnehmung rechtfertigen. Muslime haben hierzulande eigenständige, pragmatische Wege gefunden, ihre Religiosität mit dem Leben in einer säkularen Gesellschaft in Einklang zu bringen. Weil aber Musliminnen und Muslime im Vergleich zu Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften religiöser sind und ihr religiöser Glaube häufig auch sichtbar ist, entsteht leicht eine negativ verzerrte Wahrnehmung. In Deutsch-

Privatsache. Persönliche Kontakte zu Musliminnen und Muslimen gehen dagegen mit der Erfahrung einher, dass islamische Religiosität und demokratische Werte einer säkularen Gesellschaft sich nicht ausschließen. Entsprechend, so zeigen die Religionsmonitor-Ergebnisse, fällt die Wahrnehmung des Islams bei Befragten, die Kontakte zu Musliminnen und Muslimen haben, deutlich positiver aus. Die Bedrohungswahrnehmung halbiert

land gilt Religion eher als

"Vor dem Mauerfall haben sich meine Eltern entschieden aus dem Iran nach Deutschland auszuwandern. um für mich eine bessere Zukunft zu sichern. Ich bin hier geboren und zweisprachig aufgewachsen. Bei der Bundeswehr fühle ich mich als Teil einer großen Familie, Integrationsschwierigkeiten hatte ich nie. Oft werde ich gefragt, woher mein Nachname ursprünglich kommt und was dahintersteckt. So kommt man direkt ins Gespräch. Vielfalt trägt definitiv dazu bei, die Bundeswehr weiterzuentwickeln. Ich selbst konnte meine Sprachkenntnisse zuletzt bei meinem Afghanistan-Einsatz gut brauchen."

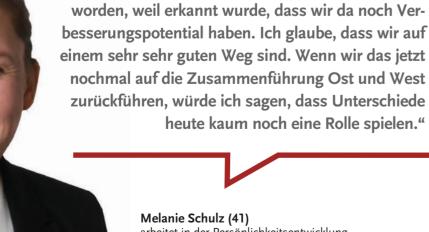
> Stabsunteroffizier Daniel Zolfaghari (33) ist Personalsachbearbeiter im Kommando

sich, sobald das vorherrschende negative Islambild durch persönliche Erfahrungen korrigiert wird. Oft wird übersehen, dass sich der Islam hierzulande längst "europäisiert" hat und sich die Werthaltungen von Musliminnen und Muslimen denen in der Gesamtbevölkerung angleichen - sei es in der Frage der Gleichberechtigung von Frau und Mann, der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der Offenheit gegenüber anderen Religionen. Zwar haben Menschenrechte und demokratische Grundwerte in den meisten islamischen Staaten einen

schweren Stand. Es ist aber ein Trugschluss, die politische Lage in diesen Ländern auf die Muslime hierzulande zu projizieren.

Vielmehr bietet die Anerkennung des europäischen Islams Chancen. So bringen Musliminnen und Muslime in der Bundeswehr herkunftslandspezifische, sprachliche und kulturelle Kompetenzen mit, die für die Auftragserfüllung und den Eigenschutz der Bundeswehr nützlich sein können. Insbesondere Religion kann in transnationaler Perspektive vertrauensbildend und vernetzend wirken. Andererseits können muslimische Bundeswehrangehörige in islamischen Ländern positive Impulse setzen, ohne das Prinzip des, local ownership' zu beeinträchtigen.

Vielfalt beugt vor. Es sind also nicht Religion und Religiosität, die mit Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit einhergehen. Vielmehr sind es Menschen mit einer dogmatischen, ausgrenzenden und antipluralistischen Haltung, welche die Legitimität der Demokratie in Zweifel ziehen. Die aktuellen Ergebnisse des Religionsmonitors belegen, dass gesellschaftlicher Pluralismus solchem demokratiegefährdenden Dogmatismus vorbeugt. Minderheiten mit exklusivistischen Überzeugungen finden sich sowohl unter Religionsanhängern⁴ als auch bei religiös Ungebundenen. Hinsichtlich der Demokratiegefährdung ist es nicht entscheidend, ob es sich um politischen oder religiösen →



Melanie Schulz (41) arbeitet in der Persönlichkeitsentwicklung an der Führungsakademie der Bundeswehr.

"Diversity, Chancengleichheit, Gleichberechtigung: Diese

Themen sind in den letzten Jahren sehr hoch gehoben

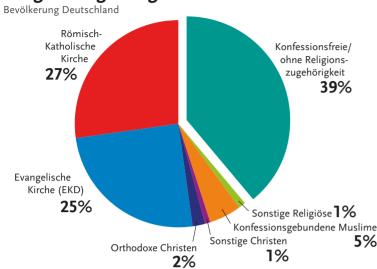


Gerd Pickel: Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt. Bertelsmann Verlag. Online abrufbar: www.bertelsmannstiftung.de

Jan Plamper: Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. S.Fischer Verlag. Sarah Albrecht: Wie muslimisch ist Europa? Bertelsmann Verlag. Online abrufbar.



Religionszugehörigkeiten



Stand 31.12.2019 , Quellen: DBK, EKD, REMID, BAMF, Statistisches Bundesamt, fowid Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Dogmatismus handelt. Allerdings agieren religiös-dogmatische Minderheiten unter Christen und Muslimen eher isoliert, während die Verbreitung rechter geschlossener Weltbilder größere Bevölkerungsteile erreicht. Dabei zeigt sich auch, dass sich Demokratieskeptiker eher

vom Islam bedroht fühlen und Musliminnen und Muslimen öfters ablehnend gegenüberstehen. Die Ergebnisse des Religionsmonitors zeigen jedoch auch, dass die Mehrheit der Deutschen, ob mit oder ohne Migrationsbiografie, den gesellschaftlichen Pluralismus bejaht und



Ca. 100.000 Juden leben in Deutschland. 300 bekennende Juden gibt es derzeit in der Bundeswehr. Seit 2019 gibt es Militärrabiner, der sie in Glaubensfragen betreuen.

sich einig ist, dass ein Zusammenleben in kulturell-religiöser Vielfalt gelingen kann. Die Vorstellung, wie interkulturelles Zusammenleben gelingt, verändert sich gegenwärtig mit den nachrückenden jüngeren Generationen. Bereits für jeden Dritten gelingt das Zusammenleben heute, wenn Einheimische und Einwanderer kulturell aufeinander zugehen.

Die Bundeswehr, die Ost- und Westdeutsche, aber auch Deutsche mit Migrationsbezügen in unterschiedliche Ländern vereinigt, kann durch die gelebte Vielfalt auch dem Extremismus vorbeugen. In den

"Wir haben eine ganz offene Diskussion über Genderfragen und über andere Religionen. Es ist natürlich Aufgabe der Vorgesetzten das vorzuleben und auch zu vermitteln. Das Band der Kameradschaft ist das Elementare, das jeder Soldat erleben und auch genauso spüren sollte."





letzten Jahren hat die Bundeswehr bereits bemerkenswerte Fortschritte unternommen. Weitere Impulse für die Zukunft lassen sich im internationalen Austausch mit anderen NATO-Partnern - wie z.B. Großbritannien, Frankreich und Kanada - gewinnen, die schon länger Erfahrungen im Bereich interkultureller und interreligiöser Vielfalt gesammelt haben.



Jahrgang 1974, ist Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung und leitet das Projekt Religionsmonitor, dass sich mit Religion und gesellschaftlichem Zusammenhalt befasst.

Zusammenfassung: Die Autorin attestiert der te Engagement dieser Menschen zu bewältigen.

Bundeswehr eine Vorreiterrolle bei der Integration von Muslimen. Die Kompetenzen und ethnischen Disparitäten u.a. von Soldatinnen und Soldaten mit Migrationshintergrund ermöglichen der Bundeswehr besonders im Einsatz spezielle Herausforderungen durch das zielgerichte-

26 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 **27**



75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und den Schrecken des Holocaust, mit der Gründung der Bundesrepublik und 30 Jahre nach Ende der DDR-Diktatur ist Deutschland de facto* eine Demokratie. Die Qualität einer Demokratie hängt allerdings ganz wesentlich von denen ab, die sie leben und gestalten. Es stellt sich die kritische Frage, inwieweit die breite Bevölkerung demokratische Grundhaltungen verinnerlicht hat.

er Großteil der Bürgerinnen er Großteil der Durgerinnen und Bürger dürfte sich selbst für demokratisch halten. Berichte über Alltagsrassismus und -antisemitismus, Verlautbarungen im Internet und auf Demonstrationen wie denen von Pegida und aktuell den "Anti-Corona"-Protesten lassen allerdings Zweifel nicht nur daran aufkommen, für wie demokratisch verfasst Bürgerinnen und Bürger Deutschland halten, sondern auch an ihrer eigenen Haltung. Polizei und Verfassungsschutz sehen hier derzeit insbesondere eine Gefahr von ganz rechts Außen. Beim Vorwurf, nicht ausreichend

gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gefeit zu sein, zeigte der Finger des Westens bis vor kurzem noch bevorzugt auf den Osten. Beim Vorwurf, nicht ausreichend gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gefeit zu sein, zeigte der Finger des Westens bis vor kurzem noch bevorzugt auf den Osten. Die aktuellen Corona-Demonstrationen, bei denen sich die unterschiedlichsten Milieus von ganz links über die Mitte bis nach ganz rechts-außen zusammen finden mit auffallend vielen Teilnehmenden gerade aus dem wohlhabenden

Südwesten, werfen neue Fragen auf – und gängige Theorien über den Haufen.

Auskunft darüber, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland demokratische Grundwerte verinnerlicht haben, geben bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfragen wie die "Mitte-Studie" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit dem Fokus auf menschenfeindlich und rechtsextreme Einstellungen, aus der im Folgenden ausschnittsweise berichtet wird. Die FES-Mitte-Studie wird regelmäßig seit 2006 durchgeführt, zuletzt im Winter

* "Das ist ja gerade das Wunderbare an unserer Verfassung: Das Grundgesetz verbrieft unsere Freiheit – die Freiheit zur eigenen Meinung und zum eigenen Lebensentwurf. Auch die Freiheit, zu hinterfragen, selbst die Mächtigsten zu kritisieren und mitzurreden, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht." Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des 70. Jubiläums des Grundgesetzes.

Empirische Befunde

zu den (anti-)demokratischen Einstellungen in der Bevölkerung

Zur Erhebungsmethode: Wie bei Meinungsumfragen üblich, wurden in der FES-Mitte-Studie den Befragten zu jedem Konstrukt jeweils mehrere Aussagen vorgelegt, zu denen um die Zustimmung bzw. Ablehnung gebeten wird. Verwendet wurde dafür eine fünfstufige Antwortskala. Die Befragung ist als telefonische Befragungen mit Dual-Frame angelegt (Festnetz-/Mobilguote 70:30). Als telefonische Befragung gibt die Studie eher eine konservative Abbildung der Stimmungslage in der Bevölkerung. Üblicherweise liegen die Zustimmungswerte zu Aussagen, die offen gegen soziale Normen etwa von Toleranz verstoßen, bei telefonischen Interviews niedriger als bei der Verwendung anonymer Fragebögen oder in Online-Abfragen. Die Äußerung hasserfüllter Einstellungen zeigt sich etwa in geschlossenen Foren im Internet besonders deutlich. Aus Untersuchungen über soziale Gruppen ist beispielsweise bekannt, dass Personen dazu tendieren, sich in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen den vermuteten Gruppennormen anzupassen. Dies ist auch für die Einordnung der Befunde in den sozialen Kontext der Bundeswehr von Bedeutung, der mit seinem starken Gruppencharakter, den vermittelten expliziten wie ggf. auch innerhalb von Verbänden weitergetragenen impliziten Werthaltungen, gewohnten und trainierten Befehlsstrukturen sowie mitgebrachten Persönlichkeiten noch einmal einen ganz besonderer ist.

2018/19 mit rund 2.000 repräsentativ ausgewählten Befragten – anteilig aus Ost- und Westdeutschland. Die Studie wurde provokativ unter dem Titel "Verlorene Mitte – Feindselige Zustände" veröffentlicht, um die beobachtete Tendenz zu beschreiben. nach der Teile der Bevölkerung den demokratischen Kompass zu verlieren scheinen.

(Rechts-)populistische und (rechts-) extreme Einstellungen. Vor den Erfahrungen des Nationalsozialismus hebt das deutsche Grundgesetz die Unantastbarkeit der Würde und die Menschenrechte aller Menschen hervor. Gleichwertigkeit und Pluralismus beziehen sich dabei nicht nur auf die Möglichkeit, an der politischen Willensbildung und Macht zu partizipieren, sondern werden noch einmal durch die Untersagung von Privilegierung bzw. Benachteiligung aufgrund von gruppenbezogenen Merkmalen wie Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubens, sowie religiöser oder politischer Anschauung gestärkt.

Extremismus ist eine Gefahr für die Demokratie, lehnt er doch seiner

Definition nach das demokratische System ab und bekämpft es ggf. auch mit Gewalt. Populismus tut dies zwar nicht rundweg, fordert es aber mindestens heraus und kann Dynamiken in Gang setzen, die antidemokratischen Bestrebungen Vorschub leisten. Seine Logik lässt sich auf zwei Achsen beschreiben: Auf der Vertikalen durch den Antagonismus zwischen einer angeblich "korrupten Elite" und dem "moralisch reinen Volk" (u.a. Cas Mudde), verbunden mit der Forderung nach Volkssouveränität, die sich gegen eine parlamentarische Vertretung wendet; auf der Horizontalen durch den zwischer einem vage gehaltenen "wir" und "den Anderen". Kritisch wird dabei vor allem sein Antipluralismus gesehen, der eine einzige Wahrheit (Andreas Voßkuhle) bzw. ein einheitliches Interesse eines vermeintlich homogenen Volks behauptet – wer das Interesse des Volks nicht teilt, gehört nicht dazu, ist illegitim oder gar kriminell (Jan-Werner Müller). Der vermeintlich einheitliche "Volkswille" könne durch eine einzige Führung vertreten werden, die diesen gleichsam erspürt und notfalls auch über die Missach-

(Definition u.a. nach Paula Diehl). Links- und Rechtspopulismus unterscheiden sich vor allem in ihrer Vorstellung, wer zum "Volk" gehört. Der Linkspopulismus sieht "das Volk" in seiner Pluralität prekärer Schichten und diverser sozialer Minderheiten gegen die Eliten vereinigt, denen vorgeworfen wird, es durch das kapitalistisches System auszubeuten (u.a. Chantal Mouffe). Dies mag sozialromantisch sein, wird aber erst dann antidemokratisch, wenn die behauptete Solidarität darin mündet, eine Opposition als obsolet zu betrachten. Der Rechtspopulismus betrachtet hingegen "das Volk" in seiner Beschaffenheit als homogen und wirft der Elite vor, es durch offen-vielfältige-liberale Ideen zu zerstören. Hier werden all jene zu "den Anderen", die als irgendwie "fremd", "anders" "unnormal" oder "ungleich" gelten und damit als nicht zum "Volk" dazugehörig (zum ethnisierten Volkskonzept des Rechtspopulismus u.a. Michael Wildt): Eingewanderte, religiöse Minderheiten, Personen, die in ihrer Geschlechtsrolle, -identität oder Liebesbeziehungen nicht klar den traditionellen Vorstellungen von Mann oder Frau entsprechend, behinderte Personen und oft auch jene, die in ihrem Lebensstil irgendwie von dem abweichen, was man gemeinhin für "üblich und richtig" hält. Ihre Ungleichheit wird dann auch als Ungleichwertigkeit gelesen, die wiederum als Rechtsfertigung für Ablehnung, Abwertung, Ausgrenzung bis hin zu Diskriminierung und Gewalt dient. Deutlich wird die offene Flanke des Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus und einer identitärvölkischen Ideologie, wie sie auch von der Neuen Rechten vertreten wird. Die hier in aller Kürze skizzierte Grundlogik einer (anti-)demokratischen, (rechts-)populistischen →

tung von Regeln umsetzt. Verbunden

ist dies mit der Erzählung, das Volk

werde von den "Eliten" betrogen

"

"Als Zugführer und Kompaniechef habe ich in der Politischen Bildung über einen Cousin eines Soldaten erzählen lassen, der als Kurde im Irak im von der Bundesregierung genehmigten Pershmerga-Einsatz kämpft. Über die Religionen, das Christentum, Moslems, Atheisten wurde dann diskutiert. Das war spannend und belebt, da immer wieder neue Perspektiven uns helfen, die Welt besser zu verstehen."

Major Christoph Gallitzendörfer, Führungsakademie der Bundeswehr

und (rechts-)extremen Orientierung findet sich nicht nur bei politischen Akteuren, Parteien und Bewegungen, sondern auch in Teilen der Bevölkerung, zunächst einmal unabhängig davon, wo sie sich im politischen Spektrum selbst verorten.

(Anti-)demokratische Einstellungen in der Bevölkerung. Die Befunde der Mitte-Studie 2018/19 zeichnen ähnlich wie vergleichbare Studien in Bezug auf (anti-) demokratische Einstellungen in Deutschland ein zwiespältiges Bild. Im Wesentlichen lassen sich hier drei Tendenzen beobachten, die nachfolgend mit einigen empirischen Ergebnissen unterfüttert werden: 1. Insgesamt findet die Demokratie überwältigende Zustimmung und die große Mehrheit wünscht sich eine offene und liberale Gesellschaft. Ein bemerkenswerter Anteil der Bevölkerung vertritt aber zugleich antidemokratische, illiberale und

antiplurale Einstellungen, die den demokratischen Grundwerten widersprechen oder sie zumindest in Frage stellen. Der Großteil der Befragten rechnet sich dabei selbst der politischen Mitte zu und lässt sich auch nach sozio-ökonomischen und bildungsbezogenen Kriterien der Mitte zurechnen. 2. Die Einstellungen in Bezug auf Demokratie und damit verwandten Haltungen sind deutlich polarisiert - während sich eine deutliche Mehrheit selbst demokratisch positioniert, äußert eine nicht ganz kleine Minderheit klar antidemokratische bis hin zu rechtsextreme Einstellungen. Diese Polarisierung weicht jedoch langsam auf; ein nach wie vor kleiner, aber wachsender Anteil von Bürgerinnen und Bürger lehnt selbst hart rechtsextreme Aussagen nicht mehr eindeutig ab. 3. Befragte in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht kaum in ihren (anti-)demokratischen Einstellungen. Allerdings äußern signifikant mehr Ostdeutsche als Westdeutsche Misstrauen gegenüber der Demokratie, ihren Institutionen und Prozessen als Westdeutsche, vertreten häufiger illiberale und fremdenfeindliche Einstellungen und befürworten häufiger eine rechtsgerichtete Diktatur.

Große Mehrheit befürwortet Demokratie. "Niemand möchte die Demokratie abschaffen"- zu diesem Schluss kommt einer Umfrage aus dem Jahr 2018 anlässlich des 70. Jahrestags des Grundgesetzes der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS; Neu 2019). Auch die FES-Mitte-Studie bestätigt dies auf den ersten Blick. So meint die große Mehrheit der Befragten: "Es ist unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird" (Gesamtdeutschland 86% Zustimmung; Ost 84%, West 87%)*. Auch was die Grundwerte von Demokratie betrifft, ist sich die

absolute Mehrheit einig: "In einer

Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen" (Gesamt 93%; Ost 96%, West 92%) und fordert ein noch stärkeres Engagement für eine vielfältige und offene Gesellschaft (77%) und wendet sich gegen Hass gegenüber Minderheiten.

Misstrauen, illiberale Demokra-

tievorstellungen und Fremden-

feindlichkeit verbreitet. Während der überwiegende Teil der Befragten beider zuvor zitierten Studien zufolge mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, halbwegs oder sogar sehr zufrieden ist, sind es etliche auch nicht. Fast die Hälfte der Befragten meint etwa: "Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht" (Gesamt 46%; Ost 47%, West 46%), ebenso viele unterstellen: "Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht" (Gesamt 43%; Ost 53%, West 41%). Und ein knappes Drittel ist der Überzeugung: "Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen" (Gesamt 30%; Ost 33%, West 29%). Verbreitet ist zudem das Gefühl politischer Machtlosigkeit und Entfremdung, im Osten noch mehr als im Westen. Gekoppelt mit dem Verweis auf (tatsächliche oder vermeintliche) kollektive Benachteiligung und Bedrohung ist genau dies ein Einfallstor für Populismus, der behauptet, für das "Volk" zu sprechen, während die "Eliten" gegen dessen Interessen handelten. Rund ein Drittel der Befragten vertritt zudem eine illiberale Vorstellung von Demokratie. So ist fast ein Viertel der Befragten überzeugt: "Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen" (Gesamt 23%; Ost 24%, West 22%), ein Drittel ist der Ansicht: "Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren"



Lesetipp:

Andreas Zick, Beate Küpper, Wilhelm Berghan (2019):

Verlorene Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.

(Gesamt 36%; Ost 37%, West 35%) und jeder Fünfte meint: "Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen" (Gesamt 21%; Ost 24%, West 19%), was die Frage aufwirft, wer denn als "deutsch" betrachtet wird und wer nicht. Dies zeigt sich dann auch in der Ablehnung und Abwertung von sozialen Gruppen, die als "fremd" markiert werden. Fast die Hälfte der Befragten findet beispielsweise: "Es leben zu viele Ausländer in Deutschland". Rund jeder Fünfte fordert: "Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden' (18%), jeder Zehnte ist überzeugt: "Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt" (11%), und über ein Drittel fordert Vorrechte für Etablierte gegenüber Neuankommenden. Diese Ansichten sind im Übrigen gerade dort verbreitet, wo de facto wenig "Ausländer" bzw. Muslime leben: in ländlichen Regionen im Osten, seltener in Großstädten im Westen. Dort besteht schlicht längere Erfahrung mit Einwanderung, wodurch sie ihren mythischen Charakter verliert und zu einer ganz alltagspraktischen Frage des Zusammenlebens wird mit Konflikten ebenso wie mit multikulturellen Freundschaften und Familien.

Verschwörungsmythen als Kit.

Politische Überzeugungssysteme sind keineswegs konsistent. Gerade in der oft verschwörerischen Rhetorik des Populismus gelingt die Integration ambivalenter, sogar widersprüchlicher Information.

Einstellungen zur Demokratie

differenziert nach Ost- und Westdeutschland, 2018/19 (Angaben in Prozent)

	Gesamt (n = 1.885)	Ost (n = 286)	West (n = 1.599)
Politische Machtlosigkeit ***	29,3	37,9	27,7
Demokratiemisstrauen	58,7	62,0	58,1
Illiberales Demokratieverständnis	31,5	36,6	30,7
Pluralistische Demokratiebefürwortung	96,2	97,4	96,0
Demokratievertrauen *	61,6	55,2	62,8
Zivilcourage und Bedrohungssensibilität	84,1	81,8	84,4
Elitenkritik	34,0	37,5	33,3
Aufruf zum Widerstand *	34,1	39,9	32,9
Kollektive Wut **	44,2	51,9	42,9
Einforderung von Meinungsfreiheit	41,2	44,7	40,7
Globalisierungsangst *	38,1	44,4	36,9
Ablehnende Haltung zur Europäischen Union	7,7	4,9	8,1

^{* =} p < ,05

Grafik: FES/Verlorene Mitte/Bundeswehr/Daniela Hebbel

^{% =} p < .0

^{*** =} p < ,001

^{*} Der Anteil Befragter in den ostdeutschen Bundesländern entspricht ihrem Anteil an der Bevölkerung

Titelthema Titelthema

Damit wird er anschlussfähig für eine Bandbreite unterschiedlicher Milieus. die sonst wenig miteinander gemein haben. Eine besondere Rolle spielen daher Verschwörungsmythen. Verbreitung finden sie vor allem über das Internet, wo der Klick bei der Suche nach "Information" von eher harmlos wirkenden bis zu solchen mit antisemitischem und völkischem Charakter nicht weit ist. Von dort werden sie in den analogen Raum zurückgespielt. Rund ein Drittel der Befragten der FES-Mitte Studie ist überzeugt: "Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte" oder meint, Politik und Medien steckten "unter einer Decke". Rund ein Viertel glaubt, Deutschland werde "durch den Islam unterwandert" und fast jeder Zehnte findet: "Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss". All dies macht anschlussfähig für den derzeit virulenten Verschwörungsmythos vom "Großen Austausch", der inzwischen weit über rechtsextreme Kreise hinaus Verbreitung findet.

Facetten rechtsextremer Orientie-

rung. Die oben skizzierten Ansichten kristallisieren sich nur bei wenigen zu einem "geschlossenen rechtsextremen Weltbild", doch finden einzelne rechtsextreme Positionen bis weit in die "Mitte" hinein Zustimmung. Ein gutes Fünftel der Befragten stimmt beispielsweise eher oder voll der Aussage zu: "Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert" (Gesamt 21%; Ost 29%, West 20%). Jeder zehnte Befragte fordert: "Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert" (Gesamt 11%; Ost 14%, West 11%). Und 14% (im Osten sogar jeder Fünfte) stimmen der Aussage mindestens teils-teils zu: "Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform". Während

Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellungen

nach politischer Orientierung, 2018/19 (Angaben in Prozent)

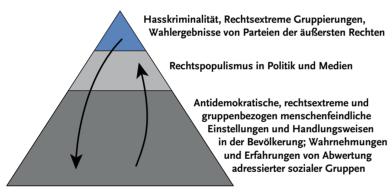
	links (links, eher links) (n = 572)	genau in der Mitte (n = 1.115)	rechts (rechts, eher rechts) (n = 171)
Befürwortung Diktatur ***	0,6	3,7	10,7
Chauvinismus ***	2,7	12,9	36,3
Verharmlosung des Nationalsozialismus ***	0,2	1,5	15,3
Fremdenfeindlichkeit ***	1,8	9,7	24,1
Antisemitismus ***	0,9	3,4	13,9
Sozialdarwinismus ***	0,3	1,9	9,2

p < .05 ** = p < .01 ** = p < .

Grafik: FES/Verlorene Mitte/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Rechts-außen Phänomene im Eisbergmodell

rechtsextreme Einstellungen in der deutschen Gesellschaft



Grafik: Beate Küpper/Bundeswehr/Daniela Hebbel

sich im Westen Befragte mit rechtsextremen Einstellungen überwiegend auch selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte verorten, sehen sich Ostdeutsche mit rechtsextremen Meinungen häufig politisch "genau in der "Mitte", sei es, weil ihre Einstellungen in ihrem Lebenskontext tatsächlich von vielen geteilt werden, sei es als politische Strategie, die Mitte nach rechts zu verschieben. Verknüpft sind diese Ideologiefacetten mit der Befürwortung von bzw. eigenen Bereitschaft zu Gewalt. Rund jeder Zehnte (darunter keineswegs nur jüngere

Männer) hält Gewalt zum Erreichen politischer Ziele für moralisch gerechtfertigt und/oder befürwortet sie zur Verteidigung der eigenen Vormachtstellung.

Status als Klammer verschiedener Erklärungsansätze. Zu den Erklärungsansätzen von Populismus, die sich auf die hier skizzierte Bandbreite (anti-)demokratischer Haltungen übertragen lassen, gehören im Wesentlichen: 1. Mängel und Verkrustungen des demokratischen Systems, die zu (ggf. berechtigter und wichtiger) Kritik führen. 2.



Schlechte sozio-ökonomische Bedingungen einschließlich sozialer Ungleichheit, begründet in den Auswüchsen von Industrialisierung, Finanzkapitalismus, Globalisierung und Neoliberalismus, die die Neigung zum Populismus und antidemokratischen Haltungen als eine Art Verzweiflungsruf interpretieren lassen. 3. Kulturelle Entwicklungen und Verwerfungen, die Identitäten brüchig werden lassen und die beweglichen, liberalen, kosmopolitischen Eliten von denen trennen, die ihrer "Scholle verhaftet sind", weil sie nicht anders können oder wollen. Ergänzend anführen lassen sich hier tief verankerte Ressentiments über soziale Gruppen, die Ungleichwertigkeit legitimieren, eingebettet in das kulturelle Erbe und weitergereicht über die Generationen. Es scheint gewinnbringend, diese Erklärungen in ihrem Zusammenwirken zu betrachten.

Populismus nutzt Unsicherheiten aus. Krisen gelten gemeinhin als Auslöser bzw. Katalysator von Popu-

lismus. Durch sie werden persönliche wie kollektive ökonomische, soziale und politische Verunsicherungen ausgelöst, vorhandene Unsicherheiten verschärft. Populismus macht das Versprechen, die gewohnte (einfache) Ordnung wiederherzustellen, verbunden mit dem nostalgischen Verweis auf vergangene Zeiten von (vermeintlicher) Sicherheit (wobei selten diejenigen beachtet werden, für die eine traditionelle Ordnung höchst unsicher war und ist). Transformationsprozesse wie sie der Osten Deutschlands erlebt hat (dazu u.a. Raj Kollmorgen) ähneln Krisen in vielerlei Hinsicht. Das Ende der DDR bedeutete für nahezu alle Bürgerinnen und Bürgern, ein Ende des Gewohnten, ein Neulernen in nahezu allen Lebensbereichen, oft auch Entbindung und Herabsetzung. Gleichzeitig legte es das auch im Westen lange wenig bearbeitete Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit offen; die gewalttätigen Übergriffe auf "Fremde" und Asylbewerberheime (in Ost und West), angefeuert auch von "normalen Bürgern", zeugten in den

90gern und heute wieder davon. Diejenigen, die dem Populismus folgen, lassen sich in dieser Lesart in doppelter Hinsicht - sozialökonomisch wie kulturell - als Modernisierungsverlierer verstehen, die den Verlust von Status erlebt haben oder befürchten. Das Konzept von Status verbindet die individuelle Position einer Person mit der, die sie über ihre zugewiesene Mitgliedschaft in sozialen Gruppen gewinnt – hier kommen die klassischen Statusmerkmale von Race, Class und Gender ins Spiel, erweiterbar durch arbiträre Merkmale wie Religion. Die Abwertung ganzer sozialer Gruppen dient dabei der Sicherung der eigenen (Gruppen-) Position, gestützt durch Mythen, die die überkommene Hierarchie legitimieren (dazu schon Herbert Blumer 1957). Das Statuskonzept koppelt den Zugang zu handfesten Ressourcen und Teilhabe an Bildung, Gesundheit und Wohnraum mit Ansehen, Einfluss und Macht. Es macht zudem klar, dass es auf der Leiter der gruppenbasierten Hierarchien immer welche

geben muss, die darunter stehen, um selbst darüber stehen zu können. Eine für die Demokratie ungesunde und für viele Adressierte bedrohliche Mischung erwächst daher aus dem Gefühl ungerecht behandelt worden, kollektiv benachteiligt und Bürger 2. Klasse zu sein. Dieses Gefühl ist bei Westdeutschen und mehr noch in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung – längst nicht allen! – verbreitet, ungeachtet der inzwischen weitgehend angeglichenen Lebensverhältnisse und der weit verbreiteten Zufriedenheit mit dem erreichten Wohlstand. Die Identifizierung von inneren und äußeren Feinden ist hier ein einfaches, aber vergiftetes Mittel, scheinbar Zusammenhalt herzustellen. Denn es verbreitet unwillkürlich schwelende Angst unter den als "anders" Markierten, zu denen im Zweifelsfall oder Unglück potentiell jeder werden kann. Die Neigung

zum Autoritarismus tut hier sein Übriges. Er verlangt Gehorsam und Unterordnung, ist willig, diese zu leisten, wendet sich dabei gegen all jene, die als Außenseiter und Normabweichler definiert werden. Die Freiheiten und Rechte, die eine liberale Demokratie und die Moderne anbieten, werden dabei gerne mitgenommen, ihre Zumutungen, nämlich diese auch den Anderen zu gewährleisten, sollen gefälligst zurückgedreht werden. Abgesichert bzw. neu hergestellt werden soll damit - so die hier vorgestellte These – ein sozialer Status, der nicht qua individueller Persönlichkeit oder Leistung, sondern aufgrund überkommener Kategorien verliehen wird. Eine liberale Demokratie ist hier in jeder Hinsicht herausfordernd. anstrengend und wird manchmal vielleicht sogar als Angang empfun-

den – das Aushalten, im nächsten

Schritt dann auch die Akzeptanz von Komplexität und Ermöglichung von gleichwertiger Verschiedenheit gehört genuin dazu. Demokratie ist auch nicht einfach da, sondern will immer wieder neu errungen werden. Für die Bundeswehr kann dies Anlass und Aufgabe sein, sich selbst kritisch und ehrlich zu befragen: Wie gleichwertig sind wir eigentlich aufgestellt?

Prof. Dr. Beate Küpper

Dipl.-Psych., Jahrgang 1968. Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen und stellvertretende Leiterin des Instituts SO.CON an der Hochschule Niederrhein. Schwerpunktthemen: Rechtspopulismus, Vorurteile, Diskriminierung, Diversity und Integration. U.a. Mitglied in der Redaktion der Zeitschrift "Für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit" (Wochenschau Verlag) und Mitglied im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (Bundeszentrale für politische Bildung).

Zusammenfassung:

Die Qualität von Demokratie misst sich auch an ihren Bürgern. Die ganz große Mehrheit in Deutschland befürwortet die Demokratie. Doch zugleich vertreten nicht wenige auch aus der Mitte der Gesellschaft Einstellungen, die den demokratischen Grundwerten widersprechen – angefangen von der Infragestellung von Rechten für Minderheiten, über ihre offene Abwertung bis hin zur Zustimmung zu klar rechtsextremen Ideologiefragmenten. Verschwörungsmythen bieten hier gewissermaßen die Schmiere zwischen den Milieus bis hin zum Extremismus. Eine Institution mit Verfassungsrang wie die Bundeswehr ist gefragt, sich auch selbst kritisch und ehrlich zu befragen, wie weit demokratische Grundwerte verinnerlicht sind.

Zustimmung zu Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

differenziert nach Ost und West, 2018/19 (Angaben in Prozent)

	Gesamt (n = 1.890)	West (n = 1.468)	Ost (n = 359)
Rassismus	9,8	8,9	9,4
Fremdenfeindlichkeit *	18,7	17,1	22,3
Antisemitismus - klassisch	5,1	4,9	5,6
Antisemitismus - israelbezogen	23,7	24,1	22,0
Muslimfeindlichkeit **	20,0	18,5	25,2
Abwertung von Sinti und Roma	24,7	23,6	25,5
Abwertung asylsuchender Menschen ***	52,9	49,8	63,1
Sexismus	7,9	7,8	7,7
Abwertung homosexueller Menschen	9,6	9,0	8,0
Abwertung von Trans*Menschen	13,0	12,0	12,8
Abwertung wohnungsloser Menschen	12,4	11,5	12,3
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen	51,4	50,9	51,4
Abwertung von Menschen mit Behinderung	1,2	1,2	0,8
Etabliertenvorrechte *	36,8	35,2	42,5

100, > q = ***

Die Angaben zur Signifikanz beziehen sich auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Grafik: FES/Verlorene Mitte/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Das Missverständnis Demokratiedistanz im Osten? Schüler der Oberstufe im Wehrlager in Großköris, Brandenburg, DDR, 1984.

> Wenn mich jemand 1988 gefragt hätte, wie nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Armee aussehen könnte, hätte ich doppelt ungläubig geschaut. Die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung wäre mir schon abwegig vorkommen, aber dass die beiden feindlichen Armeen zu einer vereint werden könnten, hätte bei mir nur noch unbändiges Lachen ausgelöst.

mmerhin hatte ich mich dem Drill des DDR-Grundwehrdienstes nicht entzogen und wusste aus eigener Anschauung, dass die Wehrpflicht in der DDR einzig und allein dazu diente, die jungen Männer ideologisch dem System einzupassen, ihnen Angst einzuflößen, sie endgültig fürs System gefügig zu machen. Und dann das: Die NVA wurde aufgelöst. So mancher kalte Ost-Krieger bettelte, nun beim Klassenfeind unterzukommen. Immerhin sind schließlich über 3.000 NVA-Offiziere

in die Bundeswehr übernommen worden, vier Mal so viele hatten einen Antrag gestellt - etwa jeder dritte Offizier. Von den Unteroffizieren, auch sie ideologische Einpeitscher bis 1989, sind noch weitaus mehr übernommen worden. Wer so ein Szenario im Frühjahr 1989 im obligatorischen Pflichtpolitunterricht der NVA als Spaß verkündet hätte, wäre von denselben Offizieren und Unteroffizieren nach Schwedt - in den berüchtigten Armeeknast - verfrachtet worden. Die deutsche Ein-

überraschende Wendungen. Die Welt schaute im Herbst 1989 atemlos nach Ostdeutschland. "Wahnsinn" war der meist gebrauchte Ausruf. Es begann eine Zeit, als die Realität fast täglich die Phantasie überholte. Noch eben gerade, so schien es, auf der Standspur verharrend, befanden sich auf einmal gleich mehrere Gesellschaften im Ostblock auf der Überholspur. Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer brachte Anfang August

heit zeigte nicht nur in der Armee

Titelthema

Titelthema Titelthema



1990 auf den Punkt, was sich seit 1. Juli 1990, dem Tag der Einführung der D-Mark, in der DDR abspielte: Ihm käme es so vor, sagte Meyer, als würde versucht werden, während einer rasanten Autofahrt die Reifen zu wechseln.

1989 wies die DDR 9,7 Millionen Beschäftigte auf, Ende 1993 waren es noch 6,2 Millionen. Die Vorruhestandsregelungen haben ganze Jahrgänge der über 50-Jährigen aus dem Arbeitsprozess herausgelöst. Die Sozialstruktur Ostdeutschlands veränderte sich grundlegend: "Nach der Vereinigung hat sich das Wachstum des tertiären Sektors (Dienstleistungsbereich)", so der Wissenschaftler Rainer Geißler, "zu Lasten des sekundären Sektors (Industrie und Handwerk) und des bereits stark geschrumpften primären Sektors (Landwirtschaft) fortgesetzt. Das Wachstum des DDR-Dienstleistungssektors hinkte um ca. 25 Jahre hinter der Bundesrepublik

her - diese Lücke wurde quasi über Nacht beseitigt. Eine Entwicklung, die in Westdeutschland 25 Jahre gedauert hatte, wurde innerhalb von drei Jahren nachgeholt."

Zukunft jetzt. Bundeskanzler Kohls aus Anlass der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in einer Fernsehansprache geäußerte Zuversicht, es würde niemandem schlechter gehen als zuvor und überall würden "blühende Landschaften" entstehen, entsprach exakt den Vorstellungen der allermeisten Menschen im Osten: Genug der Experimente, nun endlich wollte die übergroße Mehrheit selbst im bundesdeutschen Schaufenster leben. Ganz offenkundig hatte der Osten genug von Zukunftsversprechen. Die Zukunft sollte jetzt und heute beginnen. Freiheit und Demokratie hießen für die meisten, "richtiges Geld", die D-Mark zu besitzen. In das Jahr 1989 waren die meisten

Ostdeutschen hoffnungslos gegangen, dass sich bald etwas ändern würde: Von diesem Staat war nichts zu erwarten, so der weitverbreitete Tenor. Am Ende des Jahres war die Freude bei den meisten grenzenlos - die Hoffnungslosigkeit hatte sich in pures Glück verwandelt, für die absolut meisten Menschen ohne eigenes Zutun. Die Gesellschaft ging dementsprechend in das Jahr 1990 und die folgende Wiedervereinigung mit hohen, mit sehr hohen Erwartungen. Die Hochglanzkataloge der Versandhäuser und das Westwerbefernsehen schienen nicht mehr nur Schaufensterversprechen zu sein, sondern Lebensrealität. Die kaum Grenzen kennenden Hoffnungen bargen ein sehr hohes Enttäuschungsrisiko bereits in sich, weil sich viele einer Täuschung hingaben: der Staat würde es richten. Für viele Ostdeutsche wurde der Westen tatsächlich zum Glück, zum Erfolg, zum erträumten oder wenigstens

erwarteten Leben in Freiheit und Wohlstand. Für viele andere trat das nicht ein. Sie wurden tief enttäuscht, nicht nur, weil sie überspannte Erwartungen gehegt hatten, sondern weil sie gar keine Chance bekamen, ein Leben jenseits staatlicher Alimentierungen zu entfalten.

Demokratiedistanz. Der größte politische Irrtum liegt am Beispiel Ostdeutschlands offen: Die Annahme wer sozial befriedet und zufrieden sei, werde Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat, sprich die westlichen Werte, wie von selbst stützen. In dem Maße, in dem die Ostdeutschen sozial im Westen angekommen waren, fingen sie an, sich von ihm zu distanzieren. Zunächst nutzte dafür ein Drittel bis zur Hälfte der Gesellschaft ab Mitte der 2000er Jahre die PDS/ Linke, seit Mitte der 2010er Jahre die AfD. Anerkennung und Missachtung gehen Hand in Hand. Fehlt Anerkennung, wird das als Missachtung wahrgenommen. Anerkennung ist eine oft unterschätzte Vorbedingung für gelebte Freiheit.

Befehlsempfänger. Die in der DDR existierende Spaltung der Gesellschaft schien 1989/90 kurzzeitig aufgehoben zu sein. Eine Illusion. Noch 1990 ist die alte politische Spaltung öffentlich geworden, die sich nun rasch durch neue Spaltungstendenzen aufgrund der gesellschafts-

politischen Entwicklungen erweiterte, verfestigte und zugleich von ihnen überlagert worden ist. Deswegen kann die heutige Situation in Ostdeutschland auch nicht allein mit den Jahren seit 1990 erklärt werden. Der Transformationsprozess hat die Parzellierung der Gesellschaft verstärkt, weil die hinzugetretenen Führungskräfte aus dem Westen fast durchweg mit anderen Erfahrungen Einstellungen, Vorstellungen und Herangehensweisen Takt und Richtung vorgaben. Eine "Durchmischung" Ost und West fand nicht statt, "Westler" traten durchweg als Vorgesetzte in Erscheinung. Der Osten nahm sich als unterlegen, deklassiert und Befehlsempfänger wahr.

Die historischen Ereignisse trafen den Westen ebenso völlig unvorbereitet - in fast jeder Hinsicht. Der Gesellschaftstheoretiker Niklas Luhmann brachte es auf den Punkt: "Die Wiedervereinigung hat das Idvll, das die Bundesrepublik war, beendet." Sein intellektueller Gegenspieler Jürgen Habermas sah das ganz ähnlich: "Es ist ja nicht so, als sei auch nur eines unserer systemspezifisch erzeugten Probleme durch den Sturz der Mauer gelöst." Als sich die Bundesrepublik und die DDR 1990 vereinten, war zwar viel vom neuen Deutschland die Rede. Tatsächlich hat kaum jemand zwischen Flensburg und Garmisch-

Patenkirchen daran gedacht, dass es auch Zeit sei, die Bundesrepublik, wie sie bis dahin existierte, zu verabschieden. Was sollte sich ändern? Es war doch alles wunderbar. Deutschland wurde sogar Fußball Weltmeister! Arnulf Baring, Jahrzehnte einer der wichtigsten öffentlichen Intellektuellen der Bundesrepublik, warnte 1991 in einem Bestseller vor der "Ver-Ostung" der Bundesrepublik, vor der "Verwahrlosung", der "Proletarisierung". Im Osten kenne man keine "zielstrebige, harte und initiativreiche Arbeit. In der DDR blieb niemand, so der Politikwissenschaftler, der energetisch "und" zielstrebig war". Damit nicht genug: "Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwergt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt." Baring sagt nicht nur, das Regime wollte "hirnlose Rädchen im Getriebe, ... willenlose Gehilfen" erziehen, er meint, es sei ihm restlos gelungen: "Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nützen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar." Mit

anderen Worten:

Ausschuss!

war nicht

irgendein

Spin-

Arnulf Baring

"Es war eine positive Stimmung nach dem Mauerfall. Keiner wusste so richtig, in welche Richtung sich die DDR entwickeln würde. Es waren ja sehr viele Ideen im Raum, die dann an runden Tischen diskutiert wurden. Man hielt auch das Fortbestehen der DDR für möglich - in einem anderen System. An die Wiedervereinigung haben wir, meine ich, in den ersten Monaten noch nicht so richtig geglaubt."

Kapitän zur See Jörg Hillmann

Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften 1+110

Dr. Hilmann

Titelthema



ner oder Außenseiter; er sprach aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft.

Keine ausbalancierten Reformen.

Durch den Untergang des Kommunismus fühlte sich der Westen derart in seinem Sein und Wesen bestärkt, dass er glaubte, seine Mission bestehe nun folgerichtig darin, den Rest oder wenigstens Ostdeutschland und Osteuropa - nach seinem Ebenbild zu formen. Viele Westdeutsche. die nun in den Osten zur Arbeit kamen, reden noch heute darüber wie koloniale Abenteuerschriftsteller in vergangenen Zeiten schrieben: neugierig, herablassend, patriarchalisch und vor allem immer wieder aufs Neue verwundert darüber, dass "dort" alles anders sei als "hier". Passend dazu nannten die Beamten und Angestellten, die ab 1990 im Osten arbeiteten, ihren finanziellen Gehaltszugewinn "Buschzulage". Reformen müssen sich daran orientieren, was die Gesellschaft er- und vertragen könne. Gesellschaftliche Interessen müssten abgewogen und ausgeglichen werden. Eine Balance-Politik vermeidet zu viel und zu wenig Veränderung, sondern sucht die Mitte. Solche Erwägungen spielten ab 1990 für Ostdeutschland keine Rolle. Das Modell war denkbar einfach: Die ostdeutsche Wirtschaft wird einer radikalen Privatisierung unterzogen und für die Marktwirtschaft fit gemacht. Die Späne, die dabei entstehen, würde der Sozialstaat auffangen.

Verlust. Die ostdeutsche Arbeitsgesellschaft war als eine Rundumversorgung organisiert, von der Wiege bis zur Bahre. Der komplette Zusammenbruch der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft von einem Tag auf den anderen konnte nur verheerende kulturelle Folgen haben. Die Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch soziale Bezie-

hungen, soziale und kulturelle Positionen sowie sozialen Zusammenhalt, der größtenteils über die Arbeit gestiftet und gefestigt worden war. Es gab fast nichts, was nicht mit der Arbeit im engsten Zusammenhang stand: Einkommen, Freizeit, Urlaub, Gesundheitsvorsorge, Krankenbetreuung, Kultur, Rentnerbetreuung, Vereine, Freundschaftsbeziehungen, Liebe und Sexualität, Feierkultur, Kinderbetreuung.

Es geht nicht darum, diese Verhältnisse zu idealisieren, aber sie müssen zur Kenntnis genommen werden, um zu verstehen, was Millionen verloren. Denn der Gewinn an Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stellt sich für die einen, wie für mich, als uneingeschränkt positiv dar, verbunden mit keinerlei Verlusten, nur mit Gewinnen. So sah und sieht das nur eine Minderheit. Für die übergroße Mehrheit bedeuteten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einen Zugewinn, dem aber Verluste



gegenüberstanden. Gemeint ist nicht die Gruppe der überzeugten SED-Kommunisten, sondern jene in der DDR lebenden Menschen. Die ganz und gar überwiegende Mehrheit, die sich missmutig eingerichtet hatte, loyal, durchaus widerspruchsbereit, nörgelnd, opportunistisch, ihr Menschenrecht auf Anpassung wahrnehmend, die über Jahre und Jahrzehnte im System sozialisiert wurden, die angenehmen Seiten mitnehmend, die nervigen hinnehmend. 1989/90 konnten letztere abgestreift werden, ohne dass sie selbst aktiv werden mussten. Ab 1990 gingen auch die angenehmen Seiten verloren. Das Kollektiv löste sich auf, die Einzelner versuchten, sich gesellschaftlich neu zu erfinden, was schwierig war, da es keine Orientierungs- und Haltepunkte gab. Nicht einmal der Weg zum Arzt war der gleiche. Zuvor musste erst einmal unter gefühlt 500 Versicherungen die richtige ausgewählt werden und niemand

Ohren. In einer solchen Situation schauen sich Menschen um und fragen sich: Und wie war es eigentlich früher? Siehe da, viele fanden nun, früher war es einfacher, übersichtlicher, kuschliger. Es kam nun hinzu, dass viele Westler oder Ostdeutsche wie ich dieser Rückbesinnung verständnislos und ablehnend gegenüberstanden. Ignorant und arrogant wurde nämlich missachtet, dass die Ostdeutschen mit dem Untergang der DDR-Arbeitsgesellschaft auch einen Großteil ihrer Lebenskultur und -qualität verloren hatten. Die Lebensqualität messen Wissenschaft ler, Politikerinnen und Journalisten fast durchweg an Kennziffern: Wie sind die Haushalte technisch ausge-

stattet? In welchem Verhältnis stehen

Einkommen und Ausgaben? Kommt

es zur Kapitalbildung und wenn ja,

wie? Wohin reisen die Menschen?

Solche Fragen sind wichtig, weil sie

half einem. Alles flog einem um die

gut zeigen, wie viele nicht teilhaben können. Der Osten holte im Konsum wahnsinnig schnell auf – 1992 sah es in ostdeutschen Wohnzimmern im Prinzip so aus wie in westdeutschen, vielleicht nur einen Tick moderner, weil gerade erst alles angeschafft worden war. Das Problem: Wenn man erst einmal alles hat, was man glaubt zu benötigen, ist man auch nicht glücklicher, weil man den vorherigen Zustand schneller vergisst als die neuen Geräte kaputtgehen.

Ideologische Leerstelle. Ralf

Dahrendorf stellte bereits 1965 mit
Blick auf die DDR-Gesellschaft fest,
dass der Umbau der ostdeutschen
Gesellschaft unter dem bestehenden
"Regime totaler Machtentfaltung"
natürlich "Inseln der Tradition" nicht
verhindern könnte, die dann auch
"Inseln der Resistenz" seien. Generell
aber müsse man wohl festhalten,
so Dahrendorf, dass die staatlich
erzwungene Umgestaltung zur

Titelthema Titelthema



Herrschaftssicherung der kommunistischen Partei dazu führte, dass "die Gesellschaft der DDR die erste moderne Gesellschaft auf deutschem Boden" sei. Diese Modernität lehnte Dahrendorf natürlich ab, wies aber darauf hin, dass in der DDR die Ideale von 1789 ins "äußerste Extrem" geführt worden seien. Die moderne Illiberalität, das Staatsvertrauen, die Planrationalität und das damit verbundene Misstrauen in dezentralisierte, autonome Instanzen führte er ebenso an wie die integrative Kraft der Ideologie. Dahrendorf führt ein Beispiel an, dass wie aus den Jahren nach 1990 klingt: "Denn eine dieser Bedeutungen liegt darin, dass es überhaupt eine Ideologie gibt, die für alle Menschen verbindlich und den zentralen Gegenstand der Diskussion liefert. Die Wirkung dieser Tatsache ist beträchtlich. Selbst die politischen Flüchtlinge aus der DDR empfinden nach einiger Zeit im Westen eine Leerstelle dort, wo ihnen die Gesellschaft des Ostens zumindest als Objekt der Kritik und des Hasses eine kohärente Ideologie anbot." Einer der bedeutendsten europäischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts geht sogar noch einen

Schritt weiter, der an die Gegenwart heranführt. Denn er meint, dass das Leben ohne zusammenhängende und verbindliche Ideologie im Westen für viele Ostler unbequem sei. Viele vermissten die "Idee des Westens". "Das Angebot einer Ideologie" hingegen "liefert einen Fixpunkt der Orientierung, der es dem Einzelnen erlaubt, sich im Einklang oder im Widerspruch mit dem Gegebenen zu verstehen, und es ihm erspart, die Welt als offenes Feld zu nehmen, in das er seine eigenen Entwürfe legen muss." Was Dahrendorf 1965 für Einzelne beobachtete - Uwe Johnson übrigens ganz ähnlich nur wenige Jahre später -, traf ab 1990 auf einen Großteil der ostdeutschen Gesellschaft zu. Die Mobilität, die seit 1990 den Ostdeutschen abverlangt worden ist, stellte einen radikalen soziokulturellen Bruch mit der bisherigen, der in jeder Hinsicht immobilen Gesellschaft dar. Das unglaublich hohe Tempo der Monate 1989/90 ist nahtlos von einer ebenso hohen Veränderungs- und Transformationsgeschwindigkeit abgelöst worden. Dabei gab es eine Kontinuität, die Ostdeutschland ganz entscheidend prägte: der Weggang.

Nach 1990 gingen Ostdeutschland Hunderttausende vorwiegend junge Leute verloren. Von ihnen profitierten andere Regionen Deutschlands. Dass sie Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht fehlen. ist unbestritten. Von 1949 bis 30. Juni 1990 sind über fünf Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland gegangen. Das entspricht der Einwohnerzahl von Norwegen. Mit der staatlichen Einheit war die innerdeutsche Migration nicht beendet, bis 1997 kamen rund 1,5 Millionen weitere hinzu. Trotz Zuwanderungen aus der alten Bundesrepublik wies Ostdeutschland (ohne Berlin) 2017 insgesamt rund zwei Millionen weniger Einwohnerinnen und Einwohner auf als noch 1991. Das hat dramatische Folgen, die noch viele Generationen spüren werden.

Vertrauen. Anders als die Westdeutschen kannten Ostdeutsche bis 1990 keine kollektiven demokratischen und freiheitlichen Erfahrungen. Allein die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie bedeutet noch lange nicht, auch zu wissen, worum es hierbei geht, wie beschwerlich Freiheit und Demokratie tatsächlich sind - weitaus beschwerlicher und anstrengender übrigens als irgendeine andere gesellschaftliche Form des Zusammenlebens. Wenn man das nicht erlernt hat, wird es schwierig, den Staat, der die Lebensform garantiert, zu akzeptieren. In Ostdeutschland kam hinzu, dass die Kommunisten bis zum Untergang 1989/90 permanent Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Rechtssicherheit, Parteien, soziale Sicherheit benutzten, um ihr System zu erklären, zu verteidigen, zu legitimieren. Niemand konnte sich der ideologischen Dauerbeschallung entziehen. Niemand! Eine Diktatur basiert. anders als eine Demokratie, nicht auf Vertrauen; sie benötigt sie nicht einmal. Demokratie benötigt Vertrauen. Wenn man das nicht erlernt hat, ist es auch schwierig, Demokratie, repräsentative Demokratie zu akzeptieren und demokratisch zu denken, zu leben.

Ostdeutschland ist auf dem Weg der Weg ist noch lang und dornig.

Ende eines Feindbildes. Für mich persönlich behielt die Wiedervereinigung noch eine ganz besondere Überraschung parat. Im Jahr 2001 veröffentlichte ich gemeinsam mit einem Historikerkollegen ein

Begleitbuch zu einer ARD-TV-Serie. Wir wurden auch zu Lesungen in Bundeswehr-Kasernen eingeladen. Ich war skeptisch – mir steckte meine sehr unerfreuliche Grundwehrdienstzeit in der DDR noch in den Knochen. Kasernen waren mir ein Gräuel. Nun fuhren wir also in Bundeswehrkasernen und ich war perplex, tage-, ja, wochenlang: Die Diskussionen, die wir hinter den Kasernenmauern führten, unterschieden sich in nichts von Debatten an Universitäten. Uniformträger,

so bin ich sozialisiert worden. waren Menschen des verhassten Staates, die finster dreinblickten, immer unfreundlich waren und vor allem – so leider meine Erfahrung nicht gerade die hellsten Sterne am Firmament waren. Und nun das. Mein Feindbild zerrann mir buchstäblich zwischen den Fingern. Ich war erleichtert. Denn eine solche Armee konnte auch die einstigen SED-Genossen aus der NVA zu echten Bürgern im Sinne des Citoyens machen, von denen es bis heute im Osten immer noch zu wenige gibt. Aber auch das wird schon noch.



Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk

Jahrgang 1967, Historiker und Publizist, veröffentlichte zahlreiche Bücher, zuletzt "Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde", erschienen im Beck Verlag 2019, arbeitet aktuell an Walter Ulbricht-Biographie. Im Frühjahr 2019 berief ihn die Bundesregierung in die Kommission "30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit".

Zusammenfassung:

Die baldige Integration von ehemaligen NVA-Soldaten in die Bundeswehr hatte 1988 keiner für möglich gehalten. Die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten passierte rasant schnell. Diese rasche Anpassung des Ostens an die BRD in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Soziales schuf unglaublich hohe Erwartungen. Die westdeutsche Lebensrealität blieb dennoch für viele aus dem Osten unverständlich und unüberschaubar. Sie hinterließ eine ideologische Leerstelle und Unsicherheit. Der neue Staat füllte Begriffe wie Freiheit, Demokratie und Rechtssicherheit mit völlig neuer Bedeutung ohne eine bestimmte Lebensform vorzugeben.

Welt



Die US-Zeitschrift "The National Interest" gehört zu den führenden Organen für internationale Politik. Herausgeber ist Dmitri Simes, der Chef des konservativen Think Tanks "Center for the National Interest". Kritiker bezeichnen den Sowjet-Emigranten als einflussreichen

Vertreter russischer Interessen in den USA. Simes gewann für die Juni-Ausgabe des Magazins einen besonders prominenten Gastautor: den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dessen Text unter dem Titel "The Real Lessons of the 75th Anniversary of World War II", stieß, wie zu erwarten war, im Westen auf heftigen Widerspruch. Putin versuche, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben und zu instrumentalisieren. Er verteile die Schuld am Ausbruch des Krieges auf viele Schultern, nur die Sowjetunion sei ohne Fehl.

Foto: picture alliance/dp:

▲ Die 85 Meter hohe Mutter-Heimat-Statue auf dem Mamajew-Hügel. Das riesige Monument erinnert an eines der schlimmsten Kapitel im Zweiten Weltkrieg - die Schlacht von Stalingrad.

er russische Umgang mit der Geschichtsschreibung stellt westliche Beobachter vor Probleme. Mit einer Mischung aus Spott und Empörung nimmt man zur Kenntnis, dass Russland große historische Erzählungen in einer Weise einsetzt, die dem westlichen Selbstverständnis von Geschichtsdeutung widersprechen. Dabei sind Narrative zur Selbstlegitimation beileibe kein russisches Monopol. Die russische Erzählung entfaltet innen-, außen-, und sicherheitspolitische Kraft, da sie sämtliche historischen und aktuellen Ereignisse in ein leicht verständliches Gesamtkonzept einordnet und im Sinne Russlands deutet. Sie ist flexibel genug, um sich über die politischen Veränderungen der Zeiten hinweg immer wieder anzupassen, ohne dabei die Grundidee preiszugeben. Der Kern dieser Narrative beschreibt Russland als Bewahrer einer besonderen heilsgeschichtlichen Idee, sei es das Christentum in seiner orthodoxen Form, sei es der Sozialismus oder - aktuell - traditionelle Familienwerte. In dieser Rolle ist Russland seit jeher vom Westen bedroht. Danach wollen die "Aggressoren" die Verbreitung dieser Wahrheiten verhindern und haben es auch auf die Reichtümer des Landes abgesehen.

Russlands Mission. Als der Beginn der russischen Heilserzählung gilt die Theorie von Moskau als dem dritten Rom. Sie entstand im 15. Jahrhundert, als das Fürstentum Moskau sich als das Zentrum der alten Rus etablierte und wurde Anfang des 16. Jahrhunderts von dem Mönch Filofei von Pskow schriftlich niedergelegt. Seine Ausführungen waren als geistliche Ermahnung an den Großfürsten Wassili III. gedacht. Das erste und das zweite Rom (Konstantinopel, das 1453 von den Osmanen erobert worden war) seien auf Grund von Verrat und Häresie untergegangen, Moskau sei das dritte Rom und dürfe

sich nicht auch für Irrlehren wie den Katholizismus öffnen, denn ein viertes Rom werde es nicht geben. Später wurde daraus eine Staatstheorie, nach der Russland Nachfolger des Byzantinischen Kaiserreiches und Verteidiger des wahren Glaubens sei. Im 19. Jahrhundert entwickelten russische Intellektuelle die Ideen der Slawophilie, die die Besonderheiten des slawischen Volkscharakters betonte, und des Panslawismus, der die Einheit aller Slawen anstrebte. Sie bekämpften die Positionen der "Westler", Russen, die Russland als rückständig ansahen und nach westlichen Vorbildern reformieren wollten. 1833 prägte der Minister für Bildung und Erziehung, Graf Sergeij Uwarow die Losung "Orthodoxie, Autokratie und Volkstümlichkeit", die zur ideologischen Leitlinie der russischen Monarchie wurde. Die unbeschränkte Herrschaft des Zaren wird gerechtfertigt durch seine Verwurzelung in den Traditionen der Ostkirche und des russischen Volkstums. Russland ist dadurch Hüter des wahren, christlichen Europas, während der Westen mit den dekadenten Ideen des Liberalismus dem Untergang geweiht sei. Mit diesem ideologischen Rüstzeug positionierte sich das russische Reich als Schutzmacht aller slawischen und orthodoxen Völker, insbesondere derer, die unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches und Österreich-Ungarns lebten. Verbunden mit dieser Ambition waren auch territoriale Ansprüche, beispielsweise auf dem Balkan oder am Schwarzen Meer. Die Sowjetunion passte den ererbten universalen Anspruch an die sozialistische Ideologie an und empfahl sich als die Heimat aller Arbeiter und Unterdrückten der Welt. Der Sieg über Nazideutschland wurde zu einem weiteren zentralen Element der Erzählung von Russlands heilsbringender Mission: Die sowjetischen Völker hatten

Welt

die Welt unter größten Opfern vor Versklavung und Vernichtung durch den Faschismus gerettet. Daher hätten sich nach dem Sieg wieder viele befreite Nationen freiwillig dem Schutz der mächtigen Sowjetunion unterstellt.

Neuorientierung. In der Zeit der späten Perestroika und der Jelzin-Ära wurden dann viele der alten Narrative verworfen. Helden von gestern wurden vom Sockel gestoßen, lange geleugnete historische Fakten wie die geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes eingestanden und verurteilt. Spätestens mit dem Amtsantritt Wladimir Putins verlor die öffentliche Neuinterpretation der Geschichte jedoch an Schwung. Das teilweise vulgäre und nicht immer faktenbasierte

Vorgehen vieler Denkmalstürzer erzeugte schnell Überdruss an solchen Enthüllungen. Der Verlust an historischer Gewissheit trug zum Unbehagen bei, das sich nach dem Zerfall des Imperiums einstellte. Nach einer Zeit der Orientierungslosigkeit und der Suche nach neuen ideologischen Leitlinien entschied man im Kreml, wieder zu den bewährten Erzählungen zurückzukehren und eine Synthese aus sowjetischer und vorsowjetischer Geschichte herzustellen. Gut ist, was zur Macht und Größe Russlands beigetragen hat, egal ob kaiserlich oder kommunistisch, schlecht, was Russland geschwächt hat. Viele Elemente dieser Erzählung sind über die Jahrzehnte gleichgeblieben. Danach ist Russland eine friedliche Großmacht, die sich stets nur verteidigt und niemals Angriffskriege geführt hat. Territoriale Gewinne seien durch freiwilligen Anschluss erzielt worden oder es handele sich um ohnehin historisch zu Russland gehörige Gebiete, so wie die Krim oder das Baltikum. Eigentlich wäre die Welt Russland zu Dank verpflichtet, denn das Land habe die Mongolen an einer Expansion nach Westeuropa gehindert und die Hegemonen Napoleon und Hitler in die Knie gezwungen. Der Westen versuche jedoch seit Jahrhunderten, Russland zu umzingeln, zu erobern und territorial zu zersplittern. Wo er mit Waffengewalt nicht weiterkomme, versuche er, die Gesellschaft durch seine fünfte Kolonne, die pro-westlichen Liberalen zu spalten. Innerlich geeint hinter einer starken Zentralgewalt sei Russland jedoch in

Infobox - Was Narrative erzählen

Der Begriff "Narrativ" wird auch von der Operativen Kommunikation der Bundeswehr verwendet und bezeichnet nach militärischer Definition "eine (erzählerische) Darstellung von Ereignissen, die im Sinne des Stakeholders erklärt und in einen für ihn vorteilhaften Bedeutungszusammenhang gestellt werden". Wikipedia spricht allgemeiner von einer sinnstiftenden "Erzählung, die Einfluss hat auf die Art, wie die Umwelt wahrgenommen wird". Sie transportiert Werte und Emotionen.

Heute schmücken Publizisten, Politiker und Werbefachleute ihre Texte mit dem Modewort. Dieser Trend wurde von der philosophischen Schule der Postmoderne gesetzt. Nach ihr sind alle historischen Ideen, wie Aufklärung und Moderne, Erzählungen, also Narrative. Diese legitimieren politisches Handeln, aber sie können mit der Zeit auch an Kraft verlieren.

Im politischen Zusammenhang hat "Narrativ" eine ähnliche Bedeutung wie "Propaganda". Was der Gegner verbreitet, ist "nur" ein Narrativ, es stimmt also nicht wirklich. Die eigenen Aussagen hingegen sind in Stein gemeißelt. Dieses Verständnis verengt den Begriff. Sinnstiftende Erzählungen wurden immer und überall verwendet, von den alten Römern genauso wie von den Staaten der westlichen Welt heute.

Narrative werden nicht erfunden, sie werden gefunden, schrieb Berthold Franke in der Zeit. Das heißt auch, dass sie sich meistens auf reale Fakten oder zumindest auf alte Legenden beziehen. Diese können allerdings ganz unterschiedlich interpretiert werden.

der Lage, jeden Gegner abzuwehren. In manchen Details weicht das aktuelle Narrativ in Akzenten auch von früheren Versionen ab. Zum Beispiel, was die Geschichte des Zweiten Weltkriegs angeht. Die UdSSR betonte zwar ihre führende Rolle im Kampf gegen Hitlerdeutschland, hielt sich aber zurück mit Vorwürfen an die Alliierten und insbesondere gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes und den nicht-russischen Völkern der Union. Das Prestige der Siegermacht war wichtiger als eine kleinliche Abrechnung unter Verbündeten. Heute sprechen offizielle Vertreter der Regierung mehr von der Kollaboration der Polen

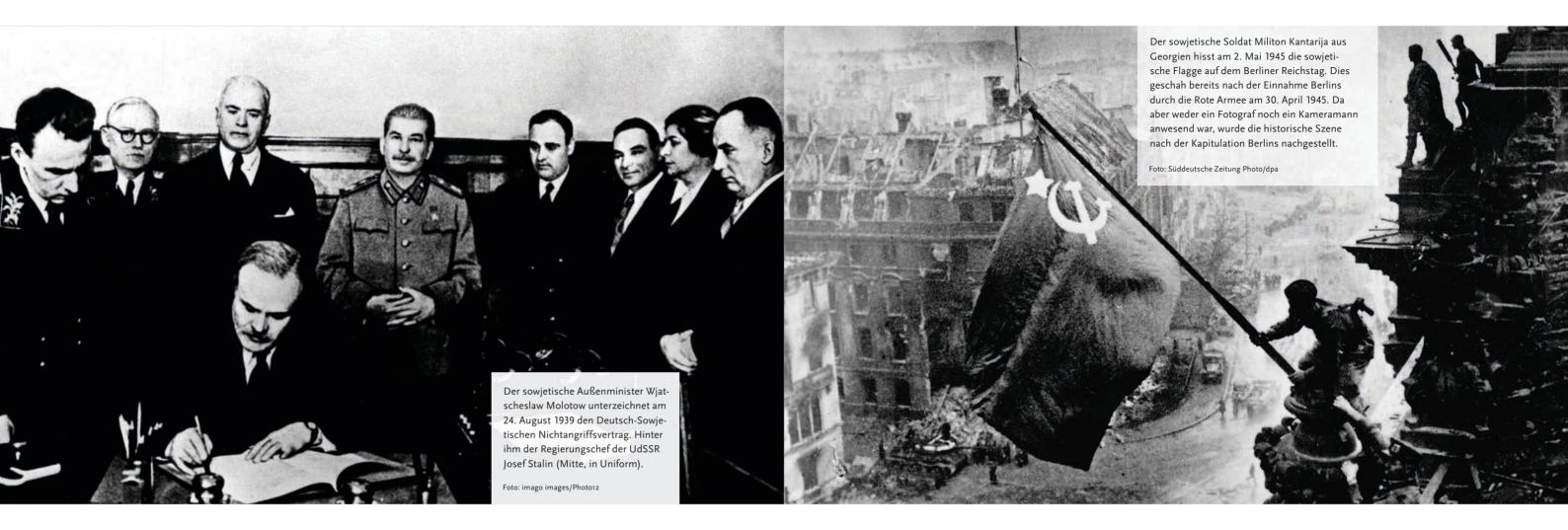
und Franzosen, von

Gräueltaten ukra-

inischer und



Welt



tischer Freiwilliger bei der Judenvernichtung als von den Verbrechen des
Hauptschuldigen, also Deutschlands.
"Der Vertrag von Versailles wurde
für Deutschland zu einem Symbol
tiefer Ungerechtigkeit" schreibt der
bekannt deutschfreundliche Präsident in seinem Aufsatz über den
Zweiten Weltkrieg. "Tatsächlich ging
es um die Beraubung des Landes, das
den westlichen Verbündeten riesige
Reparationen zahlen musste, die
seine Wirtschaft erschöpften."

Sakrileg. Der Text des Präsidenten ist eine Antwort auf die "Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas" vom 19. Septem-

ber 2019, in der betont wird, "dass der Zweite Weltkrieg, (...), als unmittelbare Folge des auch als "Hitler-Stalin-Pakt" bezeichneten berüchtigten Nichtangriffsvertrags zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion (...) und seiner geheimen Zusatzprotokolle ausbrach, in deren Rahmen die beiden gleichermaßen das Ziel der Welteroberung verfolgenden totalitären Regime Europa in zwei Einflussbereiche aufteilten."

Die Resolution postuliert eine Mitschuld der UdSSR am Ausbruch des Krieges und rückt Nationalsozialismus und Kommunismus, Nazideutschland und die Sowjetunion in bedenkliche Nähe zueinander. Aus

russischer Sicht ein Sakrileg. Nicht ohne Grund schildert Putin in der Einleitung seines Artikels auch das Schicksal der eigenen Familie. Der Krieg mit seinen 27 Millionen Toten auf sowjetischer Seite ist in Russland heute noch ein mit Emotionen befrachtetes Thema. Das liegt nicht nur an den Bemühungen aller Regierungen seit Kriegsende, die Erinnerung wach zu halten. Auch ohne diese staatlichen Maßnahmen ist das Gedenken in den Familien nach wie vor sehr lebendig. Suggerierte die Sowjetpropaganda ihren Bürgern aber, dass die ganze Welt ihnen für die Befreiung vom Nazijoch dankbar sei, so lässt die Regierung die Menschen heute wissen, dass das eben nicht zutreffe. Vielmehr würde

der Sieg kleingeredet, die Opfer verspottet und Russland die Schuld am Krieg zugeschoben. Hilfreich sind dabei Äußerungen westlicher Akteure, die beispielsweise fälschlich behaupten, das KZ Auschwitz sei von den Amerikanern oder von Ukrainern befreit worden. Solche Perlen dienen als Belege dafür, dass die Menschen im Westen entweder keine Ahnung von der jüngsten Vergangenheit haben oder aber bewusst getäuscht werden. Das gibt dem Kreml die Möglichkeit, sich als Verteidiger der Wahrheit zu inszenieren. Nicht umsonst äußerte der russische Präsident wiederholt, dass er den Verleumdern ihr "dreckiges Maul" stopfen werde und kündigte die Veröffentlichung bisher unveröffentlichter Dokumente an, aus denen klar hervorgehe, wer alles den Nazis in die Hände gespielt habe. Solche Drohungen werden in Polen oder den baltischen Staaten kaum die Haltung gegenüber Russland verändern, aber sie senden ein starkes Signal an die eigene Bevölkerung, dass Russland unter seiner Führung das Andenken an den Sieg nicht mehr beschmutzen lässt. Der Pakt mit dem Bösen aber, so Putin, sei notwendig gewesen, um Zeit zu gewinnen und gegen den erwarteten Angriff Deutschlands zu rüsten.

Hohe Reichweite. Die russischen Narrative sind aber nicht nur im eigenen Land und bei russischen Minderheiten im Ausland wirksam Auch in westlichen Ländern fühlt sich ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Bevölkerung von ihnen angesprochen. Ein wichtiger Faktor für diesen Erfolg ist die Tatsache, dass Russland heute ideologisch flexibel ist. Die Narrative der Sowjetunion wurden im Wesentlichen von Menschen akzeptiert und verbreitet, die dem Sozialismus zumindest nahestanden. Das moderne Russland kann heute sowohl Linke wie Konservative ansprechen und ist ein Referenzpunkt für Menschen, die am eigenen System zweifeln. Damit wirken die russischen Narrative auch über das eigene Informationsumfeld hinaus, indem sie Zweifel an den westlichen Narrativen und an der Vertrauenswürdig- →

Welt Geschichte



Russische Soldaten fahren T-34-Panzer wie zur Zeit des Zweiten Weltkriegs während der Siegesparade am 24. Juni 2020 in Moskau, Russland. Die Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg war für den 9. Mai geplant, aber wegen des Ausbruchs der Coronavirus-Krankheit verschoben worden.

keit westlicher Eliten verstärken oder säen. Die russische Kommunikation erscheint glaubwürdiger, die Glaubwürdigkeit westlicher Quellen verringert sich.

Die russische Fähigkeit, Narrative zu verbreiten, die so auch außerhalb des Landes Wirkung entfalten können, wurde lange unterschätzt. Noch zu Beginn des Millenniums erinnerte russische Öffentlichkeitsarbeit stark an die altbackene Sowjetpropaganda. Deshalb war das Aufkommen von modern gemachten Auslandsmedien wie Sputnik und RT für westliche Beobachter ein Schock. Die ständigen Warnungen vor der gefährlichen Wirkung dieser Plattformen macht diese in den Augen der Zielgruppe nur noch interessanter. Russland verfügt über einen Satz in sich geschlossener und wirkungsmächtiger Narrative sowie

über Kanäle, um diese im In- und Ausland zu verbreiten. Im Westen hingegen werden alte Gewissheiten zunehmend hinterfragt und die Fähigkeit, anderen die eigenen Narrative zu vermitteln, nimmt ab. Ist Russland also, im Gegensatz zum Westen, ideologisch resilient? Hermetische Geschichtsbilder haben Vor- und Nachteile, das hat schon die Geschichte der russischen Monarchien und der Sowjetunion gezeigt. Solange sie halten, haben sie eine hohe Mobilisierungs- und Abwehrkraft. Wenn sie aber zu bröckeln beginnen, dann stürzt bald alles in sich zusammen. Wirtschaftliche und soziale Probleme können die Begeisterung für die eigene Auserwähltheit leicht ins Wanken bringen. Oder um es mit Brecht zu sagen: Erst kommt das Fressen und dann das Narrativ.

Gregor v. Kursell

Jahrgang 1965, ist im
Zivilberuf Pressesprecher und dient als Reservist beim
Zentrum für Operative Kommunikation der Bundeswehr. Er arbeitete
1990 als einer der ersten westlichen
Journalisten bei einer sowjetischen
Zeitung und publiziert über russische Militärgeschichte.

Zusammenfassung:

Russland verfügt über einen Satz historisch verankerter Narrative, die das innen-, außen und sicherheitspolitische Handeln des Landes einordnen und legitimieren. Diese sind zum Teil sehr alt und postulieren eine besondere Mission Russlands – eine Haltung, die auch andere Staaten schon für sich beansprucht haben. Der Sieg über Nazideutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Anders als früher wird heute offen über Kollaboration auf Seiten der Alliierten sowie der Völker Osteuropas und der UdSSR gesprochen. Mit seinen Auslandsmedien verfügt Russland über Kanäle, seine Narrative auch im Westen zu verbreiten.

Foto: Christian Keller



Wenn die Bundeswehr ein rundes Jubiläum feiert, besinnt sie sich auf den 12. November 1955. An diesem Tag erhielten die ersten Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte ihre Ernennungsurkunden aus der Hand des ersten Verteidigungsministers Theodor Blank. Dass dieses Ereignis zudem am zweihundertsten Geburtstag des preußischen Militärreformers und Generals Gerhard von Scharnhorst stattgefunden hatte, rundet die Symbolik des Neuanfangs ab. Der Grundstein für die Bundeswehr und die Innere Führung wurde allerdings schon fünf Jahre früher gelegt – im Kloster Himmerod.

mönch Bernhard von Clairveaux gegründet. 1802 von den Franzosen säkularisiert wurde es erst ab 1922 wieder als Kloster genutzt.

m Sommer 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation des "Dritten Reichs" kamen die Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion zusammen, um die Nachkriegsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg festzulegen. Nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz sollte es niemals wieder deutsches Militär geben. Die Entmilitarisierung Deutschlands galt als grundlegende Voraussetzung

einer künftigen Friedensordnung.
Daran änderte auch der aufbrechende
ideologische Konflikt zwischen den
Wirtschafts- und Sozialvorstellungen
des liberal-kapitalistischen und planwirtschaftlich-kommunistischen Systems im Rahmen des Kalten Krieges
zunächst nicht viel.

Aber der Kalte Krieg verschärfte sich. Dies lässt sich von den grundsätzlichen Kehrtwenden in der Besatzungspolitik der Siegermächte, über die in West und Ost getrennten Währungsreformen, die Luftbrücke zur Versorgung West-Berlins durch die Westalliierten bis hin zur doppelten Staatsgründung des Jahres 1949 vor allem in Deutschland als Demarkationslinie zwischen den Blöcken gut nachvollziehen. Mit der Bundesrepublik war aus den drei Westzonen ein staatliches Pro

Geschichte Geschichte

visorium entstanden, das sich unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer an den Westen anlehnte. Gleichzeitig schloss sich die Deutsche Demokratische Republik (DDR) nach der 1946 vollzogenen Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der Sowjetunion an.

Konventionelle Streitkräfte im Fokus. Im August 1949 hatte die Sowjetunion durch die Zündung einer Atombombe das nukleare Monopol der USA gebrochen und die globale strategische Überlegenheit der USA in Frage gestellt. Im Januar 1950 führte die NATO die Forward Strategy ein: Die Verteidigung des Bündnisgebiets wurde nun so weit ostwärts wie möglich

nelle Streitkräfte und ein möglicher westdeutscher Militärbeitrag in den Fokus. Spätestens als im Juni 1950 die Truppen des kommunistischen Nordkoreas die Demarkationslinie nach Süden überschritten, legte sich US-Präsident Truman nach Beratung mit seinen Stabschefs auf die Aufstellung westdeutscher bewaffneter Kontingente fest.

Der stellvertretende US-Hochkommissar in der Bundesrepublik General George P. Hays gab dem ehemaligen Panzergeneral der Wehrmacht Gerhard Graf von Schwerin die Erlaubnis, eine Expertengruppe zur sicherheitspolitischen Beratung einzuladen. Schwerin war seit dem 24. Mai 1950 Adenauers Berater für "Militär- und Sicherheitsfragen". 13 Generale, Admirale und Generalstabsoffiziere sollten unter dem Vorsitz von Generaloberst

a.D. Heinrich von Vietinghoff Ende August im Kloster Walberberg tagen und als "Studienausschuss für deutsche Sicherheitsfragen" den Kanzler beraten. Zwei Tage vor dem Termin wurde die Veranstaltung per Telegramm jedoch kurzfristig abgesagt. Der Grund: Der NATO-Rat wollte sich im September in New York mit der Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung beschäftigen und Adenauer wollte dem nicht vorgreifen.

Kriegserfahrene Experten. Die Einladung an den Studienausschuss, für den in der Zwischenzeit noch der ehemalige Major Graf Baudissin und der ehemalige Oberst Graf Kielmannsegg gewonnen worden waren, erging denkbar kurzfris-

tig. 15 Offiziere, die den gesamten Sachverstand aus Truppenführung, General-



Gesamt-

vorsitz

Heinrich von Vietinghoff gen. Scheel

1887-1952 Heer

Himmerod ein. General a.D. Graf von Schwerin gab der Tagung den Decknamen "Zusammenziehung der Versicherungsvertreter". Mit Generalleutnant Adolf Heu-

graphien vielfach bis in den Ersten Weltsinger, den ehemaligen Generälen Fridolin krieg zurückreichten, trafen unter strengster

Ritter und Edler von Senger und

Schweppenburg, Hans Röttiger und Herrmann Foertsch, wurde bewusst auf Persönlichkeiten gesetzt, die es gewohnt waren, an der Schnittstelle zwischen Militär und Politik zu

Etterlin, Leo Freiherr Geyr von

arbeiten und sowohl in Deutschland als auch



General Robert Knauss

1892-1955 Luftwaffe

Hermann Foertsch 1895–1961

Allgemeiner

Ausschuss



General Fridolin

Ausbildungsausschuss

Kapitän zur See

Alfred Schulze-Hinrichs

1893-1972

stabsarbeit, Logistik und zudem die

Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und

Marine vereinten und

deren berufliche Bio-

Geheimhaltung am 5.

Oktober im Eifelkloster



Major i.G. Horst Krüger

Major Wolf Graf von Baudissin

1907-1993



geplant. Damit rückten konventio-

Generalleutnant Hans Speidel 1897-1982

Militärpolitischer Ausschuss



Vizeadmiral Friedrich Ruge 1894–1985



General Hans Röttiger 1896–1960



Organisationsausschuss



1916–1989 Luftwaffe



Bereits am 24. Mai 1950 berief Bundeskanzler Adenauer einen "Berater in militärischen und



Sicherheitsfragen" als Leiter der "Zentrale für Heimatdienst". Vor dem Hintergrund des im Juni 1950 ausgebrochenen Koreakrieges beschloss der Europarat am 11. August 1950 die . Bildung einer europäischen Armee mit deutscher Beteiligung und vom 3. bis 6. Oktober 1950 beriet im Kloster Himmerod eine Kommission deutscher Militärexperten über die Modalitäten der Aufstellung eines deutschen Kontingents für diese Armee. Ihre Schlussfolgerungen wurden in der "Himmeroder Denkschrift" zusammengefasst. Mitte Oktober wurde die "Zentrale für Heimatdienst" aufgelöst. Es folgte am 17. Oktober 1950 mit Theodor Blank (CDU) die Berufung eines "Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" (Amt Blank)

Oberst i.G. Eberhard Graf von Nostitz 1906-1983



General Rudolf Meister 1897–1958



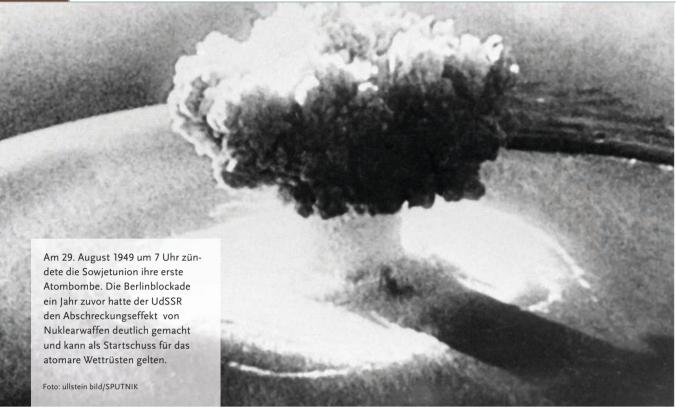
Oberst i.G. Johann Adolf Graf von Kielmansegg 1906-2006 Heer



Generalleutnant Adolf Heusinger 1897-1982

Fotos: ullstein bild (Senger und Etterlin), picture alliance/dpa/WZ-Bilddienst (Schulze-Hinrichs), picture alliance/Imagno (Gladisch), Wikipedia/Bundesarchiv/Hoffmann (Meister), Süddeutsche Zeitung Photo/ap/picture alliance/dpa (Röttiger), Bundeswehr (Kielmansegg), Bundeswehr/Storz (Heusinger), BND-Archiv (Nostitz), Wikipedia/Bundesarchiv (Knauss), Süd deutsche Zeitung Photo/Scherl (Foertsch), picture-alliance/dpa/DB (Speidel), Alamy Stock Photo/Keystone Press (Rugé), Bundesarchiv/Militärarchiv (Krüger), Bundeswehr (Baudissin), picture alliance/ullstein bild (Vietinghoff)

if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 51 Geschichte Geschichte



bei den alliierten Siegermächten hohes Ansehen genossen. Zur Arbeitsorganisation hatte Schwerin die Gruppe in vier Ausschüsse eingeteilt. Operativ knüpften die Teilnehmer der Tagung an vorhandene Überlegungen an - und an die Erfahrungen der Wehrmacht mit der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg: 12 Panzerdivisionen sollten mit einem Personalumfang von 250.000 Mann beweglich das Verteidigungsgefecht mit Eckpfeilern im Norden und Süden so weit ostwärts des Rheins wie nur möglich mit einem starken Brückenkopf bei Hamburg führen. Die Ausrüstung der Verbände sollte durch die Alliierten erfolgen und der Verzicht auf Typenvarianz die Logistik vereinfachen. Ob es die Luftwaffe überhaupt als eigene Teilstreitkraft wie die Marine, geben sollte, wurde nicht zu Ende diskutiert. Allerdings wurde die Luftnahunterstützung für die deutschen Panzerdivisionen durch Fliegerkräfte als unverzichtbar angesehen.



Lesetipps:

Klaus von Schubert: Wiederaufrüstung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1952, Stuttgart 1970.

Hans-Jürgen Rautenberg und Norbert Wiggershaus: Die "Himmeroder Denkschrift" vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, Karlsruhe 1975.

Alliierte Erstausstattung. Der Aufbau der Streitkräfte sollte parlamentarisch und öffentlich kontrolliert werden und die ersten Volleinheiten sollten nach einer kurzen Anlaufphase für die Ausbilder bereits bis 1. November 1951 aufgestellt sein. Die Dienstzeit der Wehrpflichtigen war auf ein Jahr angelegt. Mit 3.600 Panzern, 270 Flakgeschützen, 800 Sturmgeschützen, 350 Granatwerfern und 831 Flugzeugen wurde das notwendige und von den Alliierten als Erstausstattung zu stellende Großgerät innerhalb von nur vier Besprechungstagen ausgeplant. Der Inspekteur der künftigen Streitkräfte sollte dem Bundespräsidenten unterstehen, während ein ziviler Minister

die politisch-parlamentarische Verantwortung tragen sollte. Bedingung für den skizzierten Weg sollte die völlige politische und militärische Gleichberechtigung der Bundesrepublik sein. Dazu forderten die Teilnehmer der Tagung die Einstellung jeglicher "Diffamierung" des deutschen Soldaten durch Gesetze oder informelle Diskriminierungen. Diese Forderung wurde selbst auf Angehörige der ehemaligen Waffen-SS, die "im Rahmen der Wehrmacht eingesetzt gewesen waren", ausgedehnt. Vor allem die Pensionsfrage - die Siegermächte hatten ehemaligen Berufssoldaten in ihrem Kontrollratsgesetz Nr. 34 aus dem Jahr 1946 sämtliche Pensionsansprüche aberkannt

Warum sollten aber ausgerechnet junge ehemalige Wehrmachtsoffiziere erneut den anstrengenden und gefährlichen militärischen Beruf ergreifen? Viele von ihnen waren inzwischen beruflich fest im Zivilleben etabliert. Diese vom Krieg gezeichnete und vielfach diskriminierte Gruppe sollte nach Auffassung der von Wertvorstellungen aus dem Kaiserreich geprägten Experten ihre zivile Komfortzone im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik verlassen und trotz zunehmender Kriegsge fahr zum Militär zurückkehren. Eine Entscheidung, die zudem vor dem Hintergrund einer kriegsmüden und ablehnenden Bevölkerung zwangsläufig nicht nur ins materielle, sondern auch soziale Abseits zu führen drohte. Die ehemaligen jungen Offiziere sollten mit den innovativsten Ideen der Studiengruppe für einen Neuanfang der deutschen Streitkräfte gewonnen werden. Unter dem Begriff "Inneres Gefüge" wurden die ethischen und moralischen Grundsätze für ein Leitbild der Streitkräfte in der Demokratie erarbeitet. Der einzelne Soldat sollte als Staatsbürger in Uniform, die Truppe in ihrer Gesamtheit in den demokratischen Staat integriert werden. Die gerade erst fünf Jahre zurückliegenden Erfahrungen mit dem Missbrauch soldatischer Tugenden durch das menschenverachtende System der Nationalsozialisten führten zu kontroversen Diskussionen um die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Unterstützt durch den späteren Generalinspekteur de Maizière entwickelten die beiden "Himmeroder" Graf Kielmansegg und Graf Baudissin als Zivilangestellte bis 1955 das Konzept der Inneren Führung weiter. Bereits fünf Monate nach der Tagung in Himmerod hätten die ersten

Truppenteile aufgestellt werden sollen

Wiederbewaffnung Kämpfe und Kon-

Dass allein durch das Tempo der

- lag der Studiengruppe am Herzen.

troversen zwischen Traditionalisten und Reformern aufbrechen würden, hatte Sicherheitsberater Schwerin noch kurz vor seiner Absetzung Ende Oktober 1950 dem Kanzler bereits beim Lagevortrag über die Arbeitsergebnisse prophezeit.

Unrealistischer Zeitplan. Nach der Tagung im Kloster vergingen noch fünf Jahre, bis die komplexen politischen, rechtlichen und bündnispolitischen Fragestellungen geklärt werden und Theodor Blank den ersten 101 Soldaten die Ernennungsurkunden aushändigen konnte. Damit hatten sich die Vorstellungen des Studienausschusses bezüglich des Zeitplans nicht einmal im Ansatz als realistisch erwiesen. Auch Probleme bei der Personalrekrutierung durch den Wertewandel in der neu formierten westdeutschen Nachkriegsund Konsumgesellschaft waren nahezu ausgeblendet worden. Auch die Innere Führung hatte es zunächst schwer. Dadurch, dass sie in den Zuständigkeitsbereich des schwachen Generalinspekteurs verlagert wurde, bremsten die traditionalistischen Inspekteure der Teilstreitkräfte ihre Umsetzung in der Truppe. Erst die Reformen unter Verteidigungsminister Helmut Schmidt verhalfen ihr Anfang der 70er-Jahre endgültig zum Durchbruch. Nichtsdestotrotz hatten die "Himmeroder" einen Meilenstein für die Wiederbewaffnung gesetzt. Zum einen blieben die Überlegungen zum Streitkräfteumfang, Gliederung, Dislozierung und Ausrüstung bestimmende Parameter bis zum Ende des Kalten Krieges, zum anderen legten die Experten die Grundlage für eine völlig neue Konzeption für das "Innere Gefüge", die bis heute als Innere Führung die Führungskultur und das Selbstverständnis der Bundeswehr in der Demokratie prägt: Die Einbindung des Soldaten und der Streitkräfte

insgesamt in den demokratischen Rechtsstaat.

Diese Errungenschaften im Kloster Himmerod vor 70 Jahren, nur fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation eines menschenverachtenden Unrechtsregimes, macht die gleichnamige Denkschrift zur Magna Charta der Bundeswehr.

Dr. Frank Heinz Bauer



Jahrgang 1965, Oberstleutnant der Reserve, (ehemalige) Heeresflugabwehrtruppe, hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Mittlere. Neuere und Alte Geschichte sowie Politikwissenschaften studiert. Er arbeitet als Studienrat am Hellenstein-Gymnasium Heidenheim an der Brenz (Baden-Württemberg) und unterrichtet dort die Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte.

Zusammenfassung:

Unter strengster Geheimhaltung traten im Oktober 1950 im Eifelkloster Himmerod 15 Militärexperten zusammen, die als "Studienausschuss für deutsche Sicherheitsfragen" dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Ausgestaltung seiner Sicherheitspolitik helfen sollten. Dort entwickelten die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere sowohl operative wie auch politische Leitlinien, die als "Himmeroder Denkschrift" die Gliederung, Dislozierung, Ausstattung mit Großgerät und den personellen Umfang der Bundeswehr bis zum Ende des Kalten Krieges wesentlich bestimmen sollten. Die wesentliche Leistung der nur viertägigen Tagung ist die Grundkonzeption der Inneren Führung. Damals noch unter dem Begriff "Inneren Gefüge" kontrovers diskutiert, begann bereits in Himmerod die spätere Führungskultur der Inneren Führung mit ihrem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und der Einbindung der Streitkräfte in die Demokratie in ersten Umrissen erkennbar zu werden

52 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 if Zeitschrift für Innere Führung 4|2020 53

Die gebildete Armee

Militärische Professionalität verlangt Bildung, nicht nur Ausbildung

Wer sich zum Thema Bildung in den Streitkräften äußert, sitzt rasch zwischen den Stühlen. Gegensätze beherrschen die Szene – Erziehung oder Bildung, Praxis oder Theorie, Charakter oder Geist, Wille oder Intellekt, Denker oder Kämpfer, Spezialisten oder Generalisten...? Das ist kein akademischer Streit, denn es geht um das professionelle Leitbild und das Selbstverständnis des Bundeswehrsoldaten. Die Militärreformer der Gründungszeit hatten in den "Leitsätzen für die Erziehung des Soldaten" (12. Februar 1957) festgehalten: "Sittliche, geistige und seelische Kräfte bestimmen, mehr noch als fachliches Können, den Wert des Soldaten." So war auch der damalige Bundespräsident Theodor Heuss zu verstehen, der in einer Rede an der Führungsakademie 1959 den jungen Offizieren zurief, "Werden Sie keine Bloß-Spezialisten!" Heute würde man das gleiche Anliegen mit den Worten des vorigen Kommandeurs des Zentrums für Innere Führung Generalmajor Reinhardt Zudrop (IF 2/2017) so formulieren: Soldaten brauchen neben der materiellen und personellen auch die "geistige Vollausstattung" der Streitkräfte.

Die Angehörigen der Bundeswehr sind konfrontiert mit den Auswirkungen eines rasanten sicherheitspolitischen, gesellschaftlichkulturellen und technologischen Wandels. Das Auftragsvolumen ist dramatisch gewachsen, seit die Landes- und Bündnisverteidigung wieder gleichrangig neben das internationale Krisenmanagement getreten ist; es wird noch erweitert werden durch künftige Anforderungen innerstaatlicher Katastrophenhilfe (Beispiel Corona) oder die Unwägbarkeiten hybrider Konfliktszenarien. Dabei geht es nicht allein um ein Mehr an Komplexität, Flexibilität oder Agilität (so die Formelsprache im Weissbuch 2016) und nicht (nur) um das Aushalten der Dauerbelastung, die die anhaltende Spannung zwischen Aufträgen, Mitteln und Kräften mit sich bringt. Gefordert ist die ganze Person, genauer gesagt die Persönlichkeit des Soldaten

"Persönlichkeit und Professionalität standen im traditionellen Denken stets im Konflikt miteinander oder gar in einem Ausschließungsverhältnis. Ich hingegen betrachte das Spannungsfeld dieser beiden Wesenszüge als positiv und gewinnbringend."

Sebastian Heeg, Hauptmann, 31 Jahre, Luftwaffentruppenkommando, Köln

und der Soldatin. Als Soll-Wert beherrscht diese Erkenntnis seit langem das geduldige Papier der Vorschriften; sie ist leitend im Soldatengesetz und in der Konzeption der Inneren Führung. Aber wird die Tragweite dieser Leitvorstellung tatsächlich ausgeschöpft? Zweifel sind angebracht.

Neuer Fokus. Der Ruf nach einer "Trendwende Mindset" macht in den Streitkräften (mehr noch in ihrer Führung) die Runde. Den Anstoß gaben die zahlreichen und ertragreichen Workshops des 2017 eingeleiteten Programms "Innere Führung - heute", die die Stimmungslage der Truppe ungeschminkt offenlegten. An einer Präsentation der Ergebnisse fehlte es bisher, so dass der vorige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels in die entstandene Bresche gesprungen ist und in seinem letzten Bericht längere Auszüge aus einem bisher nicht veröffentlichten Abschlussbericht dokumentierte. Das Stichwort Mindset liefert jedoch eine erste Antwort auf die Befunde. Um was geht es? Genannt werden subjektive Größen wie Mentalität, Orientierung, Gesinnung, Haltung, Denkweise oder Einstellung. Folgt man diesen Hinweisen, so würde damit nun endlich das Verhältnis von Persönlichkeit und Professionalität ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Oder anders gesagt, gefestigt werden würde das innere Band, das die drei Rollen

des Soldaten zusammenfügt – "freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat" zu sein. So hatte die erste ministerielle Weisung zur Inneren Führung 1953 die Zielgröße der (späteren) Bundeswehr beschrieben.

Die Auflistung der Attribute des Mindset bleibt jedoch in einem empfindlichen Punkt unentschieden. Es fehlt die Klammer des Bildungsanspruchs der Streitkräfte, der jegliche Ausbildung, Expertise, Spezialisierung oder Kompetenz zugrunde liegen muss. Dieser Anspruch richtet sich auf die Persönlichkeitsentwicklung des Soldaten, seine Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbildung und Selbstbestimmung. Gefordert sind Anreize der inneren Ordnung der Streitkräfte und die Fähigkeit der Vorgesetzten, eine solche Selbstentfaltung und zugleich Selbstdisziplinierung zu ermöglichen und zu fördern. "Bildung", schreibt der Philosoph und

Lesetipps:

61. Bericht (2019) des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages: Drcks. 19/16500, 28.1.2020, S. 12-14. Peter Bieri: Wie wäre es, gebildet zu sein?, in: Heiner Hastedt (Hrsg.), Was ist Bildung. Eine Textanthologie. Reclam-Verlag: Stuttgart 2012, S. 228-240.

Uwe Hartmann: Der gute Soldat: Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute. Miles-Verlag: Berlin

Till von Rahden: Demokratie: Eine gefährdete Lebensform. Campus-Verlag: Frankfurt am Main 2019.

Schriftsteller Peter Bieri, "verhindert, dass man Opfer ist." Insofern ist sie die allererste Quelle der jetzt immer wieder beschworenen Resilienz. Der Bildungsprozess richtet sich auf mehr und anderes als auf Wissen und Können, akademische Standards, Gesinnung oder Soft Skills; er zielt auf die Entwicklung von verantwortlichen Subjekten mit Urteilsvermögen, Selbstreflexion, Weltoffenheit und Selbstbewusstsein. Mit einem "Bildungsbürger in Uniform" hat das nichts zu tun.

Der gebildete Soldat. Die Forderung nach dem gebildeten oder denkenden Soldaten ist alt. Sie geht zurück auf das neuhumanistische Denken der Militärreformer des frühen 19. Jahrhunderts wie Scharnhorst oder Clausewitz. Dieser Anspruch geriet immer wieder unter die preußisch-deutschen und zuletzt unter die nationalsozialistischen Räder. Erst die Bundeswehr verhalf ihm zum Durchbruch, weil man erkannt hatte, dass militärische Einsatzbereitschaft,

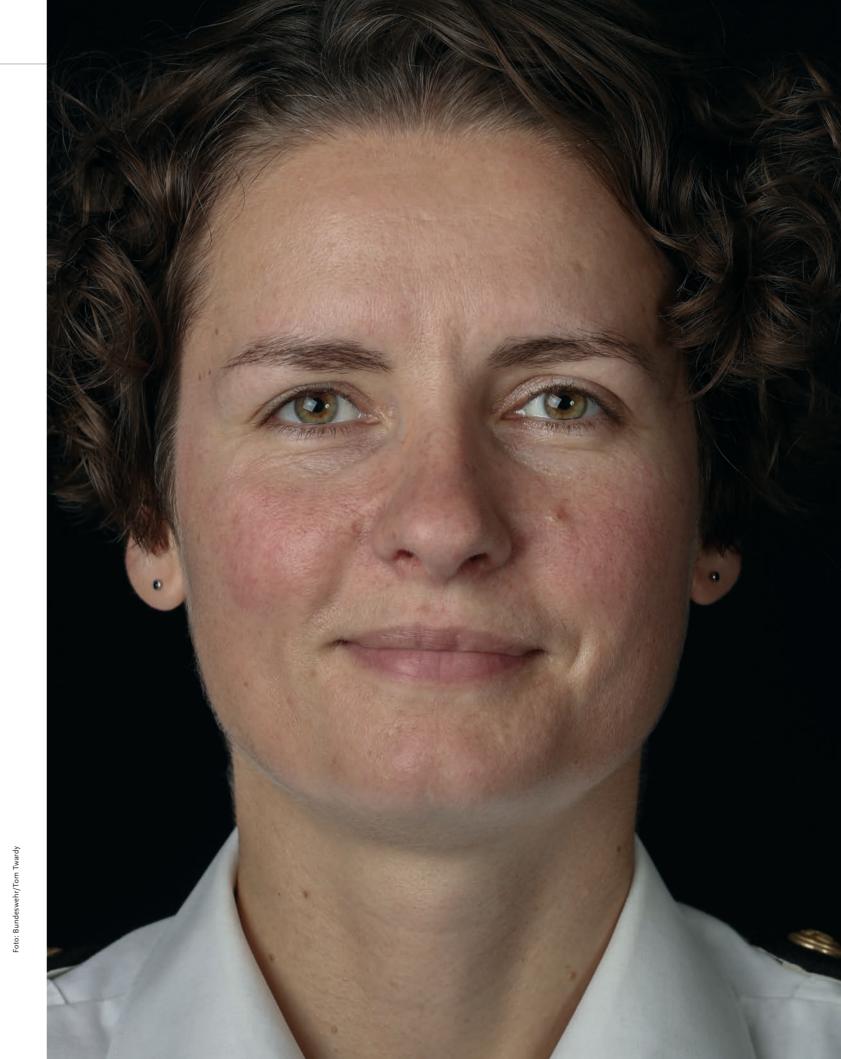
"Selbstbildung in der Bundeswehr bedeutet für mich, nicht zu stagnieren, sondern eigene Stärken sowie Defizite in einem sich stetig wandelnden Umfeld zu erkennen und kontinuierlich daran zu arbeiten, besser zu werden."

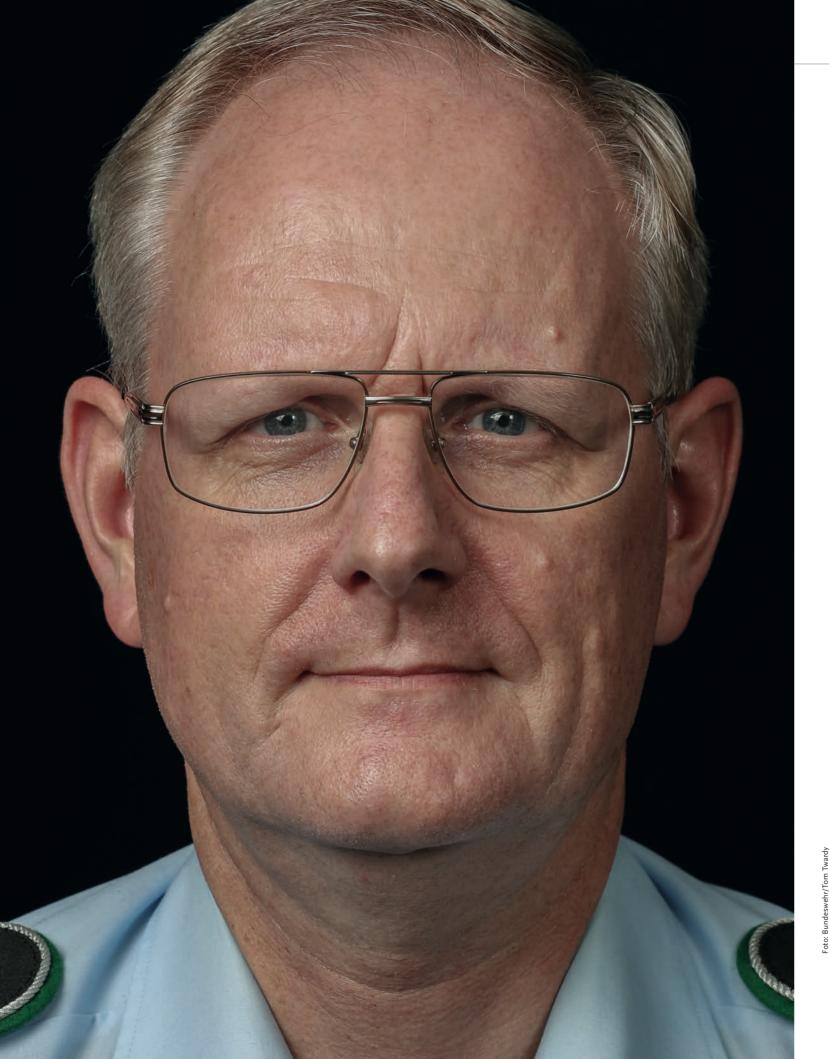
Anna Prehn, Fregattenkapitän, 37 Jahre, Leiterin Studierende Fachbereich A an der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

geistige Aufgeschlossenheit für die demokratische Lebensform und persönliche Entwicklungsfähigkeit in einem Entsprechungsverhältnis stehen müssen. Der Militärreformer Graf Baudissin beschrieb das Bildungsprogramm der Bundeswehr mit dem Ziel der "Entfaltung des Soldaten zur Mündigkeit, (der) Stärkung seiner Urteilskraft und (der) Schärfung seines Gewissens." In der Dienstvorschrift Innere Führung (A-2600/1, Zif. 403) hat diese Idee ihren Niederschlag gefunden in der Forderung an Vorgesetzte und Soldaten, in "Ausbildung und Erziehung" die "Bildung und Persönlichkeitsentwicklung" zu fördern. Dieser Bildungsanspruch ist ganzheitlich zu verstehen. Er beschränkt sich nicht auf die sogenannten "weichen" Themen der politischen, ethischen, historischen oder interkulturellen Bildung, also auf jene Unterweisungen, die allzu gern der Zeitnot, dem Personalmangel oder der Einsatzvorbereitung zum Opfer fallen. Und Bildung reduziert sich nicht auf Unterrichtung. Denn wie Peter Bieri anschaulich schreibt, "man bildet sich, ausbilden können uns andere."

Wo und wie wird gebildet? Es ist eines der offenen Geheimnisse der Inneren Führung, dass der Bildungsanspruch der und an die Soldaten quer durch das gesamte Organisationshandeln verläuft. Die Frage ist, ob dies gegenwärtig in Form eines offenen, nachvollziehbaren und bewusst vertretenen Konzepts geschieht oder im Halbdunkel eines heimlichen Lehrplanes vegetiert. Prägung oder Bildung, so könnte man diese Alternative beschreiben. Unterscheiden lassen sich in den Streitkräften vier Bildungsbezüge - die Innere Ordnung, die Ausbildung, die oben genannten ("weichen") Bildungsangebote und die Selbstbildung. Was haben sie zu bieten?

Die Innere Ordnung, so die Vorstellung, kann nur dann effektiv funktionieren, wenn sie dem Einzelnen auch im militärischen Kontext die Vorzüge der demokratischen Lebensform vor Augen führt →





"Die Aufträge der Bundeswehr werden immer komplexer.

Zu ihrer Erfüllung ist, neben der militärischen und ethisch-moralischen Ausbildung, umfassende Urteilsfähigkeit notwendig, um auf Lageänderungen adäquat reagieren zu können."

Christian Hamann, Oberstleutnant d.R., 54 Jahre, Stellvertretender Kommandeur, Panzergrenadierbatallion 411, Viereck

- durch Anregung und Anleitung zur Mitgestaltung, zum Mitdenken und Mitreden und zur Festigung der Überzeugung vom Sinn des Ganzen. Dieser Anspruch wird jedoch empfindlich geschmälert - da sind wir wieder bei den Befunden des Programms "Innere Führung - heute" - durch Bürokratie, technokratisches Denken, Überzentralisierung, marode Kasernen, Unoffenheit und misslingende Binnenkommunikation. Dann regiert der heimliche Lehrplan und fördert Absicherungsdenken, Risikoscheu (siehe Karich, IF 2/2020) und den Rückzug aus der Verantwortung.

In der Ausbildung - siehe Agenda Ausbildung sind die Anstrengungen der Streitkräfte beträchtlich. Die Pflege der Bildung steht dazu nicht in Widerspruch, sie findet aber nur wenig Beachtung. Die grassierende Kompetenzorientierung in der Ausbildung braucht, um mehr zu vermitteln als Fachwissen, Können und Effizienzdenken, ein "Wofür?", das Sinngehalte, Wirksamkeiten und Wünschbarkeiten thematisiert, damit Wissen und Können zusammenführt. Bildung ist kein formales Anhäufen und Zertifizieren von Fertigkeiten und Wissensbeständen, sich zu bilden heißt, zum Sinn-Verstehen des Stoffs vorzudringen: Warum machen wir das, was wir machen, so und nicht anders? Wozu ist das gut, und wozu nicht? Dieses Sinn-Verstehen bezieht sich sowohl auf militärische oder technische Sachverhalte, aber ebenso auf die Auseinandersetzung mit dem Politischen oder Ethischen des militärischen Handlungsraums.

Der Bildungsgewinn, den die "weichen" Themen der Politik oder Ethik versprechen, ist nicht anders zu erschließen als etwa in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Doch der Bildungsprozess ist ein anderer. Hier geht es nicht um ein richtig oder falsch im technisch-naturwissenschaftlichen oder funktionalen Sinn. Im Gegenteil, das Verstehen der Unterschiede von technischen Sachzwängen, militärischer Funktionalität, politischer Kultur oder ethischer Integrität

sollte eines der Hauptziele der truppeninternen Beschäftigung mit grundsätzlichen wie aktuellen Bildungsthemen sein. Dabei geht es durchaus um Legitimation und Motivation, wie die Dienstvorschrift Innere Führung betont, aber vielleicht mehr noch um die Entwicklung und Festigung persönlicher Überzeugungen vom Wert und Integrationspotential der demokratischen Lebensform. Die Nagelprobe des Bildungsanspruchs und für die "Trendwende Mindset" liegt indessen in der Entwicklung der Bereitschaft zur stetigen Selbstbildung. Für die ca. 70.000 Soldatinnen und Soldaten, die neun bis zehn Jahre (oder länger) der Bundeswehr angehören, sollte das unverzichtbar sein, denn sie sind es, die den professionellen Kern der Streitkräfte bilden. Auf diesen Kern ist die Bundeswehr umso mehr angewiesen, je komplizierter und fordernder die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, in die Erfahrungs- und Lerngemeinschaften der Truppe den Stachel des Bildungsanspruchs hineinzutragen.

Die Zeit drängt. Die Anforderungen an die Streitkräfte werden nicht geringer. Sie stehen unter Dauerspannung, haben unter Vertrauensverlusten zu leiden und mit gefühlten Vertretungslücken zu kämpfen. Alles das braucht offene An- und Aussprache. Das Leitbild des gebildeten Soldaten richtet sich darauf, Wissen und Können, Reflektieren und Verantworten in der Ausbildung wie in der Inneren Ordnung zusammenzuführen, um der professionsbezogenen Persönlichkeitsentwicklung zu dienen. In einer Zeit des beschleunigten Wandels, in der alle zu Lernenden werden, ist Bildung der Schlüssel zu Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Selbstbestimmung. Für weniger ist die Innere Führung nicht zu haben.

Klaus Naumann

Jahrgang 1949, Dr., Militärhistoriker, Mitglied des 15. Beirats für Fragen der Inneren Führung des Bundesverteidigungsministeriums.

Zusammenfassung:

Nicht die Ausbildung, sondern erst die Bildung des Soldaten stiftet das innere Band von Persönlichkeit und Profession, Haltung und Fähigkeiten. Sinnverstehen ist mehr als Kompetenztraining oder Effizienzdenken. Unter Bedingungen des rasanten Wandels wird Bildung zu einem Resilienzfaktor, ohne den die Bundeswehr nicht ihren zukünftigen Herausforderungen gewachsen sein wird.

Demoskopie

Geschlechtergleichstellung erhöht Arbeitgeberattraktivität

Die Bundeswehr wird von Frauen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen



Gelöbnis der Offizieranwärtevon rinnen und -anwärter der Crew
on VII/07 an der Marineschule
on Mürwik im August 2007.
n

Die vollständige Öffnung der Bundeswehr für Frauen im Jahr 2001 wird von der Bevölkerungsmehrheit als ein positiver Beitrag zur Gleichstellung von Männern und Frauen betrachtet. Allerdings sind nahezu 30 Prozent davon überzeugt, dass die Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr noch nicht vollständig erreicht ist. Diese Wahrnehmung beeinflusst bei Frauen die Attraktivität des potenziellen Arbeitgebers Bundeswehr deutlich. Die öffentliche Kommunikation über die Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung könnte helfen, mehr Frauen für die Bundeswehr zu gewinnen.

Bundeswehr und Gesellschaft sind die Integration von Frauen in die Streitkräfte und die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Dienst wichtige Fragen. Aufgrund der verfügbaren Umfragedaten beschränkt sich der Beitrag auf

die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Gesellschaftsmehrheit forderte bereits 2001, dass Frauen und Männer in der Bundeswehr gleich behandelt werden sollten, wie eine repräsentative Bevölkerungsbefragung des ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) ergab. Im Jahr 2001 wurden alle Laufbahnen der Bundeswehr für freiwillig dienende Frauen geöffnet. Das SOWI und das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) haben diesen Prozess mit mehreren sozialwissenschaftlichen Studien begleitet (zuletzt: Kümmel 2020).

Der Anteil der Frauen am militärischen Personalkörper der Bundeswehr ist von 2 Prozent im Jahr 2001 auf inzwischen 12 Prozent gestiegen (Stand Mai 2020). In zivilen Verwendungen beträgt der Frauenanteil aktuell 38 Prozent. Eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. der Abbau von Karrierehürden und die Sensibilisierung der Führungskräfte auf der Grundlage des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGleiG) und des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes (SGleiG) haben zur Geschlechtergleichstellung und Chancengerechtigkeit in der Bundeswehr beigetragen, wie der im Januar 2020 veröffentlichte 5. Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum SGleiG darlegt. Um der aktuellen Unterrepräsentanz von Frauen entgegen zu wirken und um den Personalbedarf zu decken, müssen mehr Frauen für den Dienst in der Bundeswehr geworben werden Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn Frauen den (potenziellen) Arbeitgeber Bundeswehr als

Die Forschungslücke. Das ZMSBw hat eine Reihe von Studien durchgeführt, die die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei Soldatinnen und Soldaten (z.B. Richter 2016) sowie jüngeren Menschen (z.B. Hentschel 2013) untersuchen. In diesen Studien wird die Geschlechtergleichstellung als ein soziales Bedürfnis im Arbeitskontext verstanden und als ein konstitutiver Teilaspekt der Arbeitgeberattraktivität gemessen. Ein möglicher Wirkzusammenhang zwischen der subjektiven Wahrnehmung der Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr einerseits und der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr andererseits wurde bisher nicht untersucht. Auch eine gen-

attraktiv empfinden.



Lesetipps:

Katrin Hentschel (2013): Ergebnisse der Jugendstudie 2011. Berufswahl Jugendlicher und Einstellungen zum Arbeitgeber Bundeswehr. Forschungsbericht 100. Potsdam: ZMSBw. Gerhard Kümmel (2020): Truppenbild mit General (w)? Eine Untersuchung zur Chancengerechtigkeit in den Karrierewegen von Soldatinnen und Soldaten anhand berufsbiografischer Interviews. Forschungsbericht 125. Potsdam: ZMSBw.

Gregor Richter (2016): Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2016. Forschungsbericht 113. Potsdam: ZMSBw.



Demoskopie Demoskopie

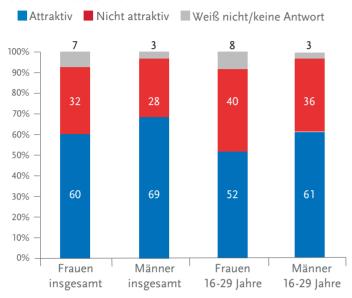
derspezifische Analyse erfolgte zu dieser Fragestellung bisher nicht. Auf der Grundlage der repräsentativen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw aus dem Jahr 2019 soll deshalb jetzt empirisch überprüft werden, wie sich bei Frauen die subiektive Beurteilung der Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr auf die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr auswirkt. Die Ergebnisse der bisherigen Studien zeigen, dass Frauen der Geschlechtergleichstellung im Arbeitskontext große Bedeutung beimessen. Je positiver die subjektive Wahrnehmung der Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr also ausfällt, desto eher sollte die Bundeswehr als ein attraktiver Arbeitgeber empfunden werden.

Attraktivität vor Gleichstellung.

Eine klare Mehrheit der Befragten empfindet die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber, jedoch ist dieser Anteil bei den Männern 9 Prozentpunkte größer als bei den Frauen (Abb. 1). Diese "Gender Gap" besteht auch bei den 16-29 Jährigen. Die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr fällt bei den 16-29-Jährigen jedoch geringer aus als in der Gesamtbevölkerung – unabhängig vom Geschlecht.

Die vollständige Öffnung der Bundeswehr für Frauen im Jahr 2001 wird von nahezu der Hälfte der Befragten als ein positiver Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern betrachtet, 15 Prozent teilen diese Einschätzung nicht und ein Drittel ist geteilter Meinung (Abb. 2). Bei der Frage, ob die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr erreicht ist, ist die öffentliche Meinung geteilt: 30 Prozent sind davon überzeugt, dass die Gleichstellung in der Bundeswehr erreicht ist, etwas weniger als 30 Prozent teilen diese Auffassung nicht und etwas mehr als 30 Prozent sind unentschieden (Abb. 2). Der

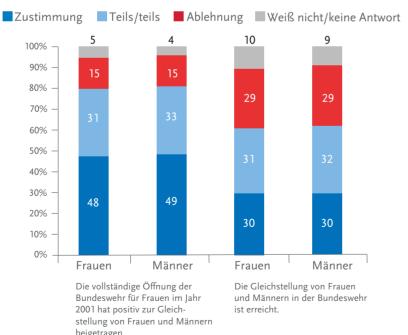
Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext: "Wie attraktiv ist ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen Attraktiv: Anteile "sehr attraktiv" und "eher attraktiv" zusammengefasst. Nicht attraktiv: Anteile "eher nicht attraktiv" und "überhaupt nicht attraktiv" zusammengefasst. Datenbasis: Bevölkerungsbefragung ZMSBw 2019.

Grafik: ZMSBw/Timo Graf/Bundeswehr/Daniela Hebbe

Aussagen zum Dienst von Frauen in der Bundeswehr

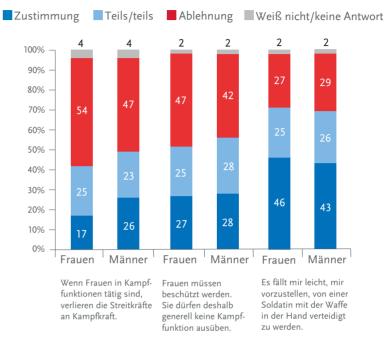


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile "stimme völlig zu" und "stimme eher zu" zusammengefasst. Ablehnung: Anteile "lehne völlig ab" und "lehne eher ab" zusammengefasst. Datenbasis: Bevölkerungsbefragung ZMSBw 2019.

Grafik: ZMSBw/Timo Graf/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Abbildung 3

Aussagen zum bewaffneten Militärdienst von Frauen



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden Zustimmung: Anteile "stimme völlig zu" und "stimme eher zu" zusammengefasst. Ablehnung: Anteile "lehne völlig ab" und "lehne eher ab" zusammengefasst. Datenbasis: Bevölkerungsbefragung ZMSBw 2019

Grafik: ZMSBw/Timo Graf/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Determinanten der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei Frauen

Veränderung der relativen Wahrscheinlichkeit, die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber zu empfinden*



Anmerkungen: Abhängige Variable: "Wie attraktiv ist ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?"; Antwortkodierung: attraktiv (1), unattraktiv (0). Analyse: Binäre logistische Regression. Kontrollvariablen: Alter, Migrationshintergrund, Familienstand, Erwerbs-

tätigkeit, Kinder im Haushalt, Haushaltseinkommen, Bildungsabschluss, Partei- bzw. Wahlpräferenz, Verbundenheit mit Deutschland, Interesse an Verteidigungspolitik, Grundhaltung zur Bundeswehr. Alle ausgewiesenen Effekte sind min. auf dem Niveau p < .05 signifikan

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung ZMSBw 2019.

* Die relative Wahrscheinlichkeit (auch Chancenverhältnis genannt) beschreibt die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines definierten Ereignisses (Bundeswehr wird als attraktiver Arbeitgeber empfunden) im Verhältnis zur Wahr scheinlichkeit des Nichteintretens des Ereignisses (Bundeswehr wird nicht als attraktiver Arbeitgeber empfunden).

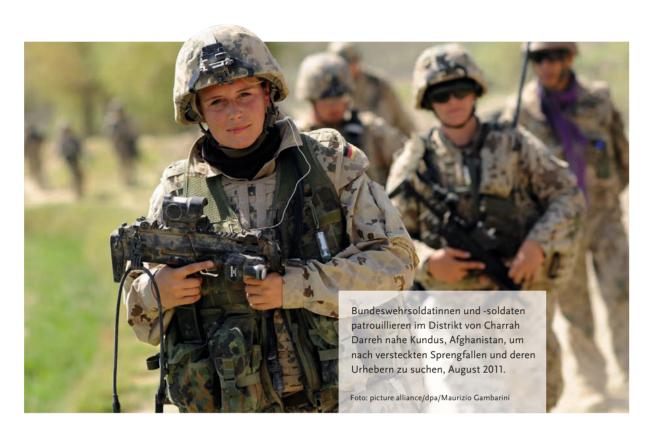
Grafik: ZMSBw/Timo Graf/Bundeswehr/Daniela Hebbel

relativ hohe Anteil der Befragten, der angibt, "keine Ahnung" zu haben, deutet auf ein insgesamt erhöhtes Maß an Sachunkenntnis hin. Zwischen Männern und Frauen bestehen keine signifikanten Meinungsunterschiede.

"Waffendienst" von Frauen. Männer wie Frauen können ein traditionelles Rollenverständnis der Geschlechter aufweisen, das sich in einer ablehnenden Haltung gegenüber dem bewaffneten Militärdienst von Frauen manifestiert. Bei Frauen könnte ein solches traditionelles Rollenbild die subjektive Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr negativ beeinflussen. Dieser Umstand ist in der nachfolgenden Wirkungsanalyse zu berücksichtigen.

Insgesamt zeigt sich, dass eine relative Mehrheit der Männer und Frauen dem bewaffneten Militärdienst von Frauen offen gegenübersteht (Abb. 3). Dennoch bestehen zwischen den Geschlechtern signifikante Meinungsunterschiede. So glauben deutlich mehr Männer als Frauen, dass die Streitkräfte an Kampfkraft verlieren, wenn Frauen in Kampffunktionen tätig sind. Und die Aussage, dass Frauen grundsätzlich beschützt werden müssen und sie deshalb keine Kampffunktionen ausüben dürfen. wird von mehr Frauen als Männern abgelehnt. Jedoch können sich nahezu gleich viele Frauen und Männer vorstellen, von einer bewaffneten Soldatin verteidigt zu werden.

Gleichstellung erhöht Arbeitgeberattraktivität. Abschließend soll überprüft werden, wie sich bei Frauen die subjektive Bewertung der Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber wahrzunehmen. Dabei ist eine Vielzahl von anderen Einflussfaktoren zu berücksichtigen, wie z.B. das → Demoskopie ZInFü Service



bereits beschriebene "Rollenbild" oder das persönliche Ansehen der Bundeswehr. Die Einflüsse der signifikanten Faktoren sind in Abbildung 4 dargestellt. Es zeigt sich, dass die subjektive Wahrnehmung der Gleichstellung in der Bundeswehr einen starken Einfluss auf die Arbeitgeberattraktivität ausübt: Frauen, die der Aussage "Die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr ist erreicht" vollkommen zustimmen, weisen eine mehr als viermal größere Wahrscheinlichkeit auf, die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber wahrzunehmen, als Frauen, die die Aussage über die Geschlechtergleichstellung vollkommen ablehnen. Der "Gleichstellungseffekt" ist in seiner Stärke vergleichbar mit dem Einfluss des persönlichen Ansehens der Bundeswehr und sogar größer als der Einfluss positiver Kontakterfahrungen mit der Bundeswehr. Ein traditionelles "Frauenbild" verringert dagegen die Wahrscheinlichkeit stark, die

Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber zu empfinden.

Fazit. Um den Frauenanteil in der Bundeswehr zu erhöhen und den Personalbedarf zu decken, muss die Bundeswehr für Frauen attraktiv sein. Die Mehrheit der Frauen verbindet die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr mit der Geschlechtergleichstellung. Allerdings sind nahezu 30 Prozent der Frauen (und Männer) der Auffassung, dass die Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr noch nicht vollständig erreicht ist. Die Bundeswehr betreibt bereits erfolgreich genderspezifisches Personalmarketing, z.B. mit der Youtube-Serie "Die Rekrutinnen". Darüber hinaus empfiehlt es sich, die Fortschritte der Bundeswehr in der Geschlechtergleichstellung stärker in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Eine aktive genderspezifische Kommunikationsarbeit könnte der Bundeswehr dabei helfen, mehr Frauen für die Bundeswehr zu gewinnen.

Timo Graf

Dr., Jahrgang 1985,
Politikwissenschaftler,
ist als Sozialwissenschaftler am
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam tätig.
Forschungsschwerpunkte: Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zivil-militärische Beziehungen.

Zusammenfassung

Um mehr Frauen für die Bundeswehr zu gewinnen und den Personalbedarf zu decken, ist es erforderlich, dass Frauen die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber empfinden. Nahezu 30 Prozent der Frauen erkennen einen Verbesserungsbedarf bei der Geschlechtergleichstellung in der Bundeswehr. Die Fortschritte der Bundeswehr in der Geschlechtergleichstellung sollten deshalb stärker in der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

ZInFü Service

Aktionsprogramm "Modernes Führen"

Neues Aktionsprogramm für ziviles und militärisches Führungspersonal der Bundeswehr

Interaktiv und hochmodern startet das Aktionsprogramm "Modernes Führen" mit Anregungen für zeitgemäßes Führen in einer sich wandelnden Welt. Ende Juni hat ein Test im Marinestützpunkt Rostock gezeigt, dass das Seminar auch unter Einhaltung der vorgeschriebenen Corona-Hygiene-Regeln durchführbar ist.

Bis 2023 sind bundesweit über 210 Seminare geplant. Zwei

NEUES AKTIONSPROGRAMM "MODERNES
FÜHREN" GEHT AN DEN START

Management der Start der S

Moderationsteams
aus je einem
Lehrstabsoffizier des Zentrums Innere
Führung und
einer Moderatorin bzw.
einem Moderator aus der
zivilen Wirt-

schaft werden hierzu mobil eingesetzt. Es geht nicht nur um militärisch-fachliche Expertise, sondern gleichzeitig werden wertvolle und nützliche Impulse aus der Führungspraxis in der Wirtschaft vermittelt. Jedes Seminar beginnt mit einem interaktionsreichen Planspiel, um Alltagssituationen von Führungskräften und Geführten hautnah zu erleben und zu reflektieren. www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-innere-fuehrung/neuesaktionsprogramm-modernes-fuehren-startet-273138

Publikation zum Thema Extremismus

Das Zentrum Innere Führung (ZInFü) und das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) haben gemeinsam eine Publikation zum Thema Extremismus veröffentlicht. Unter dem Titel "Die Verteidigung unserer Werte: Gemeinsam gegen Extremismus" informiert das Buch umfassend über die Gefahren des Rechts- und Linksextremismus, des religiösen Extremismus sowie des Extremismus mit Auslandsbezug. Gerade in heutiger Zeit sind Extremismen für militärische und zivile Vorgesetzte der Bundeswehr eine besondere Herausforderung. Extremismus und Populismus nehmen in der Gesellschaft zu und stellen auch in der Bundeswehr eine Gefahr dar.

Bereits zu Beginn der militärischen oder zivilen Laufbahn bei der Bundeswehr gilt es, die persönliche Urteilskraft und Resilienz gegenüber extremistischen Tendenzen zu stärken. Die Führungskräfte der Bundeswehr übernehmen dabei eine wichtige Rolle: Das eigene Bewusstsein stärken und das Wissen um die Entwicklungen der Proble-

matik erweitern sowie den Blick für die Menschen im eigenen Umfeld zu schärfen, die möglicherweise Gefahr laufen, sich im extremistischen Umfeld zu verstricken.



Gemeinsam haben

BAMAD und ZInFü in den letzten drei Jahren drei Themenhefte der Publikationsreihe "MAD-Sonderinformationen: Extremismus" herausgegeben. Die neue Veröffentlichung fasst die wichtigsten Beiträge aktualisiert und umfassend ergänzt zusammen. Sie steht zum Download zur Verfügung unter: www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-innere-fuehrung/verteidigung-unserer-werte-275558

Coaching und Lehre am ZInFü unter Corona-Bedingungen

Seit Mitte Juni bietet das Zentrum Innere Führung (ZInFü) wieder Coachings und Lehrgänge an. Ein spezifisches Hygienekonzept macht die Teilnahme wieder möglich. Weil der Kern des Konzepts, das "AHA" (Abstand, Hygiene und Alltagsmaske), die Teilnehmenden mittlerweile auch im Alltag begleitet, sorgt es am ZInFü nicht für unangenehme Überraschungen. Die Zahl der Teilnehmenden ist allerdings wegen der Abstands- und Hygieneregeln eingeschränkt und die Durchführung von Laufbahn- und einsatzrelevanten Lehrgängen priorisiert. Das ZInFü hält bei seinem Angebot bewusst an Präsenzveranstaltungen fest, wie der Leiter der Projektgruppe Covid-19, Oberst i.G. Dr. Gerhard Gey, berichtet, denn: "nicht jeder Lehrgang ist für eine digitale Vermittlung geeignet. Wir arbeiten oft kompetenzorientiert, es geht um soziale Interaktion, Gruppendynamik oder Handlungstraining - und das geht eben nicht virtuell." Informationen zum Angebot des ZInFü finden Interessierte im Trainingskatalog der Bundeswehr und im Portal Innere Führung im WikiBw.

Aufgeschlagen Aufgeschlagen



1. Oktober 1920

Groß-Berlin entsteht



Foto: ullstein bild

Das Groß-Berlin-Gesetz tritt in Kraft. Die preußische Landesversammlung hat es am 27. April 1920 mit knapper Mehrheit beschlossen. Die Reichshauptstadt Berlin vergrößert sich auf Basis des Gesetzes durch die Eingemeindung von sieben Städten, darunter Charlottenburg, Köpenick und Spandau, 57 Landgemeinden, unter anderen Pankow und Weißensee, und 27 Gutsbezirken auf 3,86 Millionen Einwohner. Berlin wird damit nach New York und London die drittgrößte Metropole. Es entsteht das Berliner Stadtgebiet, wie es mit nur wenigen Änderungen bis heute besteht. Als Berlin 1871 Hauptstadt des Deutschen Kaiserreichs wird, ist es noch eine Stadt auf 66 Quadratkilometern mit 800.000 Einwohnern. Bereits 1910 wächst Berlin auf zwei Millionen Einwohner an.

Gustav Heinemann - Patriot und Demokrat

Frieden ist für Heinemann der Ernstfall. Aus Protest gegen die Wiederbewaffnungspolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer tritt er am 9. Oktober 1950 demonstrativ als Bundesinnenminister zurück. Nicht weil er Pazifist ist, sondern aus patriotischen Beweggründen. Er befürchtet, dass ein westdeutscher Wehrbeitrag innerhalb der NATO die Wiedervereinigung blockiert. 1951 erklärt er: "Jeder, der bereit ist, sein Vaterland mit der Waffe zu verteidigen, verdient unseren vollen Respekt." Zu dieser Zeit ist er Vertreter der Laien im Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und gleichzeitig Präses der Gesamtdeutschen Synode.

einemann kommt am 23. Juli lerie-Regiment 22 einzutreten. Aufnimmt er im Kirchenkampf berufli-1899 in Schwelm an der Ruhr grund einer schweren Infektionserche Nachteile und erhebliche perals Sohn des Direktors der Krankenkrankung kommt er nicht kasse der Krupp-Werke auf die Welt. an die Front. Daraufhin studiert Heine-Er wächst in Essen auf. Mit 17 Jah-Hitler gehört er nicht. ren macht er während des Ersten mann ab 1918, pro-Nach seinem Rücktritt Weltkrieges das Notabitur, um 1917 moviert 1922 zum 1950 verlässt Heinemann als Kriegsfreiwilliger in das Feldartil-Doktor der Volksdie CDU und stößt Gustav Heinemann (Politiker, SPD). Bundespräsident von 1969 bis 1974.

wirtschaft und 1929 zum Dr. jur. Während seines Studiums schließt er sich der Deutschen Demokratischen Partei an. Heinemann verteidigt die Weimarer Republik gegen radikale Feinde von rechts und links: Als Mitglied des paramilitärischen republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nimmt er an Kämpfen gegen kommunistische Unruhen im Ruhrgebiet teil und hilft im März 1920 bei der Abwehr des rechten Kapp-Lüttwitz-Putsches. Während der Zeit des Nationalsozialismus gehört Heinemann zu den führenden Köpfen der Bekennenden Kirche: Sie stehen in Opposition zum NS-Regime. Zwar sönliche Risiken in Kauf, zum eigentlichen Kreis des Widerstandes gegen

> der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben." Schwerpunkt seines Interesses an den Streitkräften ist die Innere Führung. Bei seinem Abschied von der Bundeswehr am 10. Juni 1974 in Munster greift Heinemann noch einmal das Leitmotiv vom Frieden auf: "Seien Sie sich bewusst. dass Sie als Soldaten in eine Pflicht genommen sind. Sie schließt die Verantwortung für den anderen, für den Nebenmann, für die Kameraden, für das Ganze ein. Das Ganze aber, zu dem Sie mit Ihrem Dienst beitragen, heißt: Sicherung des Friedens, des Friedens als des Ernstfalles, für den sich alles lohnt." Am 7. Juli 1976 stirbt Altbundespräsident Gustav Heinemann in Essen. An seinem 2. Todestag gibt der damalige Bundesminister der Verteidigung, Dr. Hans Apel, einer Kaserne in Essen-Kray den Namen Gustav-Heinemann-Kaserne. (ub)

1957 nach einem Intermezzo in

der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) zur Sozialdemokratie. In

einer ersten Großen Koalition von

Union und SPD unter Bundeskanz-

ler Kurt Georg Kiesinger ist er seit

Dezember 1966 Bundesiustizmi-

nister. Heinemanns Wahl zum Bun-

despräsidenten im März 1969 läu-

tet das Ende der Großen Koalition

ein. Es ist der Auftakt zur sozialliberalen Ära der Bundesrepublik

Deutschland unter den Kanzlern

Der "Bürgerpräsident" Heine-

Willy Brandt und Helmut Schmidt.

mann empfindet sich als Repräsentant aller gesellschaftlichen Grup-

pen und sucht den Kontakt auch zu

den Staatsbürgern in Uniform. Bei

seiner Amtsübernahme sagt er vor

dem Deutschen Bundestag: "Nicht

der Krieg ist der Ernstfall, in dem

der Mann sich zu bewähren habe.

wie meine Generation in der kai-

serlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist



24. Oktober 1950

Pleven Plan für eine Europa Armee



Der französische Ministerpräsident René Pleven schlägt am 24. Oktober 1950 eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor. Der Pleven-Plan sieht vor, dass Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und die Beneluxländer ihre Truppen zu einer gemeinsamen Armee verschmelzen. Durch die EVG sollen die Risiken einer deutschen Wiederbewaffnung aufgefangen und die europäische Einigung vorangetrieben werden. Bundeskanzler Konrad Adenauer sieht in der EVG die Chance, Souveränität zu erreichen. Die nationalen Parlamente ratifizieren den EVG-Vertrag nach und nach. Er scheitert jedoch am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung. Das Parlament lehnt es ab, die französische Armee einem europäischen Oberkommando zu unterstellen. Auch ist die Angst vor einem wiederbewaffneten Deutschland zu groß.

Foto: ullstein bild/dpa

Die Welt im Web

Mediathek zum Thema Vielfalt

Demokratie leben

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA e.V.) bietet eine aktuelle, übersichtliche und gut sortierte Homepage mit Medienangeboten rund um das Thema Vielfalt an. Videos, fertige Unterrichte, Informationspapiere und Audiodateien werden zum Download angeboten.



Das Portal ist auf Lehrende von Zielgruppen mit unterschiedlichem Bildungsanspruch zugeschnitten und damit auch für DozentInnen im Bildungsbereich der Bundeswehr interessant. Insgesamt 2.500 Publikationen über Extremismusprävention, religiösen Fundamentalismus, Diversity-Konzepte, Genderfragen sowie Flucht und Asyl sind verfügbar. Das Angebot wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BM-FSFJ) im Rahmen des Projekts "Demokratie leben" qualitätsgesichert. vielfalt-mediathek.de

Podcast

Syrien: Ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung

Seit neun Jahren ist Krieg in Syrien und noch immer kein Frieden in Sicht. Die Lage der Bevölkerung ist dramatisch: Über die Hälfte der Syrer und Syrerinnen befindet sich auf der Flucht, 80% der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und Zehntausende sind "verschwunden", zumeist in den Gefängnissen des Regimes.

Wie kann es weitergehen? Welche Rolle spielt in dem Konflikt die internationale Gemeinschaft und speziell Europa? Welche Perspektiven haben Geflüchtete und was können

Hilfsorganisationen vor Ort tun? Das alles sind Fragen auf die es nur komplexe Antworten geben kann. In diesem Interview mit Bente Scheller werden einige davon aufgegriffen

und Antwortversuche unternommen. Bente Scheller ist ausgewiesene Nahost-Expertin und seit September 2019 Referatsleiterin Nahost und Nordafrika der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), für die sie von 2012 bis 2019 das Büro in Beirut und zuvor seit 2008 das Büro

in Afghanistan leitete.



Auf der Podcast-Seite der HBS finden sich auch weitere Podcasts zu aktuellen Themen wie der Zukunft der Mobilität, dem Umgang mit Fake News, 50 Jahren ASEAN, Klima-und Europafragen und vielem mehr auch in englischer Sprache.

https://soundcloud.com/boellstiftung/boell-interview-bente-scheller https://www.boell.de/de/podcasts

Das ist kein Spiel: von Games und Simulatoren

Simulatoren sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil militärischer Ausbildung. Sie bereiten Soldaten auf den "scharfen" Schuss, Piloten auf den "scharfen" Flug vor und werden dabei immer realistischer. Lange Zeit waren militärische Simulatoren auch Vorbild bei der Entwicklung von Computerspielen, doch dieses Verhältnis

hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren umgekehrt. Das WDR Feature Dok 5 untersucht, wie sich Computerspiele und Simulatoren entwickelt haben, wie sie sich gegenseitig beeinflussen, wo Grenzen verschwimmen und was das im Kopf von Gamern und



Soldaten auslöst. Neben Entwicklern von Spielen und Simulatoren kommen auch deren Nutzer und hochrangige Ausbilder aus dem Militär zu Wort.

www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-dok5-dasfeature/dokfuenf140.html#

Bundeswehr Offiziersbibliothek

Deutschland



Uwe Hartmann Miles Verlag, Mai 2020 108 Seiten ISBN: 978-3-96776-008-8 Preis: 9.80 €

Lesen bildet! - Und der Autor der "Offiziersbibli othek", Oberst i. G. Uwe Hartmann, kommt zu dem Schluss, dass das

Lesen von Büchern besonders dann fruchtbar sei, wenn Diskussionen über den Lesestoff im beruflichen oder persönlichen Umfeld entstünden. Die "Offiziersbibliothek", in der unterschiedliche Bücher vorgestellt werden, soll dazu einen Beitrag leisten. Im 1. Band mit dem Thema "Deutschland" werden neun Werke besprochen,

Buchtipps

die einen Blick auf Deutschlands Stärken und Schwächen, seine Tradition und Geschichte sowie Entwicklungen und Herausforderungen werfen. Deutschlands Sicherheitspolitik und Innere Lage werden ebenso zum Thema gemacht, wie die Bundeswehr selbst. Herfried und Marina Münklers Buch "Abschied vom Abstieg. Eine Agenda für Deutschland" wird darin präsentiert, wie auch militärgeschichtliche Texte und Klassiker wie von Clausewitz' "Vom Kriege". Die Auswahl der vorgestellten Bücher zu "Deutschland" ist - bis auf die Klassiker - aktuelle Literatur aus den Jahren 2019 und 2020. Aber: kann es gelingen, in einem sch-

malen Buch beispielsweise das Werk von Clausewitz, das zehn Bände umfasst, auf 14 Seiten – mit allen Facetten zusammenzufassen? Wohl kaum; diesen Anspruch erhebt Hartmann jedoch nicht. Die "Offiziersbibliothek" soll animieren, sich einen Überblick zu einem bestimmten Meta-Thema zu verschaffen und Anregungen aufzunehmen. Diskurs, Diskussion und Dialog: Fähigkeiten, die gerade in der heutigen Zeit von Wert sind, genauso wie ein grundlegendes Verständnis von Demokratie und freiheitlich demokratischer Grundordnung. Dazu leistet die "Offiziersbibliothek" einen guten (mtw)

Politische Bildung

Lernen Sie miteinander zu leben nicht gegeneinander. Reden zur Demokratie.

Die Reden von Weizsäckers sind so beispielgebend wie sein Wirken als Bundespräsident. Ein Vorwort Wolfgang Schäubles gibt retrospektive Eindrücke aus nächster Nähe wieder, ein abschließende Essay von Edgar Wolfrum thematisiert die deutsche Teilung und die Wiedervereinigung. Von Weizäcker betont in den drei abgedruckten Reden zum Ende des Zweiten Weltkrieges, zu 40 Jahren Grundgesetz und zur Deutschen Einheit die enorme historische Verantwortung dieser drei Ereignisse. Sein Aufruf, miteinander zu leben, nicht gegeneinander, zieht sich durch seine Reden und sein Wirken. Für ihn bleibt Deutschland durch seine lange Historie geeint und soll gemeinsam mit Europa in die Zukunft gehen. Die Worte von Weizsäckers sind zeitlos und weise. Sie

sprechen jede und jeden Deutschen auf Augenhöhe an, sind mahnend und ermutigend, eindringlich und fürsorglich. Dieses Buch birgt die Geisteshaltung, deutschdeutsche Ressentiments zu überwinden. Es sollte in jedem deutschen Wohnzimmer gelesen werden. Gemeinsam. (uhi)

RICHARD VON WEIZSÄCKER Lernen Sie. zu leben, nich

Richard von Weizäcker C.H. Beck Verlag, März 2020 l 12 Seiten ISBN: 978-3-451-07218-5

Lieber Dietrich... Dein lürgen Über Leben am Abgrund. Ein Briefwechsel mit Bonhoeffer.

Jürgen Werth Gütersloher Verlagshaus, März 2020 192 Seiten ISBN: 978-3579066134 Preis: 18,-€

Jürgen Werth beantwortet in dem Buch "Lieber Dietrich....Dein Jürgen" fiktiv die Briefe, die Dietrich Bonhoeffer

während der letzten beiden Jahre seines Lebens zwischen 1943 und 1945 aus dem Militärgefängnis Berlin-Tegel und dem Berliner Gestapogefängnis geschrieben hat, bevor sein Leben aufgrund seiner Nähe zu den Attentätern des 20. Juli 1944 von den Nazis im KZ Buchenwald durch den Stang ausgelöscht wurde. Es enthält den wunderbaren Text "Von guten Mächten", der bis heute seinesgleichen sucht, in seiner Intensität der Worte, die einerseits eine enorme Traurigkeit und gleichzeitig eine unglaubliche Gefasstheit und Zuversicht ausdrücken. Jürgen Werth beantwortet die Briefe, die Dietrich Bonhoeffer an seine Eltern, seine Verlobte und, mit Eberhard Bethge, an einen befreundeten Pastoren, geschrieben hat. Jürgen Werth beantwortet die Briefe aus der heutigen Lebenswirklichkeit heraus. Er erwähnt den Theologen

Karl Barth und Albert Camus, aber es fallen auch Begriffe

geht, müssen die Leser für sich selbst entscheiden.

wie Smartphone und YouTube. Ob dieser Zeitensprung auf-



Mediale

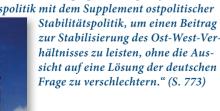
Westbindung oder Gleichgewicht?

Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss, Berlin/Boston 2020, Band 14

Amerikanische Kernwaffen auf deutschen Trägern gelten seit rund 70 Jahren als Kern deutscher Sicherheitspolitik, auch wenn die Sprengköpfe damals wie heute dem Einsatzvorbehalt des US-Präsidenten unterliegen. Westdeutschland war der exponierte Frontstaat der NATO in Mitteleuropa, bedroht nicht nur durch die überlegenen Streitkräfte des Warschauer Pakts, sondern seit den 1960er Jahren auch durch sowietische, nukleare Mittelstreckenraketen. Die territoriale Integrität der Bundesrepublik hing von der Bereitschaft der USA ab, im Spannungs- und Konfliktfall mit ihrem Nuklearpotential und möglicherweise unter großen eigenen Verlusten für sie einzustehen. Ausgehend von der Frage, ob Deutschland im Falle eines Atomkriegs ausreichend geschützt war, unternahm die Bundesregierung 1966 den gescheiterten Versuch, die Mitverfügung über atomare Mittelstreckenwaffen zu erlangen. In seinem fast 900 Seiten starken Werk beschreibt der Autor unter Auswertung der gesamten Literatur und aller relevanten Quellen wie die Bundesregierung - um der Glaubwürdigkeit der Abschreckung willen – dafür eintrat, amerikanische Atomwaffen in einem europäischen Konflikt frühzeitig und gegen Ziele auch in der Sowietunion einzusetzen. Etwas missverständlich ist der Obertitel des neuen Standardwerks. Die Westbindung der Bundesrepublik stand zu keinem Zeitpunkt in Frage. Der Autor legt selbst dar, dass die Bundesregierungen spätestens seit 1969 ihre Sicherheitspolitik durch eine Entspannungspolitik ergänzten, um aggressiven Absichten des Warschauer Pakts vorzubeugen.

Leseprobe:

"Im Kontrast zur deutschen nuklearen Sicherheitspolitik bis 1966, deren Funktion darin lag, die Westbindung der Bundesrepublik zu verfestigen, ohne das nationale Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit aufzugeben, wurde deutlich: [Bundeskanzler Helmut] Schmidts offensive Gleichgewichtspolitik war militärisch gedrosselte und geopolitisch qualifizierte Westbindungspolitik mit dem Supplement ostpolitischer



Andreas Lutsch
De Gruyter Oldenbourg, November 2019
886 Seiten
ISBN: 978-3-11-053577-8
Preis: 79.95 €

Parteikommunikation im Zeitalter von Social Media

Eine empirische Untersuchung der Facebooknutzung durch die Kreisverbände der deutschen Parteien, Band 19

Nomos Verlag, 2020 260 Seiten ISBN: 978-3-8487-6496-9 Preis: 54,-€



Der Autor untersucht die Facebook-Nutzung durch die Kreisverbände der in Deutschland vertretenen politischen Parteien. Grundlage ist eine umfassende empirische Untersuchung, die er 2016/17 im Vorfeld der Bundestagswahl führte. Während Twitter mit seinen Kurznachrichten schon erforscht zu sein scheint, findet sich bislang kaum eine Untersuchung zu Facebook. Dabei bietet dieses Medium im Gegensatz zur Zwitscherei den Vorzug, nahezu grenzenlos umfängliche Botschaften zu verbreiten. Dahinter verbirgt sich das Bestreben der Parteien, als zielgeleitete Akteure, politische Macht zu gewinnen und Schlüsselstellen für politische Entscheidungen zu besetzen. Facebook und andere Plattformen bieten die Chance, politische Botschaften mit großer Reichweite zu verbreiten und es dient gleichzeitig als "Organisationstool für offline-Aktivitäten". Parteiarbeit verlagert sich damit vom Hinterzimmer in die grenzenlose Öffentlichkeit. Dass Facebook neben fragwürdigen Datenschutzregeln immer mehr in den Ruf gerät, ein Medium für Ältere zu werden, ist nachrangig. Politischer Dialog findet nur bedingt statt. Der Autor bietet vielfältige Erklärungen, warum sich das politische Geschehen nicht nur in Deutschland zunehmend in die sozialen Medien verlagert: Die (Informations-) Masse machts!

Leseprobe:

Laut der ARD/ZDF-Online-Studie 2017 nutzen 59 Prozent der 14- bis 29-jährigen Deutschen mindestens einmal die Woche Facebook, 43 Prozent [...] nutzen diese Software [...] täglich. Bei den über 50-järhigen sind es immerhin noch 22 bzw. 13 Prozent. Allerdings hat Instagram Facebook in der Alterskohorte der unter 20-jährigen überholt [...]. Bei den über 20-jährigen ist Facebook allerdings auch im Jahr 2018 und trotz einiger "Facebook-Skandale" noch immer das am meisten genutzte soziale Medium. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass zahlreiche politische Akteure [...] Facebook nutzen, um ihre politischen Inhalte zu verbreiten. [...] Soziale Medien, wie Facebook oder Instagram, [werden] in der Regel nicht dafür genutzt, sich politisch zu informieren. Für die Rezeption politischer Inhalte sind traditionelle Medien, allen voran das Fernsehen, nach wie vor bedeutsamer.

Bundeswehr beeindruckt Deutschlands Osten Ein Journalist erlebte die Armee der Einheit



Peter Heinze Tectum Verlag, Dezember 2019 486 Seiten ISBN: 978-3-8288-4410-0 Preis: 68,-€

Mit dem Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und Deutschlands Wiedervereinigung vor drei Jahrzehnten hörte die die Nationale Volksarmee (NVA) als Streitmacht auf zu existieren. Diejenigen Soldaten der

NVA, die sich um eine Übernahme in die Bundeswehr bewarben, durchliefen ein mehrstufiges Auswahlverfahren, ehe ein geringer Anteil in die Bundeswehr übernommen wurde. Im Rückblick ist die Integration der ehemaligen NVA-Soldaten gut gelungen: Die Armee der Einheit wurde zum Synonym für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Die vorliegende Publikation widmet sich besonders der Marine und ihren spezifischen Herausforderungen. Bis heute stammen viele Bundeswehrsoldaten aus den Beitrittsgebieten, so wie der Autor Heinze auch. Ein Werk, dass sich an historisch interessierte LeserInnen mit Bundeswehraffinität richtet und Unterschiede zwischen Ost und West trennscharf beleuchtet. (rau)

Wir brauchen eine neue Ostpolitik. Russland als Partner

Als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums wirbt Matthias Platzeck um Verständnis für Russland. Der ehemalige SPD-Chef plädiert dafür, bei Willy Brandt und Egon Bahr zu lernen. Diese hätten trotz ideologischer Gegensätze einen Dialog mit den Ländern des Ostblocks geführt und so den Frieden bewahrt. Diejenigen, die heute eine harte Linie gegenüber Russland fordern, würden nichts erreichen und das Land in die Arme Chinas treiben. Der Westen behandle Russland wie einen besiegten Gegner, ähnlich wie die Westdeutschen die Bürger der ehemaligen DDR. Europa brauche den östlichen Nachbarn aber, um Konflikte zu regulieren.

Das umstrittene Buch fasst die gängigen Argumente für eine russlandfreundliche Politik zusammen.

Platzecks Erklärung russischen Handelns mit einem Gefühl der Demütigung durch den Westen greift allerdings zu kurz. Vieles ist seit Jahrhunderten Bestandteil russischer Politik, anderes der Stabilisierung des Systems geschuldet. (gvk)

Matthias Platzeck Propyläen Verlag, März 2020 256 Seiten ISBN: 978-3549100141 Preis: 22,-€



Krieg und Kriegsvermeidung Theoretisch-praktische Schriften

Der habilitierte Sozial- und Politikwissenschaftler Lutz Unterseher (Jg. 1942) legt mit der vorliegenden Publikation kommentierte, zwischen 1987 und 2019 entstandene Schriftbeiträge vor. Er gehört der Studiengruppe "Alternative Sicherheitspolitik" an, die sein Denken und Schreiben erkennbar prägen. Im Kern seiner Überlegungen steht die Idee von "vertrauensbildenden Maßnahmen". Seine These lautet: Krieg, Zerstörung, Vertreibung und Tötung von Menschen stelle immer die schlechteste Alternative dar. Daher gelte es, nach psychosozialen Ursachen von Kriegen zu forschen, um diesen zu vermeiden. Zielführend ist für ihn die Umrüstung auf defensive Schutzmaßnahmen sowie auf Abrüstung. Beide Aspekte leitet er aus den Militärreformen Gorbatschows ab. Schutz

und Abrüstung seien angesichts der Zuspitzung von militärischen Konflikten und autoritären Regimen in der Welt bis heute aktuell. Die Botschaft Untersehers lautet: "Krieg ist kein ewiges Menschenschicksal", womit er eine Aussage von Thomas Hobbes negiert. Er begründet seine Annahme mit der Überzeugung, der Mensch sei von Selbstsucht regiert. Dies könne in dieser Form nicht immer auf die Politik übertragen werden. Als Beleg verweist Unterseher auf die langen Phasen des Friedens in Europa und in Amerika. Am 'Projekt Frieden' müsse allerdings fortlaufend gearbeitet werden, etwa an der Vermeidung struktureller Verwundbarkeit in modernen Staaten. Ein weiterer Schwerpunkt Untersehers sind die globalen Militärinterventionen westlicher Bündnissysteme. Hier fokussiert er unter anderem das Wirken der Kräfte im Irak. Aus dem Blickwinkel des Autors geht es dabei

vordergründig um zwei Aspekte: ums Öl und um die Hegemonialstellung der USA in der Weltpolitik. Allerdings, so Unterseher, spreche sich auch in Washington herum, dass Krieg in Zeiten modernster Technologie, ein heikles Geschäft sei. Er spricht sich nicht generell gegen militärische Interventionen aus, weist jedoch darauf hin, dass diese aus humanitären Gründen schnell an ihre Grenzen gelangen könnten. Mit Blick auf die Zukunft

schreibt er digitalen Aspekten der Kriegsführung, wie "fake-news", ein hohes Bedrohungspotential zu. (rau) Lutz Unterseher

Verlag Tectum November 2019 168 Seiten ISBN: 978-3-8288-4412-4 Preis: 28,-€



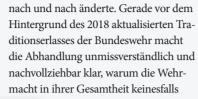
Die Wehrmacht - Krieg und Verbrechen

In ihrem Buch legen die Autoren – beide am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr tätig – einen kompakten aber zugleich detaillierten Überblick über den Anteil der Wehrmacht an den Verbrechen des Vernichtungskrieges vor. Auf der Grundlage der aktuellen Forschung schildern sie das Verhältnis der Wehrmacht zur NS-Ideologie und liefern einen kurzen Abriss des Kriegsverlaufs. Den Schwerpunkt der Abhandlung bilden jedoch die Aktivitäten der Wehrmacht im Vernichtungskrieg in Polen und in der Sowjetunion. Dabei werden unter an-

Geschichte

derem die verbrecherischen Befehle wie der Kommissarbefehl oder der Kriegsgerichtsbarkseiterlass ebenso thematisiert wie die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen oder Massaker an der Zivilbevölkerung unter dem Vorwand

der Partisanenbekämpfung. Abgerundet wird die Darstellung davon, wie die Generalität der Wehrmacht nach der Niederlage 1945 erfolgreich die Legende von der angeblich "sauberen Wehrmacht" verbreiten konnte und wie sich dieses Geschichtsbild erst



und einzelne ihrer Angehörigen nur unter sehr speziellen Voraussetzungen traditionswürdig für die Bundeswehr sein können.

Michael Epkenhans, John Zimmermann C.H. Beck Verlag, November 2019 160 Seiten ISBN: 978-3-15-011238-0 Preis: 28,-€



Integration und Gedächtnis NVA-Offiziere im vereinigten Deutschland

Nina Leonhard UVK Verlagsgesellschaft, Februar 2019 390 Seiten ISBN: 978-3867646482 Preis: 66,48 €

Nach der Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) 1990 stand für viele NVA-Offiziere die Frage nach der eigenen beruflichen

und nicht selten materiellen Existenz im Vordergrund. Degradierungserfahrungen, Unsicherheiten und ideologische Vorbehalte gegenüber dem bisherigen Klassenfeind treten in den Interviews mit Zeitzeugen zutage und machen den Menschen sichtbar. Leonhard analysiert das Phänomen der "Armee der Einheit" und die Bedeutung von Integration und Gedächtnis für das Funktionieren von Institutionen, sowie die Integrationsleistung der Inneren Führung. Gestützt wird die Studie von einer aufwändigen Zahlenstatistik. In einer Phase, die von Corona-bedingtem Arbeitsplatzabbau geprägt ist, erscheint die Studie neben soziologisch und historisch interessierten LeserInnen auch für Personalverantwortliche lesenswert. (bda)

Leseprobe:

"Die übernommenen wie ausgeschiedenen Offiziere eint gleichwohl der mit dem Ende der DDR und der Auflösung der NVA verbundene Verlust von Anerkennung, der auf die verschiedenen, nach 1990 implementierten gedächtnispolitischen Maßnahmen zurückzuführen ist. Die berufsbiographische Verarbeitung dieses Anerkennungsverlusts ist jedoch von Fall zu Fall unterschiedlich (S. 206)."

Die Übernahme

Die Wehrmacht -

Krieg und Verbrechen

Ilko-Sascha Kowalczuk, 1967 in der DDR geboren und dort aufgewachsen, gehört zu den renommiertesten DDR-Forschern. Sein neuestes Buch nimmt den Prozess der "Übernahme" Ostdeutschlands durch den Westen Anfang der 1990er Jahre in den Blick. Politik, Wirtschaft und Soziales sind dabei seine wichtigsten Untersuchungsfelder. In Form von teilweise sehr persönlichen Essays erinnert der Autor den Leser an viele heute bereits oft wieder in Vergessenheit geratene Vorgänge, Personen, Ereignisse und Probleme des

Umbruchs im Osten Deutschlands vor 30 Jahren. Insgesamt überzeugt Kowalczuks lesenswerte Darstellung, auch wenn manche seiner Einschätzungen durchaus streitbar sind. Völlig unverständlich ist, dass die Abwicklung der NVA und der Aufbau der "Armee der Einheit" im Osten mit keinem Wort erwähnt werden.

Ilko-Sascha Kowalczuk C.H. Beck Verlag, Dezember 2019 319 Seiten ISBN: 978-3-406-74020-6 Preis: 16.95 €



ÜBERNAHME

"Die deutsche Einheit ist längst zu einem Normalfall geworden. Etwa ein Drittel der in der Bundesrepublik Lebenden ist erst nach 1989 geboren worden. Natürlich, langanhaltende Prägungen aus Siegen oder Suhl werden weitergegeben, doch die Einheitsnormalität wird von Jahr zu Jahr weiter zunehmen, ganz egal wie sich Deutschland entwickelt, welche regionalen Gräben bestehen bleiben und wer was in Frage stellen wird." (S. 162)

Innere Führung



Identitäten Die Fiktionen der Zugehörigkeit

Kwame Anthony Appiah Hanser Berlin September 2019 336 Seiten ISBN: 978-3446264168 Preis: 24,-€

Kwame Anthony Appiah, der an der New York

University lehrende Philosoph mit ghanaisch-britischen Wurzeln, legt ein elegant geschriebenes, nobles und unpolemisches Plädoyer für einen weltbürgerlichen, an individuellen Lebenschancen orientierten Liberalismus vor. Der Titel des 2018 erschienenen englischsprachigen Originals, "The Lies That Bind: Rethinking Identity", definiert die Ambiguität des Begriffs "Identity" deutlicher als die konventionelle deutsche Bezeichnung. "Identität" schreibt gemeinsame Merkmale zu, die angeblich für alle Angehörigen einer sozialen Gruppe gelten. Identitätszuschreibungen "binden" im Doppelsinn von "zusammenbinden", aber auch "fesseln". Aber: es handelt sich um "Lügen". Diese "Lügen" sind einerseits sozial notwendig, andererseits fesseln sie Individuen und wirken toxisch auf Gesellschaften, indem Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten reproduziert werden. Fünf dieser "Lügen" führt Appiah in ihrer Ambivalenz vor: Religion, Land, Hautfarbe, Klasse, Kultur (Creed, Country, Color, Class, Culture). Jede Kategorie suggeriert Homogenität, erweist sich jedoch -genauer betrachtetals höchst vielfältig: Es gibt nicht "die" Muslime, oder "den" Deutschen. Gegen die künstlichen Vereinheitlichungen stellt Appiah eine Ethik der Diversität und des Individualismus. Am Ende fragt man sich jedoch, ob die eingangs beschriebene Ambiguität wirklich durchgehalten wird. Brauchen Individuen nicht stabile Zugehörigkeiten, um gedeihen zu können? Brauchen komplexe Gesellschaften nicht einen Raum des Gemeinsamen, der Freiheit erst ermöglicht? Es ist das Thema aktueller Debatten über "Identitätspolitik" und "Diversität". (rmi)

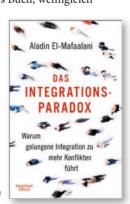
Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt

Der als Sohn syrischer Einwanderer geborene Soziologe und Politikwissenschaftler Aladin el-Mafaalanie lehrte an der FH Münster und ist seit 2018 Abteilungsleiter des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in NRW. Er versucht in seinem Werk der Einstellung der Gesellschaft auf den Grund zu gehen und hinterfragt, warum ihre Gegner heute eine derartige Schlagkraft besitzen. In seinem "populärwissenschaftlichen" Buch vertritt er u.a. die These, dass Integration in Deutschland besser sei als ihr Ruf und "heute so gut [ist], wie sie noch nie in der deutschen Geschichte war."

Positive Entwicklungen ziehen steigende Erwartungen nach sich, was auf die menschliche Wahrnehmung rückkoppelt. "Das Problem ist also nicht die Situation selbst, sondern die Differenz zwischen Erwartung und Realität". Diese Differenz werde von Gegnern offener Gesellschaften genutzt. Der Autor greift Probleme und Konflikte hochkomplexer Themen wie Integration, Migration und Rassismus auf. Eine Bestandsaufnahmen mit Humor, versehen mit einer optimistischen Grundtendenz.

Ein lesenswertes Buch, wenngleich

man dem Denkansatz, dass gesellschaftliche Konflikte als Ausdruck erfolgreicher Integrationspolitik zu verstehen sind, nicht unbedingt folgen muss. (jnt)



Aladin El-Mafaalani KiWi Verlag, August 2018 240 Seiten ISBN: 978-3-462-05164-3 Preis: 15,-€

Impressum if Zeitschrift für Innere Führung

64. Jahrgang

if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.

Herausgeber

Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung

Redaktion

Chefredakteur: Jan Marberg (mbg) Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst) Leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl) Redakteur: Wilke Rohde (row) Mitwirkende an dieser Ausgabe: Uwe Brammer (ub), Gregor v. Kursell (gvk), Uwe Hildenbeutel (uhi), Andreas Rauch (rau), Dr. Frank Heinz Bauer (dba), Dieter Krüger (dkr), Dr. Rüdiger Wenzke (rwe), Joachim Neubert (int), Dr. Roger Mielke (rmi), Tobias Wachner (mtw), Heiner Möllers (hms)

Redaktionsbüro if - Zeitschrift für Innere Führung Zentrum Innere Führung, Im Dialog Von Witzleben Straße 17, 56076 Koblenz Telefon 0261 - 579420 - 5571 E-Mail: ZInFuelmDialogif@bundeswehr.org Homepage: www.innerefuehrung.de

Bildredaktion Redaktion der Bundeswehr, Andrea Bienert

Mediendesign Redaktion der Bundeswehr. Daniela Hebbel

Abonnement und Leserservice infoservice@bundeswehr.org

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr II 1.4 Vertrieb, Brühler Straße 309 50968 Köln

Druck

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Auflage: 30.000

Hinweis

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Printversion durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Printversion genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Redaktionsschluss 1. September 2020

